

Eidgenössische Wahlen 2023

Wahlteilnahme und Wahlentscheid

Anke Tresch, Line Rennwald, Lukas Lauener, Georg Lutz,
Nursel Alkoç, Romane Benvenuti, Oscar Mazzoleni

Selects – FORS, Lausanne 2024

Zitierweise dieses Berichtes

Tresch, Anke, Rennwald, Line, Lauener, Lukas, Lutz, Georg, Alkoç, Nursel, Benvenuti, Romane und Oscar Mazzoleni (2024). *Eidgenössische Wahlen 2023. Wahlteilnahme und Wahlentscheid*. FORS-Lausanne. DOI: 10.24447/SLC-2024-00001.

Herausgeber: Selects – FORS.

Die Schweizer Wahlstudie Selects sowie die Übersetzung dieser Publikation wurden unterstützt durch den Schweizerischen Nationalfonds, Projektnr. 198472.

Selects ist dem Schweizer Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften FORS in Lausanne angegliedert.

Kontakt

Selects – FORS
Universität de Lausanne, Géopolis
CH-1015 Lausanne
Tel. 021 692 37 30
e-mail: selects@fors.unil.ch

www.selects.ch
www.forscenter.ch

Übersetzung

Sarah Bütikofer (D), France Manghardt (F), Marco Porcu und Francesca De Giovanni (I)

Alle Rechte vorbehalten.
Copyright © bei den Herausgebern.

Das Wichtigste in Kürze: SVP profitierte von der Sorge um die starke Zuwanderung, SP gewann dank ehemaligen Grünen-Wählenden

Der SVP gelang es dank der verbreiteten Sorgen um Zuwanderung und Asyl, ihre Stammwählerschaft von 2019 ausgezeichnet zu mobilisieren und frühere FDP-Wählende von sich zu überzeugen. Die SP profitierte davon, dass mehr als ein Viertel der Wählerschaft der Grünen von 2019 zur SP wechselten. Die SP konnte ihren Wähleranteil insbesondere bei den unter 25-Jährigen auf Kosten der Grünen und Grünliberalen ausbauen. Das Wählerpotenzial der FDP ging weiter zurück, während die neu gegründete Mitte-Partei nicht nur von der Unterstützung früherer CVP- und BDP-Wählender profitierte, sondern auch von Wechselwählenden von links und rechts. Dies zeigt die neuste Studie aus der Schweizer Wahlstudie Selects, die vom Schweizerischen Nationalfonds gefördert und von FORS in Lausanne durchgeführt wird.

Die SVP und SP gingen nach ihren Verlusten von 2019 als Siegerinnen aus den eidgenössischen Wahlen 2023 hervor, während die ökologischen Parteien ihren Wahlerfolg von 2019 nicht zu bestätigen vermochten und Wähleranteile einbüssten. Die neuste Ausgabe der Schweizer Wahlstudie Selects, die seit 1995 das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger bei eidgenössischen Wahlen erforscht, zeigt: Dem rechten Lager gelang es bei den Wahlen 2023 besser als vor vier Jahren, seine Basis zur Wahlteilnahme zu bewegen. Die Wahlbeteiligung von Personen, die sich politisch im rechten Spektrum positionieren, lag bei 55 Prozent, gegenüber 49 Prozent vor vier Jahren. Insbesondere die SVP konnte ihre Stammwählerschaft erfolgreich mobilisieren. Knapp 90 Prozent jener, die 2019 der SVP ihre Stimme gaben und sich 2023 an den Wahlen beteiligten, wählten wiederum SVP. Darüber hinaus überzeugte die SVP auch Teile der FDP- und CVP/BDP-Wählenden von 2019: 14 Prozent der FDP-Wählenden und 7 Prozent der CVP/BDP-Wählenden von 2019, die 2023 an den Wahlen teilnahmen, wählten diesmal SVP. Dabei profitierte die SVP davon, dass sich ihre Kernthemen Zuwanderung und Asyl im Verlauf des Wahlkampfes als wichtigstes Problem für die Wählerschaft etablierten, zuungunsten von Umwelt- und Energiefragen.

Verschiebungen im linken Lager

Die ökologischen Parteien bekundeten grosse Mühe, ihre Wählerinnen und Wähler von 2019 bei der Stange zu halten. Die Grünen konnten lediglich 54 Prozent ihrer Wählerschaft von 2019 halten, die GLP 61 Prozent. Die Grünen verloren gut einen Viertel ihrer Wählenden von 2019 an die SP, während sich bei der GLP die Abgänge nach links (zu SP und Grünen) und nach rechts (zu Mitte und FDP) in etwa die Waage hielten. Insbesondere die GLP litt unter der rückläufigen Wahlbeteiligung der jungen Wählerschaft. Sie büsste bei den 18- bis 24-Jährigen im Vergleich zu 2019 am meisten Wähleranteile ein (-5 Prozentpunkte). Die SP erfuhr in dieser Altersklasse ihren grössten Zuwachs und stieg zusammen mit der SVP bei den jüngsten Wählenden zur wählerstärksten Partei auf. Der SP gelang es im Vergleich zu 2019 besser, sich bei umweltaffinen Wählerschichten als Alternative zu den Grünen zu etablieren. Unter Personen, die Umwelt- und Energiefragen als wichtigstes politisches Problem erachteten, zog die SP mit einem Wähleranteil von knapp einem Viertel mit den Grünen gleich. Ausserdem kam der SP bei der Mobilisierung ihrer Basis zugute, dass mit der schwindenden Kaufkraft und den steigenden Krankenkassenprämien zentrale Themen ihrer Kampagne während des Wahlkampfes an Bedeutung gewannen.

Mitte-Rechts im Wandel

Die FDP vermochte ihren anhaltenden Abwärtstrend in der Wählergunst auch 2023 nicht zu stoppen. Sie verlor im Verlaufe des Wahlkampfes beträchtliche Wähleranteile an die SVP. Ein Fünftel jener, die im Juli FDP wählen wollten, gaben im Herbst der SVP ihre Stimme. Zudem verliert die FDP seit 2015 kontinuierlich an Wählerpotenzial, d.h. der Anteil Wahlberechtigter, die sich nicht vorstellen können, FDP zu wählen, nimmt zu. Die FDP wird dabei von der neu gegründeten Mitte-Partei bedrängt, die im Vergleich zur ehemaligen CVP für breitere Schichten wählbar geworden ist. Den Grundstein für ihr gutes Abschneiden bei den Wahlen 2023 legten zwar die früheren CVP- und BDP-Wählenden, die zu 82

Prozent Die Mitte wählten. Der Mitte-Partei gelang es aber auch, Wechselwählende aus dem linken und rechten politischen Lager für sich zu gewinnen.

Hohe Kampagnenausgaben

Die Selects-Kandidierendenbefragung belegt, dass die Kandidierenden in der Schweiz grosse Summen für ihren persönlichen Wahlkampf ausgeben. Basierend auf der Selbstdeklaration der Kandidierenden beliefen sich 2023 die durchschnittlichen Ausgaben pro Kandidatur auf knapp 5500 Franken, wobei ein Viertel der Kandidierenden überhaupt keine finanziellen Mittel in ihren eigenen Wahlkampf steckten.

Kandidaten verfügten mit fast 6000 Franken über mehr Mittel als Kandidatinnen mit rund 4300 Franken, während die Wahlkampfausgaben der Gewählten mit durchschnittlich gut 51'000 Franken jene der Nicht-Gewählten (3900 Franken) um ein Vielfaches übertrafen. Das höchste Durchschnittsbudget ergibt sich für Kandidierende der SVP mit rund 12'000 Franken, gefolgt von der FDP mit knapp 11'000 Franken, während Kandidierende der Mitte und der SP über weniger als 5000 Franken verfügten, jene der ökologischen Parteien über weniger als 4000 Franken. Hochgerechnet auf alle Kandidierenden beliefen sich die Wahlkampfausgaben auf insgesamt 32,5 Millionen, wobei ein Fünftel aus Beiträgen der Parteien stammten und je rund 40 Prozent aus Spenden bzw. Eigenmitteln der Kandidierenden.

Elite-Basis Konflikt

Der Vergleich der politischen Positionen zwischen Kandidierenden und ihre Wählerschaften zeigt, dass die Kandidierenden von SP und Grünen markant weiter links stehen als ihre Wählenden, während sich die Kandidierenden von FDP und SVP rechts von ihren Anhängerschaften positionieren. Die Polarisierung ist damit unter den Kandidierenden stärker als in der Wählerschaft. Bei den Positionen zu verschiedenen Sachfragen zeigen sich vor allem bei sozioökonomischen Themen Diskrepanzen im rechten Lager. Eine Mehrheit der SVP- und FDP-Kandidierenden befürwortet eine Erhöhung des Rentenalters, ihre Wählerschaften lehnen diese hingegen deutlich ab. Umgekehrt spricht sich eine Mehrheit des FDP- und SVP-Elektorats im Gegensatz zu den Kandidierenden für einen Mindestlohn von 4000 Franken für eine Vollzeitstelle aus.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	<i>Das Wahlergebnis 2023</i>	1
1.2	<i>Die verwendeten Daten</i>	3
1.3	<i>Zur Interpretation der Ergebnisse</i>	4
2	Die Wahlteilnahme	5
2.1	<i>Soziale und politische Einflussfaktoren</i>	5
2.2	<i>Die Teilnahme- und Abstinenzgründe</i>	7
2.3	<i>Die Wahlteilnahme in ausgewählten Kantonen</i>	9
3	Der Wahlentscheid	13
3.1	<i>Der Wahlentscheid nach sozialen Merkmalen</i>	13
3.2	<i>Der Wahlentscheid nach politischen Merkmalen</i>	18
3.3	<i>Wählerwanderungen</i>	24
3.4	<i>Wählerpotenziale und ihre Ausschöpfung</i>	28
3.5	<i>Der Wahlentscheid in ausgewählten Kantonen</i>	36
4	Kampagne und Meinungsbildung	39
4.1	<i>Wahlkampfausgaben der Kandidierenden</i>	39
4.2	<i>Kampagnenaktivitäten und Informationsquellen</i>	42
4.3	<i>Der Wahl- und Entscheidungszeitpunkt</i>	45
4.4	<i>Kurzfristige Präferenzänderungen</i>	47
4.5	<i>Themenkonjunktur: Medien und Kandidierende</i>	48
4.6	<i>Die Problemwahrnehmung der Wählenden während der Kampagne</i>	50
5	Die politische Repräsentation	55
5.1	<i>Einstellungen zu politischen Sachfragen</i>	55
5.2	<i>Kandidierende und ihre Parteiwählerschaften im Vergleich</i>	56
6	Anhang	61
6.1	<i>Die Schweizer Wahlstudie Selects</i>	61
6.2	<i>Zur Interpretation der Ergebnisse</i>	61
6.3	<i>Die Datenbasis</i>	62
6.4	<i>Gewichtungen</i>	66
6.5	<i>Tabellen und Grafiken zu den Analysen in den Kantonen ZH, GE und TI</i>	72

Parteiabkürzungen

BDP	Bürgerlich-Demokratische Partei
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei
EàG	Ensemble à Gauche
EDU	Eidgenössisch-Demokratische Union
EVP	Evangelische Volkspartei
FDP	FDP.Die Liberalen
GLP	Grünliberale Partei
GPS	Grüne Partei
Lega	Lega dei Ticinesi
MCG	Mouvement Citoyens Genevois
PdA	Partei der Arbeit
SP	Sozialdemokratische Partei
SVP	Schweizerische Volkspartei

Tabellen und Grafiken

Tabelle 1	Offizielle Ergebnisse der Nationalratswahlen, 1995-2023 (in %)	1
Tabelle 2	Sitzverteilung im Ständerat, 1995-2023	2
Grafik 1	Frauenanteil im National- und Ständerat, 1971-2023 (in %)	2
Tabelle 3	Wahlbeteiligung nach ausgewählten sozialen Merkmalen, 1995-2023 (in %)	6
Tabelle 4	Wahlbeteiligung nach ausgewählten politischen Merkmalen, 1995-2023 (in %)	7
Grafik 2	Wichtigster Grund für die Teilnahme, insgesamt sowie nach politischem Lager	8
Grafik 3	Zustimmung zu möglichen Gründen der Nichtbeteiligung (in %)	9
Tabelle 5	Wahlbeteiligung nach ausgewählten sozialen Merkmalen in den Kantonen Zürich, Genf und Tessin (in %).....	10
Tabelle 6	Wahlbeteiligung nach ausgewählten politischen Merkmalen in den Kantonen Zürich, Genf und Tessin (in %).....	11
Grafik 5	Wahlentscheid nach Geschlecht, 1995-2023 (in %)	16
Grafik 6	Wahlentscheid nach Altersgruppen, 1995-2023 (in %)	17
Grafik 7	Wahlentscheid nach Links-Rechts-Selbstpositionierung, 2023 (in %).....	18
Grafik 8	Wahlentscheid nach ausgewählten Werterhaltungen, 2023 (in %)	19
Tabelle 7	Wichtigstes politisches Problem der Wählerinnen und Wähler 1995-2023 (in %)	21
Tabelle 8	Wichtigstes politisches Problem der Wählerinnen und Wähler nach gewählter Partei, 2023 (in %)	21
Grafik 9	Wahlentscheid nach dem wichtigsten politischen Problem, 2023 (in %)	22
Grafik 10	Partei, die sich am stärksten mit bestimmten Themen befasst und als am kompetentesten beurteilt wird (in %, nur Wählende).....	23
Grafik 11	Wahlentscheid 2023 nach gewählter Partei 2019 in % (nur Befragte, die 2023 gewählt haben) ...	25
Grafik 12	Zusammensetzung der Parteiwählerschaften 2023 nach gewählter Partei 2019 (in %).....	26
Grafik 13	Hypothetischer Wahlentscheid der Nicht-Wählenden, 2023 (in %)	27
Grafik 14	Wahlwahrscheinlichkeit der sechs grössten Parteien 2023 (in %, nur Wählende)	29
Grafik 15	Wahlwahrscheinlichkeit unter den Nicht-Wählenden der sechs grössten Parteien 2023 (in %)	30
Grafik 16	Wahlwahrscheinlichkeit der sechs grössten Parteien 2003-2023 (in %, nur Wählende)	31
Grafik 17	Wahlentscheid nach Wahlwahrscheinlichkeit der sechs grössten Parteien 2023 (in %)	34
Grafik 18	Höhe der Wahlkampfausgaben der Kandidierenden (in CHF) sowie die Aufteilung nach Herkunft (in %).....	41
Grafik 19	Traditionelle Wahlkampfmittel der Kandidierenden, 2023 (in %).....	43
Grafik 20	Internet-Aktivitäten der Kandidierenden, 2023 (in %)	44
Grafik 21	Informationsquellen der Wählenden (in %)	45

Grafik 22	Zeitpunkt des Wahlentscheids, 1995-2023 (in %).....	46
Grafik 23	Wahlentscheid nach Entscheidungszeitpunkt (in %).....	47
Grafik 24	Wahlabsicht im Juni/Juli und tatsächlich gewählte Partei (in %, nur Wählende).....	48
Grafik 25	Themen in der Medienberichterstattung, Mai-Oktober 2023 (in %).....	49
Tabelle 9	Hauptkampagnenthemen der Kandidierenden für den Nationalrat nach Parteizugehörigkeit (in %).....	50
Tabelle 10	Wichtigstes Problem der Wählenden im Zeitverlauf (in %).....	51
Tabelle 11	Entwicklung der drei wichtigsten Probleme der Wählerschaften der sechs grössten Parteien (in %).....	52
Tabelle 12	Als kompetenteste wahrgenommene Partei in verschiedenen Themenbereichen im Zeitverlauf (in %, nur Wählende).....	53
Grafik 26	Zustimmung der Kandidierenden und Wählenden zu politischen Sachfragen, 2023 (in %).....	55
Tabelle 13	Zustimmung der Kandidierenden und Wählenden zu politischen Sachfragen, 2023 (in %).....	57
Grafik 27	Positionierung der Kandidierenden und der Wählerschaft auf der Links-Rechts-Achse, 2023.....	59
Tabelle 14	Positionierung auf der Links-Rechts-Achse gemäss Einschätzung der Wählenden und Kandidierenden, 2023.....	60

1 Einleitung

1.1 Das Wahlergebnis 2023

Die eidgenössischen Wahlen 2023 führten im Vergleich zu 2019 zu einem leichten Rechtsrutsch. Die SVP und die SP, die Verliererinnen der letzten Wahlen, gingen am 22. Oktober 2023 als Gewinnerinnen aus den Nationalratswahlen hervor. Hingegen mussten die grossen Siegerinnen der Klimawahlen 2019, die Grünen und die GLP, deutliche Verluste hinnehmen.

Im Vergleich mit den eidgenössischen Wahlen von 2019, die zu grossen Verschiebungen der Parteienstärken führten, zeichnen sich die eidgenössischen Wahlen von 2023 durch mehr Stabilität aus (Tabelle 1). Die SVP legte gegenüber 2019 um 2.4 Prozentpunkte zu und festigte mit einem Stimmenanteil von 27.9 Prozent ihre Position als wählerstärkste Partei der Schweiz. Damit verpasste sie zwar ihren Höchstwert von 2015 (29.4 %), konnte aber ihre Verluste von 2019 teilweise wieder wettmachen. Die FDP, die 2023 in mehreren Kantonen eine Listenverbindung mit der SVP einging, profitierte hingegen nicht von deren Aufwärtstrend. Mit einem Stimmenanteil von 14.3 Prozent (-0.8 Prozentpunkte) gelang es der FDP nicht, ihren anhaltenden Rückgang in der Wählergunst zu stoppen. Sie liegt nun noch knapp vor der neuen Partei Die Mitte, die 14.1 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte und damit auf Anhieb ein besseres Ergebnis erzielte, als es dem addierten Wähleranteil ihrer beiden Vorgängerparteien CVP und BDP entsprechen würde. Die SP legte gegenüber 2019 um +1.4 Prozentpunkte zu und kam auf 18.3 Prozent der Stimmen. Damit bleibt die SP die zweitstärkste Partei der Schweiz, obwohl sie 2023 ihr zweitschlechtestes Ergebnis seit der Einführung des Proporzwahlrechts im Jahr 1919 einfuhr. Die ökologischen Parteien mussten 2023 herbe Verluste einstecken. Die Grünliberalen konnten ihren Stimmenanteil von 2019 zwar nahezu halten und kamen neu auf 7.6 Prozent (-0.2 Prozentpunkte), verloren jedoch sechs Sitze. Die Grünen büssten 3.4 Prozentpunkte Wähleranteil ein und fielen mit 9.8 Prozent wieder unter die 10-Prozent-Schwelle, die sie 2019 erstmals überschritten hatten. Trotz dieser Verluste erzielten aber beide Umweltparteien das zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte.

Insgesamt haben die Nationalratswahlen die Kräfteverhältnisse zwischen den politischen Lagern im Parlament etwas verschoben. Die moderaten Kräfte des politischen Zentrums (FDP, Die Mitte, GLP, EVP) verloren zusammen am meisten Sitze (-7, neu 69 Sitze). Das linke Lager büsste fünf Mandate ein und kommt neu auf 64 Sitze. Die Schwächung der Linken erklärt sich einerseits durch die Verluste der Grünen, andererseits durch das Ausscheiden der kleinen linksaussern Parteien (PdA und SolidaritéS) aus dem Parlament. Die Verluste von Mitte-Links gehen als Gewinne auf das Konto von Rechts. Die SVP konnte neun Sitze gutmachen, die EDU legte um einen Sitz zu und dem MCG gelang der Wiedereinzug in den Nationalrat (+2 Sitze). Somit ist das rechte Lager (SVP, MCG, EDU, Lega) im Nationalrat für die kommende Legislaturperiode mit insgesamt 67 Sitzen vertreten.

Tabelle 1 Offizielle Ergebnisse der Nationalratswahlen, 1995-2023 (in %)

Partei	1995	1999	2003	2007	2011	2015	2019	2023
SVP	14.9	22.5	26.7	28.9	26.6	29.4	25.6	27.9
FDP	20.2	19.9	17.3	15.8	15.1	16.4	15.1	14.3
Die Mitte*								14.1
CVP	16.8	15.9	14.4	14.5	12.3	11.6	11.4	
BDP					5.4	4.1	2.5	
GLP				1.4	5.4	4.6	7.8	7.6
SP	21.8	22.5	23.3	19.5	18.7	18.8	16.8	18.3
GPS	5.0	5.0	7.4	9.6	8.4	7.1	13.2	9.8
Übrige	21.3	14.2	10.9	10.3	8.1	8.0	7.6	8.0

Quelle: Bundesamt für Statistik. *Die Mitte: Fusion aus CVP/BDP.

Die Ständeratswahlen brachten hingegen keine wesentlichen Verschiebungen der Kräfteverhältnisse mit sich, da die Kantonskammer nach wie vor durch die traditionellen bürgerlichen Parteien Die Mitte und FDP dominiert wird (vgl. Tabelle 2). Die Mitte eroberte am meisten Mandate (15 Sitze, +2 im Vergleich zur Vertretung der CVP im Ständerat 2019) und überholte die FDP (elf Sitze, -1). Die Anzahl Sitze von SVP und SP blieben unverändert (6 resp. 9), trotz ihrer Zugewinne im Nationalrat. Beide Polparteien sind somit im Ständerat verglichen mit ihrem gesamtschweizerischen Wähleranteil weiterhin unterrepräsentiert. Die Grünen verloren im Ständerat an Boden (drei Sitze, -2). Diese Verluste gehen zugunsten der Grünliberalen und des MCG, die beide für die Legislaturperiode 2023-2027 neu mit je einem Sitz im Ständerat vertreten sind.

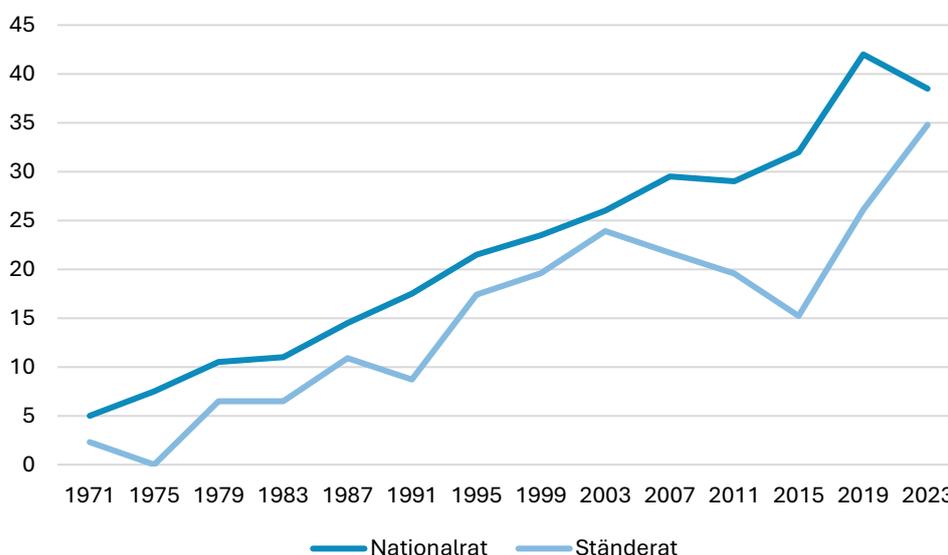
Tabelle 2 Sitzverteilung im Ständerat, 1995-2023

Partei	1995	1999	2003	2007	2011	2015	2019	2023
SVP	5	7	8	7	5	5	6	6
FDP	17	17	14	12	11	13	12	11
Die Mitte*								15
CVP	16	15	15	15	13	13	13	
SP	5	6	9	9	11	12	9	9
GPS				2	2	1	5	3
Übrige	3	1		1	4	2	1	2

Quelle: Bundesamt für Statistik. * Die Mitte: Fusion aus CVP/BDP.

Der Frauenanteil lag im Ständerat noch nie so hoch wie 2023 (siehe Grafik 1). 34.8 Prozent der Sitze in der Kantonskammer werden von Ständerätinnen gehalten. Im Nationalrat sank der Frauenanteil 2023 nach dem Rekordstand von 2019 um 3.5 Prozentpunkte und beträgt 38.5 Prozent. Dieser Rückgang ist vor allem auf die Mandatsverluste der Grünen respektive die Gewinne der SVP und der kleinen Rechtsparteien zurückzuführen, in deren Reihen deutlich weniger Frauen anzutreffen sind als in den anderen Parteien.

Grafik 1 Frauenanteil im National- und Ständerat, 1971-2023 (in %)



Quelle: Bundesamt für Statistik. Lesebeispiel: 1971 betrug der Frauenanteil im Nationalrat 5%.

Obwohl im schweizerischen politischen System beide Parlamentskammern einander gleichgestellt sind, befassen sich die nachfolgenden Analysen vorwiegend mit den Nationalratswahlen. Die im Rahmen der Schweizer Wahlstudie Selects durchgeführten Befragungen basieren auf repräsentativen Stichproben von wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern aus der ganzen Schweiz. Da die Ständeratswahlen als Personenwahlen gelten

und stärker durch den politischen Kontext der einzelnen Kantone geprägt sind, liegt der Fokus in den nachfolgenden Analysen auf der Wahlentscheidung für den Nationalrat.

1.2 Die verwendeten Daten

Diese Studie stellt erste Ergebnisse der Schweizer Wahlstudie Selects 2023 einer breiten Öffentlichkeit vor. Im Zentrum des Interesses stehen dabei die beiden Grundfragen der Wahlforschung:

- Wer beteiligt sich aus welchen Gründen an Wahlen?
- Wer entscheidet sich aus welchen Gründen für eine bestimmte Partei?

Seit Jahrzehnten versucht die Wahlforschung mit unterschiedlichen Modellen und Vorgehensweisen eine Antwort auf diese Fragen zu erhalten. Die Erforschung des Wählerverhaltens gleicht dem Zusammensetzen eines Puzzles, das nie ganz fertig wird.

Dieser Bericht beleuchtet ausgewählte Merkmale des Teilnahme- und Wahlverhaltens, geht aber ebenso auf die Kandidierenden und die Meinungsbildung ein. Der Schwerpunkt der Analysen liegt auf den Wahlen 2023, in ausgewählten Auswertungen geht der Vergleich jedoch bis 1995 zurück, als die Schweizer Wahlstudie Selects gegründet wurde.

Im Rahmen von Selects 2023 wurden verschiedene Erhebungen durchgeführt, welche die Datengrundlage für diesen Bericht bilden:

- In einer *Nachwahlbefragung* wurden zwischen dem 23. Oktober 2023 und dem 11. Januar 2024 insgesamt 5033 Wahlberechtigte per Online- oder Papierfragebogen befragt. Es wurde eine repräsentative, kantonale geschichtete Strichprobe verwendet. Verschiedene Kantone sind in der Stichprobe überrepräsentiert: einerseits die bevölkerungsärmsten, damit pro Kanton mindestens 50 Personen befragt werden konnten, andererseits die Kantone Genf und Tessin, um genauere Auswertungen auf Kantonsebene zu ermöglichen. Die kantonale Zusatzstichprobe wurde von diesen beiden Kantonen finanziert.
- In einer *Panelbefragung* wurden dieselben Wahlberechtigten insgesamt drei Mal mittels Onlinefragebogen befragt. Diese Befragung basiert auf einer nach Grossregionen geschichteten Zufallsstichprobe.
 - Die erste Panel-Welle fand vor Beginn der Wahlkampagne in den Wochen nach der eidgenössischen Abstimmung vom 18. Juni 2023 statt. Diese Welle hat bis am 16. August 2023 gedauert und 8197 Wahlberechtigte nahmen daran teil.
 - Die zweite Welle erfolgte während der Wahlkampagne zwischen dem 5. September und dem 5. Oktober. Insgesamt nahmen 6077 Personen aus der ersten Befragung daran teil.
 - Nach den eidgenössischen Wahlen wurden alle Befragte aus der zweiten Welle zu einer dritten Befragung eingeladen. 5579 Personen nahmen zwischen dem 23. Oktober und dem 28. November 2023 daran teil.
- In einer *Kandidierendenbefragung* wurden nach den Wahlen die Karriereverläufe, politischen Einstellungen und Wahlkampfaktivitäten der Kandidierenden für den National- und Ständerat erhoben. Von den insgesamt 5997 Kandidierenden haben 2527 an der Befragung teilgenommen. Diese wurde von FORS in Zusammenarbeit mit Politools und der Universität Bern durchgeführt.
- Weiter hat Selects das Center for Research & Methods der Hochschule für Wirtschaft Zürich (HWZ) mit der Durchführung einer *Medienstudie* beauftragt. Dabei wurde die Berichterstattung in der deutschen, französischen und italienischen Schweiz zwischen dem 1. Mai und dem 31. Oktober 2023 inhaltsanalytisch untersucht. Für die Medienstudie wurden Medienbeiträge mit Bezug zur Schweizer Politik aus insgesamt 116 Print- und Onlinemedien (Tageszeitungen, Wochenzeitungen usw.) zusammengetragen und ausgewertet.

Dem Anhang ab Seite 61 sind weiterführende Informationen zu den verwendeten Daten und ihren Gewichtungen zu entnehmen. Die verschiedenen Datenerhebungen von Selects 2023 wurden aufeinander abgestimmt und können zum Teil verknüpft werden. So wurden

beispielsweise im Wortlaut identische Einstellungsfragen in der Nachwahl-, Panel- und Kandidierendenbefragung gestellt, was Aussagen über die politische Übereinstimmung zwischen Kandidierenden und Wählerschaften ermöglicht (siehe Abschnitt 5).

1.3 Zur Interpretation der Ergebnisse

In die gesamtschweizerischen Analysen einbezogen wurden jene Parteien, die 2023 mehr als fünf Prozent der Wählerstimmen erreichten. Untersucht wurden somit die SVP, die SP, die FDP, die Mitte, die GPS und die GLP. Kleinere Parteien konnten nicht berücksichtigt werden, da aufgrund der tieferen Wähleranteile die Fallzahlen in den Stichproben jeweils zu gering sind, um verlässliche Aussagen machen zu können. Analysen zu den Kantonen Genf und Tessin, für die eine Zusatzstichprobe zur Verfügung steht, berücksichtigen auch Parteien wie das MCG oder die Lega. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist jedoch aufgrund der kleinen Fallzahlen für diese Parteien Vorsicht geboten.

Umfrageergebnisse sind immer mit Unsicherheiten behaftet. Die Ausgangsadressen entstammen einer Zufallsauswahl aus der Bevölkerung und sind mit einem Stichprobenfehler behaftet. Hinzu kommen weitere Verzerrungen, die sich durch die selektive Beteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen an der Befragung ergeben.

Bei der Analyse und Interpretation von Umfrageergebnissen ist deshalb Sorgfalt geboten. Alle in den Tabellen und Grafiken präsentierten Ergebnisse geben nicht den realen Wert an; vielmehr liegt der reale Wert jeweils in einer Bandbreite, die man mitunter als Stichprobenfehler oder Fehlermarge bezeichnet. Dieser variiert in Abhängigkeit von den in die Analyse einbezogenen Fällen sowie deren Verteilung. Bei einer Verteilung von 50:50 beträgt der Stichprobenfehler beispielsweise in der Nachwahlbefragung unter Einbezug aller 5033 Befragten +/- 1.4 Prozentpunkte. Umfasst eine Analyse zahlenmässig weniger Fälle, wird der Stichprobenfehler schnell deutlich grösser. So beträgt bei der Analyse einer Subpopulation von 200 Befragten und einer Verteilung von 50:50 der Stichprobenfehler bereits +/- 6.9 Prozentpunkte. Um die Lesbarkeit der Publikation nicht zu erschweren, wird diese Bandbreite in den Grafiken und Tabellen nicht angegeben. Die Interpretation der Ergebnisse trägt ihr allerdings Rechnung.

Transparenz und der öffentliche Datenzugang sind für die wissenschaftliche Forschung unabdingbar. Die in der vorliegenden Studie verwendeten Daten, eine umfassende Dokumentation und die Originalfragebogen sind bei FORS hinterlegt und für die Lehre und Forschung auf der Internetseite von SWISSUbase (<https://www.swissubase.ch>) erhältlich. Weitere Informationen zur Schweizer Wahlstudie Selects finden sich unter www.selects.ch.

2 Die Wahlteilnahme

Die Wahlbeteiligung erreichte bei den Nationalratswahlen 2023 46.7 Prozent. Gegenüber 2019 resultierte ein kleiner Anstieg um 1.5 Prozentpunkte. Die Beteiligungswerte liegen seit 1979 unter 50 Prozent; die Talsohle wurde 1995 mit 42.2 Prozent erreicht. In den letzten 20 Jahren lag die Beteiligung jeweils bei über 45 Prozent. Damit gehört die Schweiz zu den Ländern mit den geringsten Beteiligungsraten. So war die Beteiligung nur bei den jüngsten nationalen Parlamentswahlen 2020 in Rumänien (32.0%) und 2023 in Bulgarien (39.1%) tiefer.¹ In den meisten Demokratien Westeuropas liegt die Wahlbeteiligung jeweils bei deutlich über 50 Prozent, wie beispielsweise im Nachbarland Deutschland mit 76.1 Prozent bei den Bundestagswahlen 2021.

Anhand der Nachwahlbefragung von Selects 2023 beleuchtet das vorliegende Kapitel die Wahlteilnahme auf individueller Ebene. Es setzt sich aus drei Teilen zusammen: In einem ersten Schritt wird den politischen und sozialen Einflussfaktoren der Partizipation nachgegangen. Im Zentrum des Interesses stehen anschliessend die Gründe der Wahlteilnahme und der Wahlabstinenz. Danach wird die Beteiligung in den drei ausgewählten Kantonen Zürich, Genf und Tessin analysiert.

2.1 Soziale und politische Einflussfaktoren

Die Tabelle 3 listet seit Beginn der Schweizer Wahlstudie Selects im Jahr 1995 die Höhe der Partizipation nach einer Reihe von ausgewählten sozialen Merkmalen auf.

In Bezug auf die Geschlechter lässt sich auch 2023 weiterhin eine signifikante Beteiligungsdifferenz feststellen. Während 49 Prozent der wahlberechtigten Männer an den eidgenössischen Wahlen teilnahmen, waren es bei den Frauen lediglich 44 Prozent. Zwar ist dies weiterhin ein nennenswerter Unterschied, allerdings hat er über die Zeit abgenommen und beträgt 2023 nur noch 5 Prozentpunkte. Offen ist, ob dies ein Trend hin zum Verschwinden dieses Beteiligungsgrabens ist. In den meisten etablierten Demokratien gibt es keine Beteiligungsunterschiede zwischen den Geschlechtern mehr, bzw. gibt es einige Demokratien, in denen sich die Frauen häufiger an Wahlen beteiligen als Männer.

Was das Alter betrifft, zeigt sich ebenfalls ein gewohntes Muster: In der Tendenz nahm die Partizipation mit steigendem Alter zu. So gingen in den beiden jüngsten Alterskategorien (18 bis 24 Jahre und 25 bis 34 Jahre) jeweils nur rund ein Drittel der Wahlberechtigten an die Urnen. Demgegenüber erreichte die Wahlbeteiligung bei den über 64-Jährigen gut 60 Prozent. Die leichte Zunahme der Wahlbeteiligung insgesamt ist auf die 45- bis 64-Jährigen zurückzuführen, welche gegenüber 2019 diesmal etwas häufiger an die Urnen gingen. Demgegenüber nahm die Wahlbeteiligung in allen anderen Altersgruppen (leicht) ab. Am grössten ist die Abnahme der Beteiligung gegenüber 2019 bei den 18- bis 24-Jährigen (-6 Prozentpunkte). In dieser Gruppe war die Beteiligung 2019 im Zuge der Mobilisierung rund um die Klimademonstrationen leicht gestiegen.

¹ www.idea.int

Tabelle 3 Wahlbeteiligung nach ausgewählten sozialen Merkmalen, 1995-2023 (in %)

	1995	1999	2003	2007	2011	2015	2019	2023
<i>Effektive Wahlbeteiligung</i>	42.2	43.3	45.2	48.3	48.5	48.5	45.1	46.7
<i>Geschlecht</i>								
Männer	46	51	53	57	51	52	49	49
Frauen	39	37	40	42	46	45	41	44
<i>Altersklassen</i>								
18-24	21	28	34	32	32	30	34	29
25-34	29	28	31	34	34	39	34	33
35-44	42	39	37	40	43	45	43	43
45-54	52	51	50	51	48	47	42	44
55-64	53	52	55	57	57	55	46	54
65-74	62	58	61	58	61	66	61	61
75+	57	56	53	61	70	64	58	58
<i>Bildungsniveau</i>								
Oblig. Schule, Anlehre	38	37	35	37	41	40	34	31
Sekundar II	41	40	42	46	53	46	43	41
Tertiär	41	41	46	48	46	59	52	56
<i>Haushaltseinkommen (äquivalisiert)</i>								
1.Quintil	48	49	55	58	52	53	51	34
2.Quintil	48	57	54	59	57	57	54	47
3.Quintil	41	31	33	38	35	30	31	47
4.Quintil	37	39	43	43	45	45	38	53
5.Quintil	52	59	55	60	57	57	54	55
<i>Zivilstand</i>								
Verheiratet	50	51	51	54	55	57	50	54
Alleinstehend	32	35	40	40	38	39	38	38
Geschieden/Getrennt	31	32	35	46	42	45	40	38
Verwitwet	45	39	46	43	49	50	53	49
<i>N</i>	6739- 7557	2816- 3257	5069- 5885	3758- 4389	3771- 4377	3883- 5256	6295- 6610	4393- 4956

Lesbeispiel: Bei den Männern betrug die Wahlbeteiligung 1995 46%, bei den Frauen 39%. Gewichtete Resultate.

Der Tabelle 3 ist ausserdem zu entnehmen, dass die Partizipation wie in der Vergangenheit vom Bildungs- und Einkommensniveau abhing. Bei beiden Merkmalen bestand ein positiver Zusammenhang: Die Wahrscheinlichkeit einer Wahlteilnahme stieg mit zunehmendem Bildungsabschluss und Haushaltseinkommen. Zudem spielte der Zivilstand eine Rolle. In dieser Hinsicht ist vor allem auf die Beteiligungsunterschiede zwischen verheirateten (54%) und alleinstehenden sowie geschiedenen/getrennt lebenden Personen (38%) hinzuweisen. Auch das ist ein konstantes Muster über die Zeit.

Infobox: Tiefere Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund²

In der Wahlstudie Selects wird auch der Migrationshintergrund der Befragten erhoben. Personen ohne Migrationshintergrund (gebürtige Schweizer/innen mit mindestens einem in der Schweiz geborenen Elternteil) beteiligten sich zu 50 Prozent an den Wahlen. Personen mit einem Migrationshintergrund der 1. Generation, d.h. Befragte, die selbst in die Schweiz eingewandert sind und bei Geburt keinen Schweizer Pass hatten, betrug die Wahlbeteiligung 38 Prozent. Bei Personen mit Migrationshintergrund aus der 2. Generation, d.h. in der Schweiz geborene Befragte mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil, belief sich die Wahlbeteiligung auf 27 Prozent.

Die Wahlbeteiligung variierte auch stark nach politischen Faktoren. Wie aus der Tabelle 4 hervorgeht, wurden die politischen Lager unterschiedlich stark mobilisiert. Hervorzuheben ist, dass die linken Wahlberechtigten eine leicht höhere Partizipationsrate (59%) aufwiesen als jene des rechten Lagers (55%). Unterdurchschnittlich ist die Wahlbeteiligung jener, die

² Der Migrationshintergrund wird gemäss der Typologie des Bundesamtes für Statistik aus der Kombination des Geburtslands und der Staatsangehörigkeit der Befragten bei Geburt sowie des Geburtslands ihrer Eltern bestimmt (<https://bit.ly/43KrUFC>).

sich in der Mitte des politischen Spektrums positionieren (43%). Im Vergleich zur Klimawahl 2019 hat damit das rechte Lager wieder etwas besser mobilisiert, was ein Teil der Erklärung des leichten Rechtsrutsches bei den Wahlen 2023 ist.

Darüber hinaus treten erhebliche Unterschiede in Bezug auf das politische Interesse und die Beteiligung an Volksabstimmungen zutage. Unter Personen mit sehr grossem Interesse an der Politik betrug die Wahlbeteiligung über 80 Prozent, unter jenen mit gar keinem Interesse lediglich 11 Prozent. Personen, die sich oft an Volksabstimmungen beteiligen, nahmen ihrerseits auch in weit höherem Masse an den eidgenössischen Wahlen teil (69%) als jene, die nur selten an Volksabstimmungen partizipieren (5%). Dieses Ergebnis lässt den Schluss zu, dass sich ein höheres politisches Interesse generell in einer höheren politischen Beteiligung niederschlägt, sowohl an Wahlen als auch Abstimmungen.

Tabelle 4 Wahlbeteiligung nach ausgewählten politischen Merkmalen, 1995-2023 (in %)

	1995	1999	2003	2007	2011	2015	2019	2023
<i>Effektive Wahlbeteiligung</i>	42.2	43.3	45.2	48.3	48.5	48.5	45.1	46.7
<i>Politische Orientierung</i>								
Links (0-3)	48	49	53	57	57	59	56	59
Mitte (4-6)	41	42	42	43	42	46	42	43
Rechts (7-10)	59	53	61	60	60	55	49	55
<i>Interesse an der Politik</i>								
Sehr interessiert	73	82	81	83	84	84	84	83
Eher interessiert	49	55	55	60	60	60	56	60
Eher nicht interessiert	25	24	24	25	24	25	22	25
Überhaupt nicht interessiert	7	9	9	8	12	7	6	11
<i>Teilnahme an Abstimmungen</i>								
0 bis 3 von 10	9	6	7	8	7	8	7	5
4 bis 6 von 10	25	29	32	35	31	29	22	26
7 bis 10 von 10	67	72	72	77	74	72	66	69
<i>N</i>	6593 - 7542	2970- 3254	5438- 5876	4104- 4380	4265- 4367	4644- 5601	5999- 6592	4376- 4981

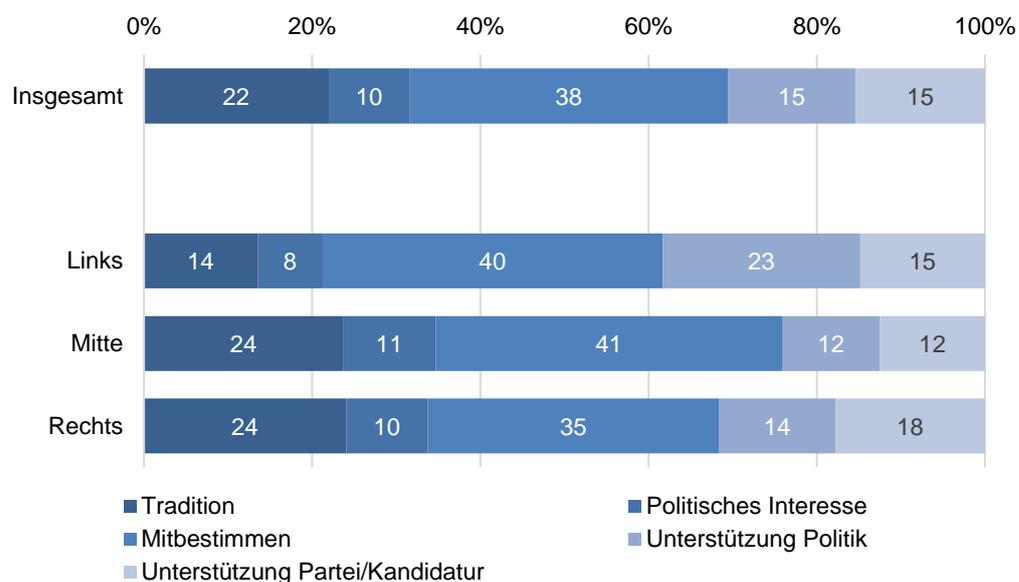
Lesebeispiel: Bei jenen, die sich links einstufen betrug die Wahlbeteiligung 1995 48%. Gewichtete Resultate.

2.2 Die Teilnahme- und Abstinenzgründe

Selects erhebt auch die subjektiven Motive der Wahlbeteiligung und der Wahlabstinenz. Bei jenen, die an den Wahlen teilgenommen haben, wird erhoben, welches für sie der wichtigste Grund für ihre Beteiligung war. Zur Auswahl standen fünf Gründe. Die meisten Wählenden gaben an, dass sie sich beteiligen, weil sie mitbestimmen wollen (vgl. Grafik 2). Für knapp vier von zehn Partizipierenden (38%) handelte es sich hierbei um den wichtigsten Teilnahmegrund. Sodann gaben rund 20 Prozent an, dass sie sich in erster Linie aus Tradition an den Wahlen beteiligen. An dritter und vierter Stelle folgen die Absichten, eine bestimmte Politik (15%) und eine bestimmte Partei bzw. Kandidatur (15%) zu unterstützen. Als Hauptteilnahmegrund am seltensten angekreuzt wurde schliesslich das politische Interesse (10%).

Die Grafik 2 schlüsselt die Partizipationsgründe zusätzlich nach politischen Lagern auf. Auffällig ist, dass Wählen aus Tradition in der Mitte (24%) und bei der rechten Wählerschaft (24%) eine grössere Rolle spielte als in der linken Wählerschaft (14%). Im Gegensatz dazu erweist sich die Unterstützung einer bestimmten Politik im Lager der Linken (23%) als weit bedeutender als im rechten Lager (14%) und in der politischen Mitte (12%). Ausserdem stellt sich in Bezug auf die Mitbestimmung heraus, dass dieser Motivationsgrund unter der linken Wählerschaft (40%) häufiger anzutreffen ist als unter der rechten (35%). Bei den zwei übrigen Gründen lassen sich hingegen keine grossen lagerspezifischen Unterschiede feststellen.

Grafik 2 Wichtigster Grund für die Teilnahme, insgesamt sowie nach politischem Lager



Lesebeispiel: Insgesamt gaben 22% der Befragten an, aus Tradition, wählen zu gehen. Im linken Lager war dies bei 14%, in der Mitte bei 24% und im rechten Lager ebenfalls bei 24% der Fall. Gewichtete Resultate. N: Total=3180; Links=763; Mitte=1114; Rechts=1114.

Was die Stimmbastinenz anbelangt, wurden den Befragten, die nicht an den Wahlen 2023 teilgenommen hatten, zehn mögliche Gründe vorgelegt. Dabei durften auch mehrere zutreffende Gründe angekreuzt werden. Grafik 3 zeigt die erhobenen Abstinenzgründe nach absteigender Häufigkeit. An erster Stelle liegt der Grund, wonach die befragten Personen die Kandidierenden zu wenig kannten (31%). 30 Prozent gaben an, sich nicht für Politik zu interessieren. 21 Prozent der Nichtteilnehmenden fanden, dass die Wahlen zu kompliziert seien und ebenso viele gaben an, dass sie keine Partei bzw. keine Kandidatin oder kein Kandidat wirklich überzeugt hätte. Danach folgen als Abstinenzgründe, dass man verhindert gewesen sei, sich nicht habe entscheiden können (je 17%) und dass sich durch Wahlen nichts ändere (14%). Mit grossem Abstand folgen dahinter die Aussagen, wonach Volksabstimmungen einen grösseren Einfluss als Wahlen hätten (7%), Wahlen sich nicht auf die Regierungszusammensetzung auswirken würden (4%) und die bevorzugte Partei bzw. die bevorzugte kandidierende Person keine Chance gehabt hätte (1%). Vier Prozent nannten ausserdem spontan den Grund, dass sie keine Zeit zur Wahlteilnahme oder diese vergessen hätten.

Grafik 3 Zustimmung zu möglichen Gründen der Nichtbeteiligung (in %)



Lesebeispiel: 31% der Nicht-Wählenden gaben an, dass sie nicht an den Wahlen teilgenommen haben, weil sie die Kandidierenden zu wenig kannten. Gewichtete Resultate. N=1699.

2.3 Die Wahlteilnahme in ausgewählten Kantonen

Die Wahlteilnahme in den Kantonen Zürich, Genf und Tessin wurde in einer separaten Auswertung der Selects-Nachwahlbefragung vertieft untersucht. Diese Analyse wird durch Zusatzstichprobe ermöglicht, die von den Kantonen Genf und Tessin finanziert wurde. Für den Kanton Zürich ist die Ausgangsstichprobe gross genug, um vertiefende Auswertungen durchzuführen.

Auffallend ist zunächst, dass die Wahlbeteiligung von Kanton zu Kanton erheblich variiert. Der Kanton Genf verzeichnete die niedrigste Wahlbeteiligung. Nur 39.9 Prozent der Genfer Wählerinnen und Wähler nahmen an der Nationalratswahl teil. Im Kanton Zürich lag die Wahlbeteiligung mit 47 Prozent fast im nationalen Durchschnitt (46.7%), während sie im Kanton Tessin etwas höher ausfiel (48%).

In Tabelle 5 ist die Wahlbeteiligung in den drei Kantonen Zürich, Genf und Tessin nach ausgewählten sozialen Merkmalen aufgeführt. Wie auf nationaler Ebene beteiligten sich auch in allen drei Kantonen die Männer häufiger an den Wahlen als die Frauen. Der Unterschied fiel im Kanton Zürich am grössten aus, im Kanton Genf am geringsten.

Die Analysen nach sozio-demografischen Faktoren führen ebenfalls zu übereinstimmenden Resultaten: In allen drei Kantonen steigt die Wahlbeteiligung mit dem Alter sowie mit dem Bildungs- und Einkommensniveau an. In Bezug auf den Zivilstand lässt sich festhalten, dass verheiratete Personen eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, an den Wahlen teilzunehmen als unverheiratete.

Tabelle 5 Wahlbeteiligung nach ausgewählten sozialen Merkmalen in den Kantonen Zürich, Genf und Tessin (in %)

	Zürich	Genf	Tessin
<i>Effektive kantonale Wahlbeteiligung</i>	47.0	39.9	48.0
<i>Geschlecht</i>			
Männer	50	41	50
Frauen	44	38	46
<i>Altersklassen</i>			
18-24	29*	21	31
25-34	38	22	41
35-44	36	34	46
45-54	43	44	46
55-64	49	48	57
65-74	81	57	56
75+	56	64	51
<i>Bildungsniveau</i>			
Oblig. Schule, Anlere	30*	26*	34
Sekundar II	36	35	48
Tertiär	58	47	53
<i>Haushaltseinkommen (äquivalisiert)**</i>			
1.Quintil	34	24	37
2.Quintil	43	35	45
3.Quintil	56	53	57
4.Quintil	54	47	51
5.Quintil	49	49	54
<i>Zivilstand</i>			
Verheiratet	55	48	55
Alleinstehend	36	30	44
Geschieden/Getrennt	38	38	31
Verwitwet*	59	60	41
<i>N</i>	525- 545	612- 661	594- 660

*Lesebeispiel: Im Kanton Zürich betrug die Teilnahmequote der Männer 50% und die der Frauen 44%. * Da die Fallzahl gering ist (N<50), ist bei der Interpretation der Ergebnisse für diese spezifische Gruppe eine gewisse Vorsicht geboten. ** Das Äquivalenzeinkommen wurde auf der Grundlage des monatlichen Haushaltseinkommens und der Haushaltsgröße berechnet. Anschliessend wurde es auf der Grundlage von Quintilen erneut codiert. Die Quintile wurden für jeden Kanton separat berechnet. Im Kanton Zürich entspricht das erste Quintil „bis 3888 CHF“, das zweite „3889-5302 CHF“, das dritte „5303-7101 CHF“, das vierte „7102-9749 CHF“ und das fünfte „9750 CHF und mehr“. Im Kanton Genf entspricht das erste Quintil „bis 2749 CHF“, das zweite „2750-4595 CHF“, das dritte „4596-6061 CHF“, das vierte „6062-8499 CHF“ und das fünfte „8500 CHF und mehr“. Im Kanton Tessin entspricht das erste Quintil „bis zu 2499 CHF“, das zweite „2500-3751 CHF“, das dritte „3752-4749 CHF“, das vierte „4750-6499 CHF“ und das fünfte „6500 CHF und mehr“. Gewichtete Resultate.*

In Tabelle 6 ist die Wahlteilnahme nach politischen Merkmalen aufgeführt. Die Mobilisierung der politischen Lager fiel in den drei ausgewählten Kantonen unterschiedlich aus. Im Kanton Zürich haben Personen, die sich im linken Lager positionieren, häufiger an den eidgenössischen Wahlen teilgenommen als diejenigen, die auf der rechten Seite stehen. In den Kantonen Genf und im Tessin war die Beteiligung an der Nationalratswahl hingegen höher bei Personen, die sich auf der rechten Seite des politischen Spektrum verorten als bei jenen, die auf der linken Seite stehen. In allen drei Kantonen war die Teilnahme von Personen aus dem politischen Zentrum am tiefsten.

Es bestätigt sich zudem, dass das politische Interesse und die Teilnahme an Volksabstimmungen in allen drei näher untersuchten Kantone wichtige Treiber der Wahlteilnahme sind. Wer sich stärker für die Politik interessiert und häufig an Volksabstimmungen teilnimmt, beteiligt sich auch öfter an eidgenössischen Wahlen.

Abschliessend ist festzuhalten, dass sich zwischen den drei untersuchten Kantonen eine hohe Übereinstimmung bei allen analysierten Faktoren zeigt, trotz der sich deutlich unterscheidenden effektiven Wahlteilnahme in den Kantonen.

Tabelle 6 Wahlbeteiligung nach ausgewählten politischen Merkmalen in den Kantonen Zürich, Genf und Tessin (in %)

	Zürich	Genf	Tessin
<i>Effektive kantonale Wahlbeteiligung</i>	47.0	39.9	48.0
<i>Politische Orientierung</i>			
Links (0-3)	63	45	54
Mitte (4-6)	42	36	52
Rechts (7-10)	50	52	58
<i>Interesse an der Politik</i>			
Sehr interessiert	78	81	76
Eher interessiert	54	59	64
Eher nicht interessiert	23	20	41
Überhaupt nicht interessiert	10*	11	18
<i>Teilnahme an Abstimmungen</i>			
0 bis 3 von 10	4	5	9
4 bis 6 von 10	22	18	28
7 bis 10 von 10	69	67	70
<i>N</i>	516- 545	591- 662	526- 657

*Lesebeispiel: Im Kanton Zürich betrug die Wahlbeteiligung im linken Lager 63%. * Aufgrund der kleinen Fallzahl (<50) ist für diese Gruppe bei der Interpretation der Ergebnisse Vorsicht geboten. Gewichtete Resultate.*

3 Der Wahlentscheid

Wer wählt welche Partei und aus welchen Gründen? Dies ist eine der Kernfragen der Wahlforschung. Der Entscheid der Wählerinnen und Wähler hängt von zahlreichen Faktoren ab und es ist nicht möglich, die Gedankengänge und Motivationen einzelner Personen im Detail nachzuvollziehen. Diese Studie vermag daher nicht abschliessend zu beantworten, weshalb sich eine Person für diese und eine andere für jene Partei entscheidet. Die erhobenen Befragungsdaten erlauben es jedoch, den Wahlentscheid nach verschiedenen sozialen Merkmalen und politischen Einstellungen aufzuschlüsseln und dadurch gewisse Rückschlüsse auf die Beweggründe der Wählerinnen und Wähler zu ziehen. Es sei aber betont, dass es sich bei den beobachteten Zusammenhängen nicht zwingend um kausale Beziehungen handelt, d.h. ein bestimmtes Merkmal kann mit dem Wahlentscheid zusammenhängen, ohne diesen direkt zu verursachen.

Im Folgenden wird der Wahlentscheid zunächst nach ausgewählten sozialen und politischen Merkmalen untersucht, bevor die Wählerwanderungen zwischen den eidgenössischen Wahlen 2019 und 2023 beleuchtet werden. Eine Analyse der Wählerpotenziale gibt anschliessend Aufschluss darüber, wie gut die Parteien ihr jeweiliges Potenzial bei den Wahlen 2023 ausgeschöpft haben. Letztlich wird analysiert, inwiefern die Kantone Zürich, Genf und Tessin mit den gesamtschweizerischen Trends übereinstimmen bzw. davon abweichen.

3.1 Der Wahlentscheid nach sozialen Merkmalen

Die Grafik 4 zeigt den Zusammenhang zwischen verschiedenen sozialen Merkmalen und dem Wahlentscheid für die sechs grössten Parteien. Der Vergleich mit der tatsächlichen Wählerstärke der jeweiligen Parteien (erste Zeile) gibt einen Hinweis darauf, welche Merkmalsgruppen eine bestimmte Partei über- bzw. unterdurchschnittlich oft wählten.

Zwischen Männern und Frauen sind bekannte Muster bei der Parteiwahl festzustellen: Männer wählten häufiger bürgerlich, Frauen öfter links-grün. Diese Unterschiede sind aber nur bei der SVP und der SP statistisch signifikant.

Unterschiede im Wahlentscheid zeigen sich auch zwischen den verschiedenen Altersgruppen. Bei den Mitte-rechts Parteien (SVP, FDP, Die Mitte) steigt der Wähleranteil mit zunehmendem Alter an, während er bei den ökologischen Parteien (GLP, GPS) abnimmt. Bei der SP sind die Unterschiede zwischen den Altersklassen von allen Parteien am geringsten. Wie schon bei früheren eidgenössischen Wahlen ist ihr Wähleranteil in allen Altersgruppen relativ konstant. Neu ist die SP bei den Wahlen 2023 jedoch in der jüngsten Altersgruppe der 18-24-Jährigen zusammen mit der SVP die wählerstärkste Partei. In allen anderen Altersgruppen schwingt die SVP allein obenaus, am deutlichsten in den Kategorien ab 55 Jahren.

Aufschlussreich ist zudem die Kombination von Geschlecht und Alter (keine Abbildung). Der Geschlechtergraben im Wahlverhalten ist in der jüngsten Altersklasse besonders ausgeprägt. Die SP erzielte bei den jungen Frauen zwischen 18 und 24 Jahren ihr bestes Ergebnis und war die klar wählerstärkste Partei, während die Männer in dieser Altersklasse mit deutlichem Abstand die SVP bevorzugten. Darüber hinaus ist bei der SP die Übervertretung der Frauen auch in der Altersgruppe der 45-54-Jährigen besonders ausgeprägt, nimmt mit zunehmendem Alter hingegen wieder ab.

Die Religionszugehörigkeit ist vor allem für den Wahlentscheid für Die Mitte bedeutsam. Ihr Wähleranteil ist bei den Katholikinnen und Katholiken mit 23 Prozent klar überdurchschnittlich, bei den Protestantinnen und Protestanten mit 12 Prozent hingegen leicht unterdurchschnittlich. Gemessen am Anteil der protestantischen Wählenden in der ehemaligen CVP, welcher 2019 lediglich 4 Prozent betrug, ist Die Mitte in dieser Gruppe nun allerdings besser verankert, was der Fusion mit der protestantisch geprägten BDP geschuldet ist. Da die CVP jedoch die klar wählerstärkere der beiden Fusionsparteien war, bleiben die Katholiken und Katholikinnen auch in der neuen Partei dominant. Obwohl Die Mitte in ihrem neuen Namen auf eine Anspielung auf ihre christlichen Werte verzichtet, bleibt sie – genau

wie die CVP vor ihr – bei den Konfessionslosen sowie Mitgliedern anderer Religionen deutlich untervertreten. Umgekehrt wurden die SP und die GPS von konfessionslosen Wählenden überdurchschnittlich stark unterstützt. Erwähnenswert ist ausserdem, dass die ehemals protestantische SVP bei den katholischen Wahlberechtigten ebenso gut abschnitt wie bei den Protestantinnen und Protestanten.

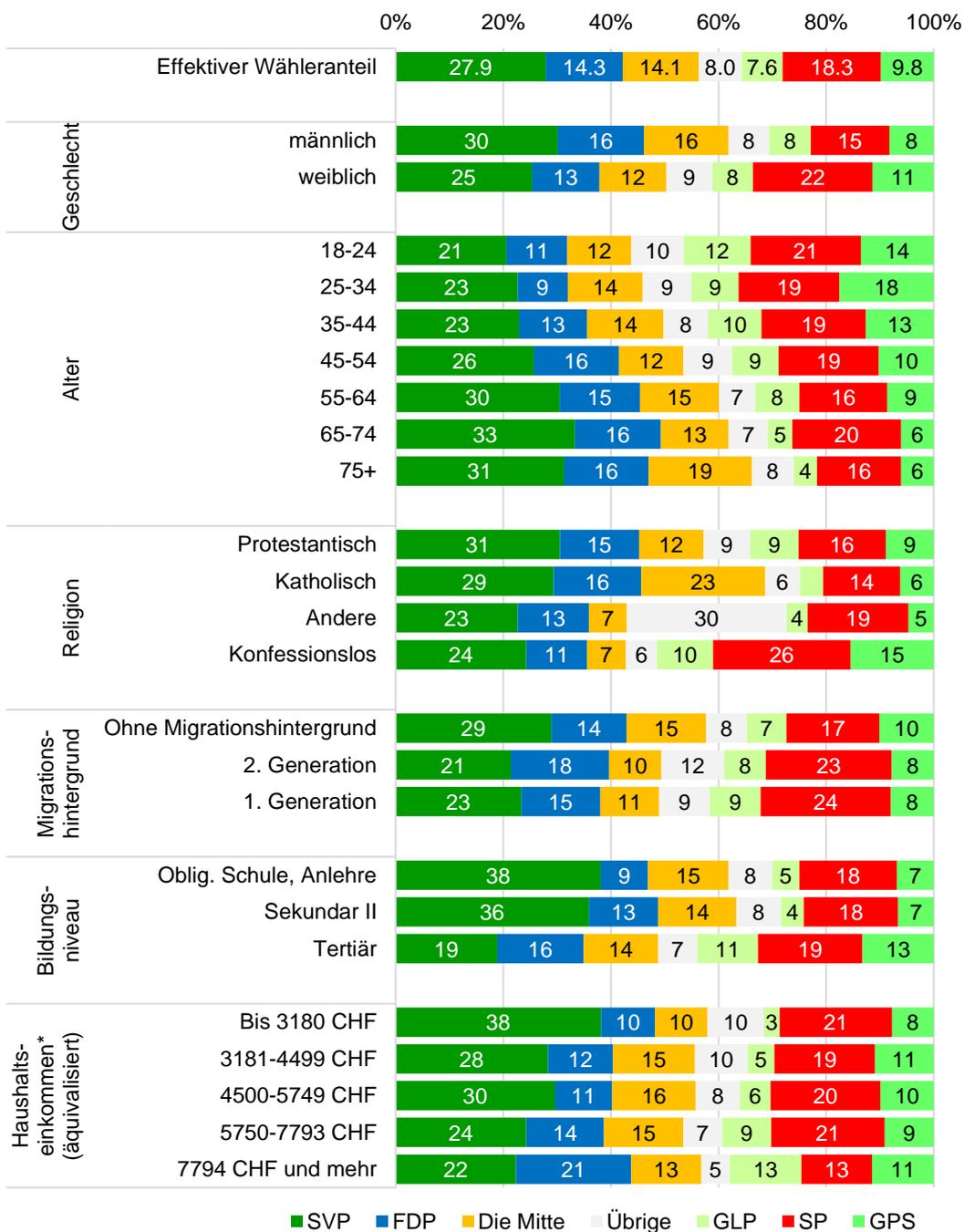
Hinsichtlich des Wahlverhaltens nach Migrationshintergrund³ fällt auf, dass die SP bei Personen mit Migrationshintergrund (Zugewanderte aus der ersten oder zweiten Generation) knapp vor der SVP die wählerstärkste Partei ist und damit gemessen an ihrem Gesamtwähleranteil ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielte. Auch die FDP schnitt in dieser Gruppe überdurchschnittlich gut ab. Dagegen erreichte die SVP bei Personen mit Migrationshintergrund einen Wähleranteil von weniger als einem Viertel.

Bezüglich des Bildungsgrads zeigt sich kein Zusammenhang mit dem Wahlentscheid für SP und Die Mitte. Beide Parteien sind in allen Bildungsschichten gleich gut vertreten. Anders verhält es sich bei den anderen Parteien. Die SVP ist bei Personen mit obligatorischer Schulbildung oder einem Abschluss auf Sekundarstufe 2 (häufig Berufslehre) mit mehr als einem Drittel der Stimmen klar übervertreten. Hingegen wählten nur knapp ein Fünftel der Personen mit einem Schulabschluss auf Tertiärstufe (höhere Fachschule, Fachhochschule oder Universität/ETH) die SVP. Genau umgekehrt präsentiert sich die Situation für die FDP, die GLP und die Grünen: sie erzielten ihre besten Ergebnisse bei Personen mit Tertiärbildung.

Gemessen am (äquivalisierten) monatlichen Bruttohaushaltseinkommen der befragten Personen ist die SVP zwar in allen Einkommensklassen die wählerstärkste Partei, aber ihr Wähleranteil nimmt mit zunehmendem Einkommen deutlich ab. Auch die SP ist im einkommensstärksten Fünftel (7794 Franken und mehr) untervertreten – ganz im Gegensatz zu FDP und GLP, die in der höchsten Einkommensgruppe ihr bestes Resultat erzielten. Für die Wahl für Die Mitte und die Grünen ist das Haushaltseinkommen weniger relevant.

³ Der Migrationshintergrund wurde gemäss der Typologie des Bundesamtes für Statistik durch die Kombination von Geburtsland und Staatsangehörigkeit bei Geburt der Befragten sowie des Geburtslands der Eltern bestimmt (<https://bit.ly/43KrUFC>). Zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund der 1. Generation zählen Befragte, die im Ausland geboren wurden und bei ihrer Geburt entweder die Schweizer Staatsbürgerschaft nicht besaßen, oder, im Falle von gebürtigen Schweizerinnen und Schweizern, deren Eltern beide im Ausland geboren wurden. Zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund der 2. Generation zählen Befragte, die zwar in der Schweiz zur Welt kamen, aber mindestens einen Elternteil mit Geburtsort im Ausland haben. Falls sie bei Geburt in der Schweiz die Schweizer Staatsangehörigkeit besaßen, zählen sie ebenfalls zur 2. Generation, sofern beide Elternteile im Ausland geboren wurden.

Grafik 4 Wahlentscheid nach ausgewählten sozialen Merkmalen, 2023 (in %)

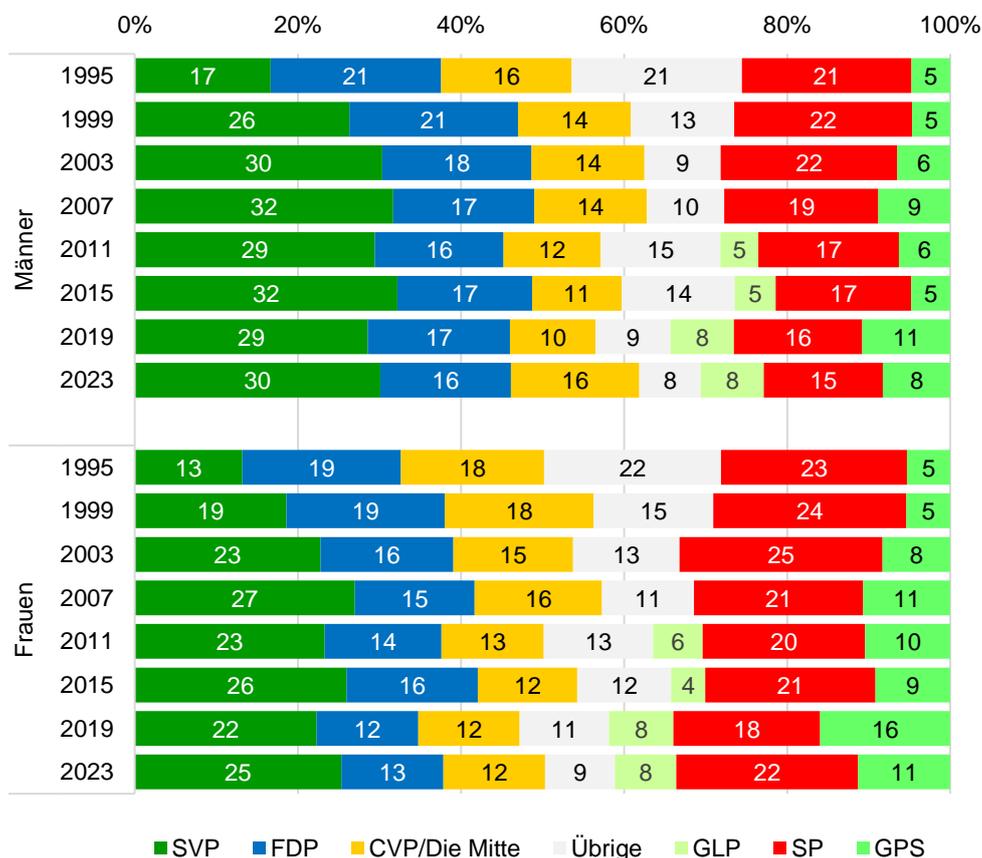


Lesebeispiel: Bei den Männern gaben 30% an, SVP gewählt zu haben, 16% FDP, 16% Die Mitte, 8% übrige Parteien, 8% GLP, 15% SP und 8% GPS. Gewichtete Resultate. N: Männer=1576; Frauen=1576; 18-24=187; 25-34=316; 35-44=445; 45-54=501; 55-64=689; 65-74=620; 75+=391; Protestantisch=859; Katholisch=1236; Andere Religion=141; Konfessionslos=905; ohne Migrationshintergrund=2133; Zugewanderte der zweiten Generation=566; Zugewanderte der ersten Generation=422; Obl. Schule/Anlehre=171; Sekundar II=1374; Tertiäusbildung=1527; Bis 3180 CHF=467; 3181- 4499 CHF=607; 4500-5794 CHF=618; 5750-7793 CHF=661; 7794 CHF und mehr=683. *Das Äquivalenzeinkommen wurde auf der Grundlage des monatlichen Bruttohaushaltseinkommens und der Haushaltsgrösse berechnet und danach in Quintile aufgeteilt.

Da die Wahlstudie Selects seit 1995 besteht, bietet sich die Möglichkeit, die Entwicklung des Wähleranteils der verschiedenen Parteien in verschiedenen Merkmalsgruppen über den Zeitraum von acht eidgenössischen Wahlen zu vergleichen. Grafik 5 zeigt den Wahlentscheid nach Geschlecht im Zeitverlauf auf.

Es zeigt sich, dass die SVP schon 1995 bei den Männern besser vertreten war als bei den Frauen. Dieser Geschlechterunterschied verstärkte sich in den folgenden Wahljahren, da die Wahlgewinne der SVP bei den Männern jeweils grösser ausfielen als bei den Frauen. Bei den Wahlen 2023 nahm der Geschlechterunterschied wieder etwas ab, da die SVP bei den Männern stagnierte, bei den Frauen jedoch Gewinne erzielen konnte. Auch die zweite Wahlsiegerin der Wahlen 2023, die SP, legte bei den Frauen stärker zu als bei den Männern. Damit hat sich bei der SP der Gender-Gap im Wahlverhalten 2023 gegenüber früheren Jahren etwas vergrössert. Umgekehrt steckten die Grünen bei den Frauen 2023 höhere Verluste ein als bei den Männern. Der Wähleranteil der Grünen liegt bei den Frauen aber weiterhin leicht über demjenigen bei den Männern. Interessant ist auch ein Blick auf Die Mitte: ihre Vorgängerpartei, die CVP, wurde von den Frauen stets ein wenig öfter gewählt als von den Männern. Bei der Mitte zeigt sich nun das Gegenteil: sie schnitt bei den Männern besser ab als bei den Frauen.

Grafik 5 Wahlentscheid nach Geschlecht, 1995-2023 (in %)



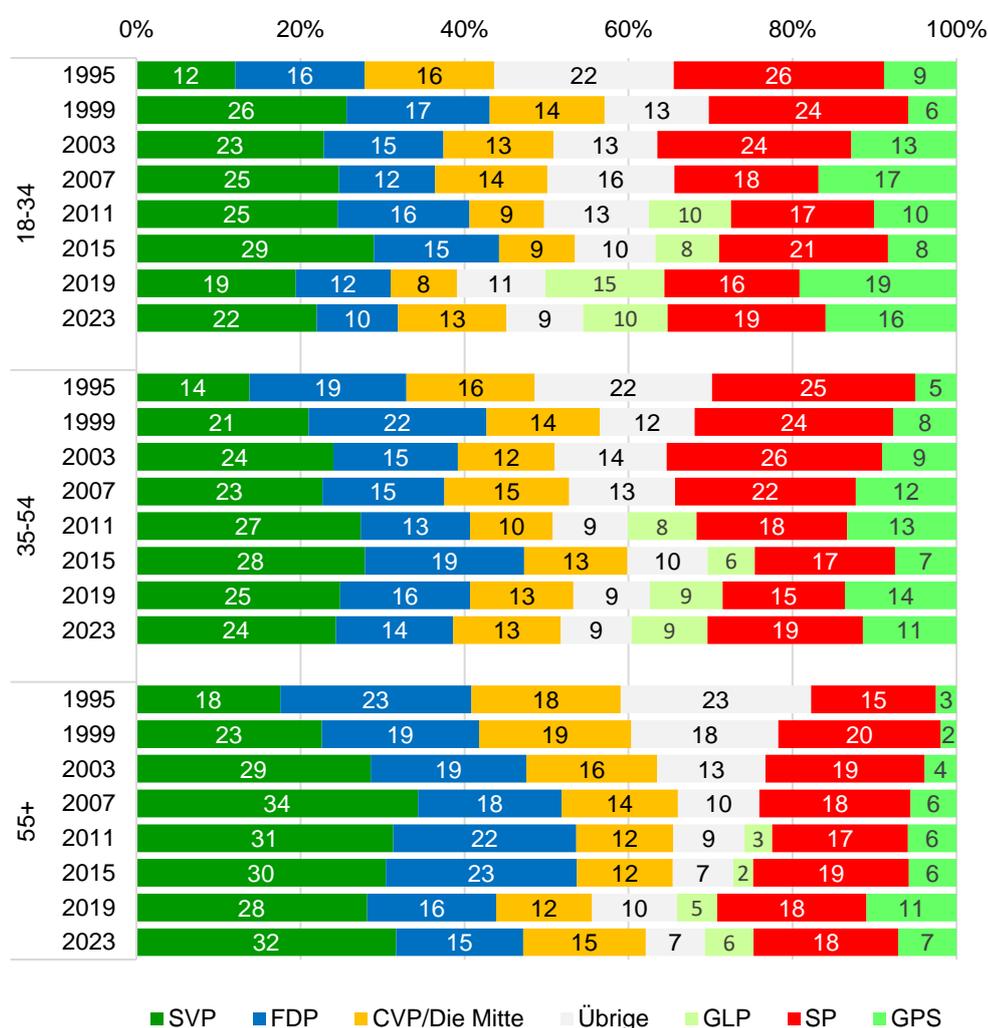
Lesebeispiel: 1995 wählten bei den Männern 17% SVP, 21% FDP, 16% CVP, 21% übrige Parteien, 21% SP und 5% GPS. Gewichtete Resultate. N: Männer 1995=2029; 1999=948; 2003=1832; 2007=1376; 2011=1492; 2015=1798; 2019=2264; 2023=1576; Frauen 1995=2119; 1999=907; 2003=1922; 2007=1437; 2011=1506; 2015=1742; 2019=2258; 2023=1576.

Interessante Verschiebungen zeigen sich auch bezüglich des Wahlentscheids nach Altersgruppen (Grafik 6). Bei den Wahlen 2019 verdankten die grünen Parteien ihren Wahlerfolg im Wesentlichen den unter 35-Jährigen. In dieser Altersklasse konnten sowohl die GPS als auch die GLP damals überdurchschnittliche Gewinne erzielen. 2023 ist die Wahlniederlage der GLP hauptsächlich auf dieses Alterssegment zurückzuführen, während die

Grünen in allen Altersklassen gleichermassen an Rückhalt verloren. Die GPS bleibt aber in der zahlenmässig starken Gruppe der über 54-Jährigen untervertreten.

Während die SP in früheren Jahren in der jüngsten und mittleren Altersklasse stetig an Wähleranteilen verlor, konnte sie bei den Wahlen 2023 sowohl bei den 18- bis 34-Jährigen als auch den 35- bis 54-Jährigen zulegen, stagnierte aber bei den älteren Wählenden. Nachdem die SVP 2019 in der jüngsten Altersklasse starke Verluste einstecken musste, konnte sie 2023 ihren Wähleranteil bei den unter 35-Jährigen wieder ausbauen. Sie ist in dieser Altersklasse zwar knapp die wählerstärkste Partei, findet in dieser Gruppe jedoch weiterhin deutlich weniger Anklang als bei den über 54-Jährigen. Bei der FDP zeigen sich im Vergleich zu früheren Jahren keine grossen Veränderungen, während Die Mitte gemessen an der CVP, einer ihrer Vorgängerparteien, ihren Wähleranteil bei den 18- bis 34-Jährigen klar steigern konnte.

Grafik 6 Wahlentscheid nach Altersgruppen, 1995-2023 (in %)



Lesebeispiel: 1995 wählten unter den 18- bis 34-Jährigen 12% SVP, 16% FDP, 16% CVP, 22% übrige Parteien, 26% SP und 9% GPS. Gewichtete Resultate. N: 18-34: 1995=924; 1999=327; 2003=525; 2007=416; 2011=516; 2015=725; 2019=790; 2023=503; 35-54: 1995=1714; 1999=737; 2003=1435; 2007=987; 2011=1059; 2015=1193; 2019=1508; 2023=946; 55+: 1995=1507; 1999=791; 2003=1794; 2007=1410; 2011=1423; 2015=1622; 2019=2224; 2023=1700.

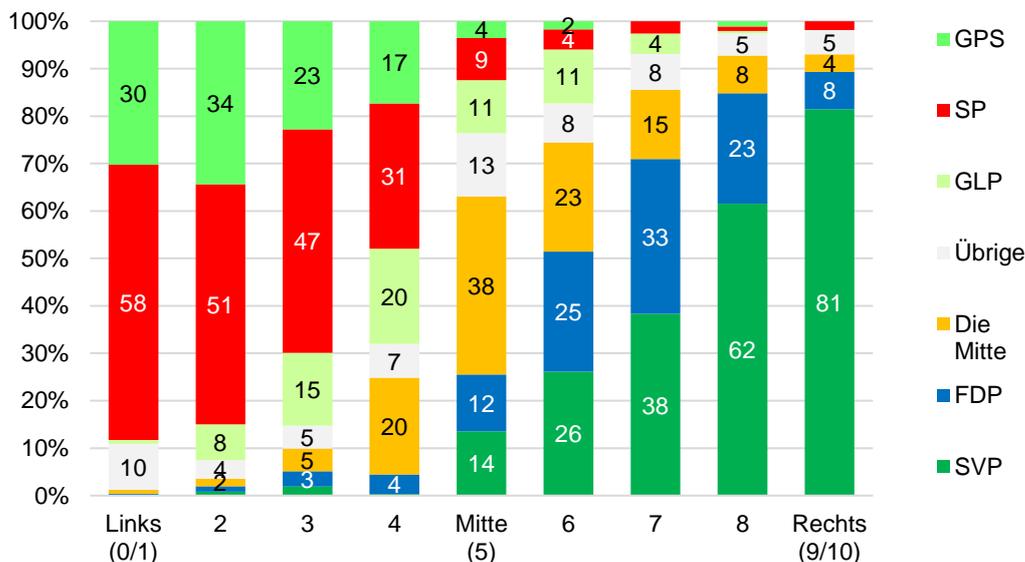
3.2 Der Wahlentscheid nach politischen Merkmalen

3.2.1 Links-Rechts-Selbstpositionierung

Die klassische Links-Rechts-Achse bildet einen zentralen Orientierungspunkt im politischen Raum. Die meisten politischen Parteien können auf der Links-Rechts-Achse verortet werden und ein grosser Teil der Wahlberechtigten ist ebenfalls in der Lage, sich auf dieser Achse einzuordnen. Auf die entsprechende Frage in unserer Studie vermochten sich nur vier Prozent der Wählenden nicht zu positionieren oder wollten keine Antwort geben. Allerdings neigt ein Teil der Befragten dazu, sich in der Mitte zu positionieren, weil sie sich ihrer politischen Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Achse nicht sicher sind oder sich als ideologisch ungebunden bezeichnen.

Grafik 7 zeigt, wie sich die persönliche Links-Rechts-Selbsteinstufung auf den Wahlentscheid ausgewirkt hat. Relativ klar präsentiert sich die Lage für Wählende, die sich politisch linksausser verorten, d.h. von 0-2 auf der 11-stufigen Skala. Mehr als die Hälfte dieser Wählenden gab 2023 der SP ihre Stimme. Die Grünen erhielten aus diesem Lager mit einem Anteil von rund einem Drittel ebenfalls grossen Zuspruch. Auch im moderaten linken Lager (3 und 4) sind SP und GPS dominant, erhalten aber Konkurrenz durch die GLP und Die Mitte. Die GLP ist links der Mitte stärker verankert als rechts davon, während Die Mitte ihrem Namen entsprechend ihren grössten Wähleranteil unter jenen Personen holt, die sich bei 5, also im Zentrum der Links-Rechts-Skala, einordnen. Die FDP wird hingegen am häufigsten von Personen gewählt, die sich auf der Links-Rechts-Achse bei 7 einstufen. In diesem Segment erzielte sie einen Drittel Wähleranteil und damit nur unwesentlich weniger als die SVP mit 38 Prozent. Diese ist bei dezidiert rechten (8) und vor allem bei rechtsausser stehenden Wählenden (9-10) wie schon 2019 die dominante Kraft.

Grafik 7 Wahlentscheid nach Links-Rechts-Selbstpositionierung, 2023 (in %)



Lesebeispiel: Von jenen, die 2023 angaben, ganz links zu stehen (0 oder 1), wählten 30% die GPS, 58% die SP und 10% eine übrige Partei. Gewichtete Resultate. N: Total=3031; 0/1=234; 2=229; 3=308; 4=287; 5=473; 6=343; 7=427; 8=410; 9/10=320.

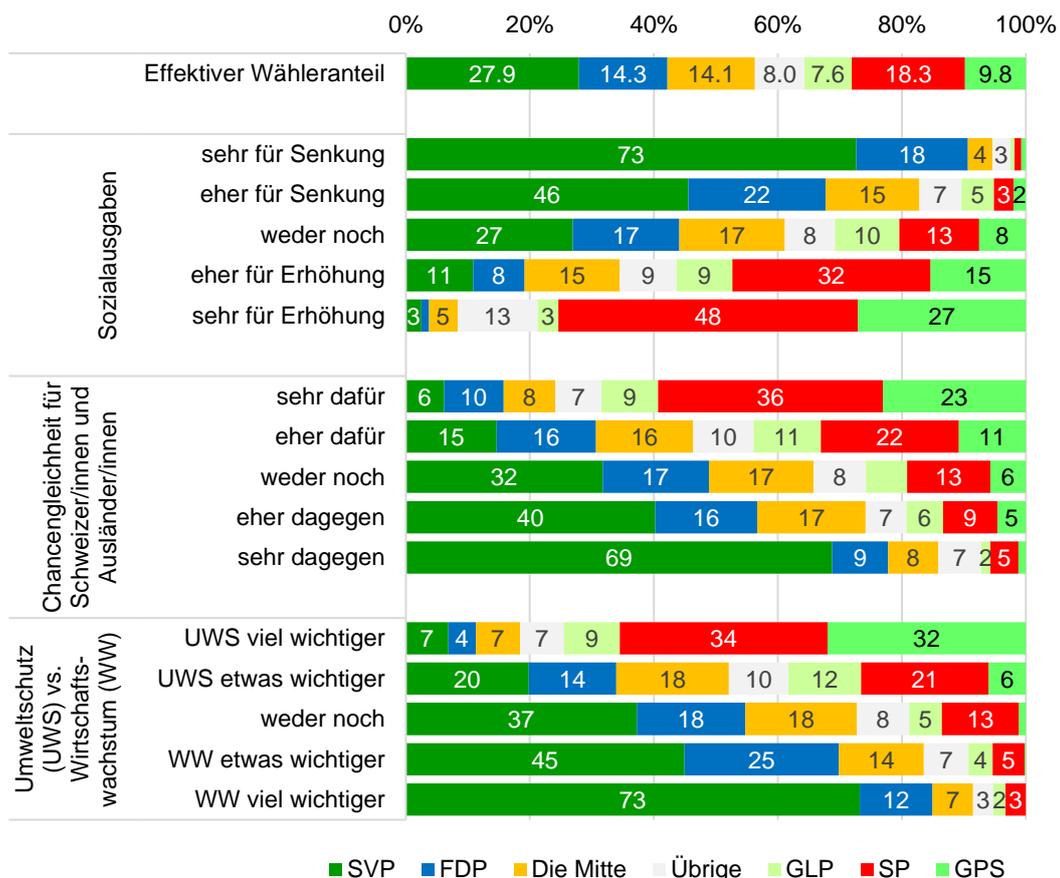
3.2.2 Politische Wertehaltungen

Neben der klassischen Links-Rechts-Achse spielen auch weitere politische Einstellungen und Grundhaltungen eine Rolle für den Wahlentscheid. Diese Grundeinstellungen lassen sich in der politikwissenschaftlichen Forschung auf eine ökonomische und eine kulturelle Konfliktlinie reduzieren. Die ökonomische Konfliktlinie dreht sich insbesondere um die Rolle des Staates in der Wirtschaft. Dabei stehen diejenigen, die den Staatsinterventionismus klar befürworten, Personen gegenüber, die eine freie Marktwirtschaft ohne Staatseingriffe

propagieren. Die kulturelle Konfliktlinie beschreibt Auseinandersetzungen rund um die Offenheit einer Gesellschaft gegen innen, z.B. die Stellung von Minderheiten oder neue Familienformen, und gegen aussen, z.B. die Haltung gegenüber Zugewanderten oder der Rolle der Schweiz in internationalen Organisationen. Hier stehen Personen mit progressiven Werthaltungen jenen gegenüber, die an einem traditionellen Gesellschaftsbild festhalten und bezüglich der Öffnung der Schweiz gegen aussen Vorbehalte haben. Doch auch der Umweltschutz und andere sogenannte postmaterialistische Werthaltungen werden gemeinhin der kulturellen Dimension zugeschrieben.

Grafik 8 untersucht den Wahlentscheid nach drei ausgewählten Grundhaltungen. Stellvertretend für die ökonomische Konfliktlinie wird die Haltung der Wählenden zu Sozialausgaben untersucht. Dabei zeigt sich ein klares Muster. Wählende, die eine Erhöhung der Sozialausgaben befürworten, unterstützen die SP und die GPS weit überdurchschnittlich. Umgekehrt gaben Wählende, die für eine Senkung der Sozialausgaben plädieren, ihre Stimme weit überdurchschnittlich der SVP und FDP. Dabei fällt auf, dass die beiden Polparteien SVP und SP, aber auch die Grünen, ihre höchsten Wähleranteile bei Personengruppen erzielen, die eine dezidierte Haltung einnehmen, sich also „sehr“ für oder gegen die Erhöhung der Sozialausgaben aussprechen. Im Gegensatz dazu sind die Wählenden von Mitte und Grünliberalen weit weniger polarisiert. Diese Parteien werden von Personen mit sehr klaren Haltungen unterdurchschnittlich unterstützt. Vielmehr holen sie ihre Stimmen bei Wählenden, die sich nicht klar positionieren (weder noch, eher dafür oder eher dagegen).

Grafik 8 Wahlentscheid nach ausgewählten Werthaltungen, 2023 (in %)



Lesbeispiel: Unter denjenigen, die sich sehr für eine Senkung der Sozialausgaben aussprechen, gaben 73% an, SVP gewählt zu haben, 18% FDP, 4% Die Mitte, 3% übrige Parteien, 1% GLP, 1% SP und 1% GPS. Gewichtete Resultate. N=3133-3145.

Die Einstellungen zur Chancengleichheit für Schweizer/innen und Ausländer/innen stehen stellvertretend für kulturelle Werthaltungen. Bei Personen, die vehement für die Chancengleichheit für Ausländer/innen eintreten, schnitten SP und Grüne ausserordentlich gut ab (36% respektive 23%). Hingegen vermochte die SVP mehr als zwei Drittel derjenigen von sich zu überzeugen, die sich gegen die Chancengleichheit für Ausländer/innen aussprechen. Sie ist mit einem Wähleranteil von 40 Prozent aber auch bei jenen klar überrepräsentiert, die sich weniger dezidiert für die Bevorzugung von Schweizerinnen und Schweizern aussprechen. Weniger klare Werthaltungen auf der kulturellen Achse weisen die Wählerschaften von FDP und Die Mitte auf: ihre Parteistärke ist nämlich bei eher gesellschaftsliberalen, neutralen und eher traditionell eingestellten Wählenden in etwa konstant.

Die Frage, ob jemand dem Umweltschutz oder dem Wirtschaftswachstum einen höheren Stellenwert beimisst, tangiert sowohl die kulturelle als auch die ökonomische Konfliktlinie. Fast drei Viertel der Personen, die das Wirtschaftswachstum als wichtiger erachten als den Umweltschutz, gaben ihre Stimme der SVP. Hingegen wählten zwei Drittel der Personen, die den Umweltschutz höher gewichteten als das Wirtschaftswachstum, entweder SP oder GPS. Wählende der Grünliberalen neigen dazu, dem Umweltschutz mehr Bedeutung beizumessen als dem Wirtschaftswachstum, während es bei der FDP gerade umgekehrt ist. Die Mitte schnitt in beiden Lagern ähnlich ab.

3.2.3 Problembewusstsein und Themen

Nebst den sozialen Merkmalen sowie den politischen Grundhaltungen der Wählenden spielen auch aktuelle politische Probleme eine Rolle für den Wahlentscheid. Wenn sich viele Menschen über steigende Einwanderungszahlen oder die Situation im Schweizer Asylwesen beklagen, profitiert am ehesten die SVP davon, weil ihr attestiert wird, diesen Problemen grosse Aufmerksamkeit zu widmen. Wenn sich in der Wählerschaft hingegen viele Sorgen um die Umwelt und die Klimaerwärmung machen, ist dies für ökologische Parteien am vorteilhaftesten, da sie am ehesten als diejenigen Parteien wahrgenommen werden, die solche Probleme angehen und zu lösen vermögen (vgl. Infobox auf Seite 23).

Die Befragten in der Selects-Studie wurden gebeten anzugeben, welches ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste politische Problem in der Schweiz ist. Diese Frage wurde offen gestellt und die Antworten anschliessend in Kategorien zusammengefasst. Tabelle 7 zeigt, welche Themen im Zeitverlauf seit 1995 am häufigsten als wichtigstes Problem genannt wurden.

Unter denjenigen, die an den eidgenössischen Wahlen 2023 teilnahmen, schwang mit gut einem Viertel aller Nennungen die Kategorie „Einwanderung & Asyl“ obenaus. Dieser Themenbereich rangierte bereits in den Jahren 1999 bis 2015 zuoberst im Problembewusstsein der Wählenden, bevor er 2019 im Sorgenbarometer der Wählenden stark zurückfiel. 2023 erklomm das Migrationsthema zwar wieder den Spitzenplatz, blieb aber weit unter dem während der Flüchtlingskrise 2015 erreichten Höchstwert von 44 Prozent aller Nennungen. Am zweithäufigsten sorgten sich die Wählenden 2023 um Umwelt- und Energieprobleme. Damit fiel dieser Problembereich nach der „grünen Welle“ bei den Wahlen 2019 zwar um einen Rang zurück, er trieb aber annähernd so viele Wählende um wie vier Jahre zuvor (Rückgang der Nennungen von 26% auf 22%). Mit deutlichem Abstand zu den ersten beiden Themen nannten die Wählerinnen und Wähler das Gesundheitswesen – und insbesondere die steigenden Krankenkassenprämien – als dritthäufigstes Problem (13%). Damit figurierte dieser Themenbereich erstmals seit 2003 wieder in den Top 3 der am häufigsten genannten Probleme. Themen im Zusammenhang mit der sozialen Sicherheit und dem Wohlfahrtsstaat wurden im Vergleich zu 2019 hingegen weniger als halb so häufig genannt und fielen um einen Rang auf Platz 4 zurück. Alle weiteren Themen erhielten ebenfalls weniger als 10 Prozent aller Nennungen. Dies trifft auch auf Wirtschaftsthemen zu (7%), die u.a. Fragen der Teuerung oder der sinkenden Kaufkraft beinhalten. Erwähnenswert ist ausserdem, dass die Beziehungen mit der EU – das am zweit- bzw. dritthäufigsten genannte Thema 2015 und 2019 – fast vollständig aus dem Problembewusstsein der Wählenden verschwand (4% der Nennungen).

Tabelle 7 Wichtigstes politisches Problem der Wählerinnen und Wähler 1995-2023 (in %)

	1995	1999	2003	2007	2011	2015	2019	2023
Einwanderung & Asyl	9	34	20	26	20	44	12	26
Umwelt & Energie	10	3	3	15	19	5	26	22
Gesundheitswesen	3	6	16	3	5	1	7	13
Soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat	0	10	19	17	10	9	20	8
Wirtschaft	5	2	1	1	17	5	3	7
Politisches System, Parteien & Politiker/innen	2	3	4	7	4	12	5	7
Internationale Beziehungen & Armee	0	1	1	2	2	2	2	7
EU, Europa	17	15	3	4	4	13	18	4
Arbeitsmarkt	25	13	16	6	7	3	2	1
Recht & Ordnung	1	1	2	8	3	1	0	1
Finanzen & Steuern	16	8	9	3	4	1	1	0
Andere Probleme	13	6	7	9	6	4	5	4
Total	100	100	100	100	100	100	100	100
N	4647	1964	3549	2914	3022	2892	4397	3119

Lesebeispiel: 1995 gaben 9% der Wählenden ein Thema aus dem Bereich "Einwanderung & Asyl" als wichtigstes politisches Problem an, 2023 waren es 26%. Gewichtete Resultate.

Tabelle 8 stellt die wichtigsten politischen Probleme der Wählerinnen und Wähler aufgeschlüsselt nach ihrer Parteiwahl dar. Sie zeigt, dass das Migrations- und Asylthema vor allem die Wählerschaft der SVP umtreibt: 57 Prozent der SVP-Wählenden nannten den Bereich „Einwanderung & Asyl“ als wichtigstes Problem. Auch in den Wählerschaften von FDP und Die Mitte rangierte das Migrationsthema zuoberst, allerdings mit nur rund einem Fünftel der Nennungen. Zahlreiche FDP- und Mitte-Wählende sorgen sich auch um Umwelt/Energie und das Gesundheitswesen. Bei den Anhängerschaften der links-grünen Parteien dominiert die Sorge um „Umwelt & Energie“ – am deutlichsten bei der GPS, wo fast sechs von zehn Wählerinnen und Wählern diesen Problembereich nannten. Einzig anderes Problem mit Nennungen im zweistelligen Bereich ist bei den Grünen die Unzufriedenheit mit dem politischen System und den Politikern und Politikerinnen. Dabei ging es hauptsächlich um die Klage, das politische System sei blockiert und Entscheidungen würden zu langsam getroffen. Bei der GLP gaben fast 40 Prozent und bei der SP fast jede/r Dritte an, dass die Schweiz gegenwärtig am stärksten mit Umweltproblemen zu kämpfen habe. Bei beiden Parteiwählerschaften wurden aber auch Probleme aus der Kategorie „Soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat“ häufig genannt. SP-Wählende sorgten sich zudem häufig über die steigenden Krankenkassenprämien (Themenbereich „Gesundheitswesen“) sowie die sinkende Kaufkraft und die Teuerung (Themenbereich „Wirtschaft“).

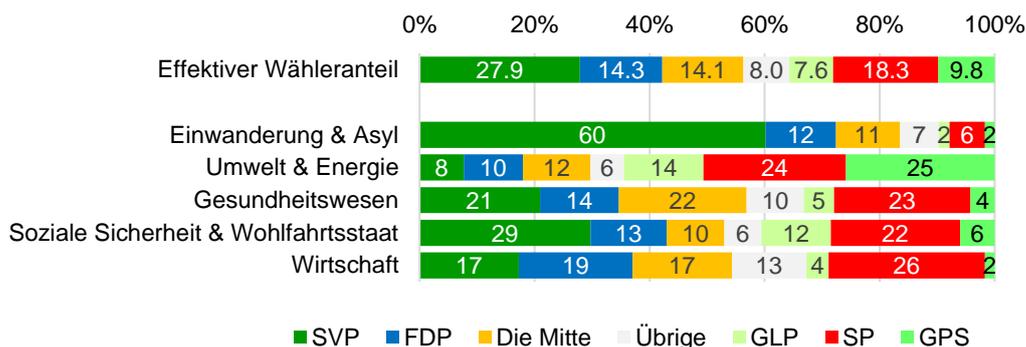
Tabelle 8 Wichtigstes politisches Problem der Wählerinnen und Wähler nach gewählter Partei, 2023 (in %)

	Gewählte Partei 2023					
	SVP	FDP	Die Mitte	GLP	SP	GPS
Einwanderung & Asyl	57	22	21	6	9	5
Umwelt & Energie	6	16	18	39	29	58
Gesundheitswesen	10	12	20	9	16	6
Soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat	8	7	6	12	10	5
Wirtschaft	5	10	9	4	11	1
Politisches System, Parteien & Politiker/innen	3	6	6	10	8	15
Internationale Beziehungen & Armee	5	7	8	9	7	6
EU, Europa	2	9	5	7	3	3
Andere Probleme	4	9	7	4	7	3
Total	100	100	100	100	100	100
N	737	498	505	195	602	226

Lesebeispiel: 2023 gaben 57% der SVP-Wählenden ein Thema aus dem Bereich "Einwanderung & Asyl" als wichtigstes politisches Problem an, bei der FDP waren es 22%, bei der Mitte 21%, bei der GLP 6%, bei der SP 9% und bei der GPS 5%. Gewichtete Resultate.

Grafik 9 ist gewissermassen die Umkehrung von Tabelle 8. Sie zeigt nämlich auf, inwiefern die fünf wichtigsten politischen Themenbereiche die Parteiwahl strukturierten. Anders ausgedrückt: Welche Partei wurde über- oder unterdurchschnittlich oft von Personen gewählt, die dasselbe Thema als das gegenwärtig wichtigste politische Problem nannten? Drei von fünf Wählerinnen und Wählern, die das Migrationsthema als drängendstes Problem erachteten, gaben der SVP ihre Stimme. Damit erzielte die SVP in dieser Gruppe einen mehr als doppelt so hohen Wähleranteil als in der Gesamtbevölkerung. Gar keinen Anklang fanden in dieser Personengruppen die linken und grünen Parteien (SP, GPS, GLP), während FDP und Die Mitte nur leicht unterdurchschnittliche Wähleranteile erreichten.

Grafik 9 Wahlentscheid nach dem wichtigsten politischen Problem, 2023 (in %)



Lesebeispiel: Unter denjenigen, die ein Thema aus dem Bereich „Einwanderung & Asyl“ als wichtigstes politisches Problem angaben, wählten 60% SVP, 12% FDP, 11% Die Mitte, 7% übrige Parteien, 2% GLP, 6% SP und 2% GPS. Gewichtete Resultate. N: Einwanderung & Asyl=740; Umwelt & Energie=618; Gesundheitswesen=419; Soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat=254; Wirtschaft=242.

Jene, die sich über den Themenbereich „Umwelt & Energie“ besorgt zeigten, wählten zu gleichen Teilen SP und GPS: beide Parteien erhielten rund einen Viertel der Stimmen. Damit gelang es der SP im Vergleich zu den Wahlen 2019 etwas besser, sich bei umwelt-affinen Wählerschichten als Alternative zu den Grünen zu etablieren. Gemäss Selects-Studie lagen die Grünen 2019 nämlich mit einem Vorsprung von 10 Prozentpunkten auf die SP in der Gunst dieser Wählergruppe noch klar vorne. Beliebte blieben auch die Grünliberalen, die wie 2019 im Vergleich zu ihrem Gesamtergebnis einen fast doppelt so hohen Wähleranteil bei Personen erzielten, die sich vornehmlich um Umwelt- und Energiethemen sorgen.

Bei Wählenden, die das schweizerische Gesundheitswesen als dringendstes politisches Problem bezeichneten, schnitt Die Mitte mit einem Wähleranteil von gut einem Fünftel überaus gut ab. Aber auch die SP wurde von diesen Personen überdurchschnittlich oft gewählt, während die SVP und die grünen Parteien gemessen an ihrem Wähleranteil in der Gesamtbevölkerung in dieser Wählergruppe ein eher schlechtes Ergebnis einfuhren.

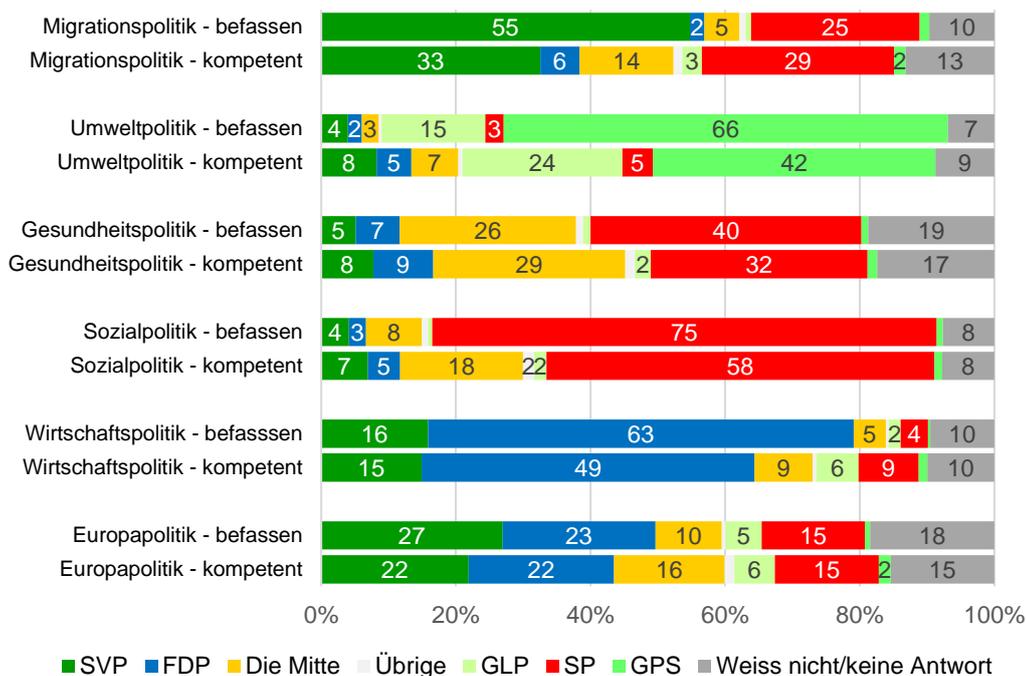
Obwohl die SP in der Sozialpolitik von einem Grossteil der Wählenden als kompetenteste und engagierteste Partei wahrgenommen wird (siehe Infobox auf Seite 23), erzielte sie mit 22 Prozent der Stimmen bei Personen, die das wichtigste Problem im Bereich „Soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat“ orten, nur ein leicht überdurchschnittliches Ergebnis. Die SVP und die GLP schlossen ebenfalls überdurchschnittlich gut ab, Die Mitte und die Grünen hingegen unterdurchschnittlich.

Wählende, welche sich primär um Probleme im Bereich der Wirtschaftspolitik sorgen, entschlossen sich zu mehr als einem Viertel für die SP. Dies ist wohl dem Umstand geschuldet, dass die Sorge um steigende Preise und sinkende Reallöhne in dieser Kategorie einen grossen Anteil hatte – Themen also, die von der SP im Wahlkampf stark betont wurden. Aber auch die FDP, die Wirtschaftspartei schlechthin (siehe Infobox auf Seite 23), erzielte bei dieser Personengruppe ein überdurchschnittlich gutes Wahlergebnis. Die SVP bekundete in dieser Gruppe hingegen grosse Mühe und vereinigte weniger als einen Fünftel der Stimmen auf sich. Gleiches gilt für die GLP, die trotz des Etiketts „liberal“ in ihrem Parteinamen kaum als Wirtschaftspartei wahrgenommen wird.

Infobox: Themenführerschaft und Problemlösungskompetenz der Parteien

Wenn ein Thema für die Wählenden prioritär ist, dann profitiert in der Regel jene Partei davon, die Themenführerschaft und Problemlösungskompetenz für sich beanspruchen kann. Selects hat zu sechs wichtigen Politikbereichen erhoben, welche Partei sich aus Sicht der Wählenden am stärksten damit befasst und welche Partei in diesem Themenbereich am kompetentesten ist.

Grafik 10 Partei, die sich am stärksten mit bestimmten Themen befasst und als am kompetentesten beurteilt wird (in %, nur Wählende)



Lesebeispiel: 55 Prozent der Wählenden sahen die SVP und 25 Prozent die SP als die Partei, die sich am stärksten mit der Migrationspolitik befasst. Als in der Migrationspolitik kompetenteste Partei gaben 33 Prozent die SVP an, 29 Prozent die SP und 14 Prozent Die Mitte. Gewichtete Resultate aus der dritten Panelbefragung. N=4375-4377.

Gemäss der Grafik 10 ist die Umweltpolitik klar die Domäne der GPS, die Sozialpolitik wird der SP und die Wirtschaftspolitik der FDP zugeschrieben. Eine grosse Mehrheit der Wählerschaft attestiert diesen drei Parteien, sich mit den jeweiligen Themen am stärksten zu befassen. Zwar wird ihre Kompetenz im Vergleich kontroverser beurteilt, aber alle drei Parteien erreichen klare relative Mehrheiten: die GPS führt in der Umweltpolitik mit 42 Prozent und die FDP in der Wirtschaftspolitik mit 49 Prozent aller Nennungen. Die SP wird in der Sozialpolitik gar von 58 Prozent als kompetenteste Partei genannt.

In der Migrationspolitik hat die SVP grossmehrheitlich den Ruf, sich am stärksten mit diesem Thema zu befassen (55% der Nennungen). Bezüglich der Problemlösungskompetenz sind SVP und SP in der Wahrnehmung der Wählerinnen und Wähler jedoch praktisch gleichauf (33 vs. 29%).

Besonders umkämpft sind die Europa- und Gesundheitspolitik. In diesen beiden Themenbereichen vermögen viele Wählende nicht zu sagen, welche Partei am kompetentesten oder engagiertesten ist. In der Europapolitik liefern sich SVP und FDP ein Duell um den Ruf als kompetenteste und engagierteste Partei, in der Gesundheitspolitik sind die Meinungen zwischen SP und Die Mitte geteilt.

3.3 Wählerwanderungen

Neben den Gewinnen und Verlusten der Parteien sind nach eidgenössischen Wahlen auch die Verschiebungen von Wählenden zwischen den Parteien im Vergleich zu den letzten Wahlen von besonderem Interesse. Diese sogenannten Wählerwanderungen zuverlässig abzubilden ist nicht einfach, da Verschiebungen nicht nur zwischen Parteiwählerschaften möglich sind, sondern auch zwischen Wählenden und Nicht-Wählenden. Überdies verstirbt ein gewisser Prozentsatz der Wahlberechtigten innerhalb von vier Jahren und vormals nicht wahlberechtigte Personen erlangen zwischenzeitlich das Wahlrecht – entweder, weil sie das 18. Altersjahr überschreiten oder eingebürgert werden.

In einem komplexen Mehrparteiensystem wie demjenigen der Schweiz ist die Zahl der möglichen Wählerwanderungen gross. In unseren Analysen fokussieren wir uns auf die sechs wählerstärksten Parteien und fassen die übrigen Kleinparteien in einer Gruppe zusammen. Nimmt man nun die Möglichkeit hinzu, nicht an den eidgenössischen Wahlen teilzunehmen, ergeben sich bereits 64 mögliche Wanderbewegungen (8x8). Von all diesen möglichen Bewegungen entfallen die weitaus grössten Anteile auf Personen, die in zwei aufeinanderfolgenden Wahlen dieselbe Partei wählten, sowie auf Wahlberechtigte, die sich zweimal nacheinander nicht an den Wahlen beteiligten. Die übrigen befragten Personen verteilen sich auf die restlichen möglichen Wanderbewegungen. Dies bedeutet, dass sich die Analyse auf relativ wenige Befragte beschränkt und der Stichprobenfehler für diese Beobachtungen steigt.

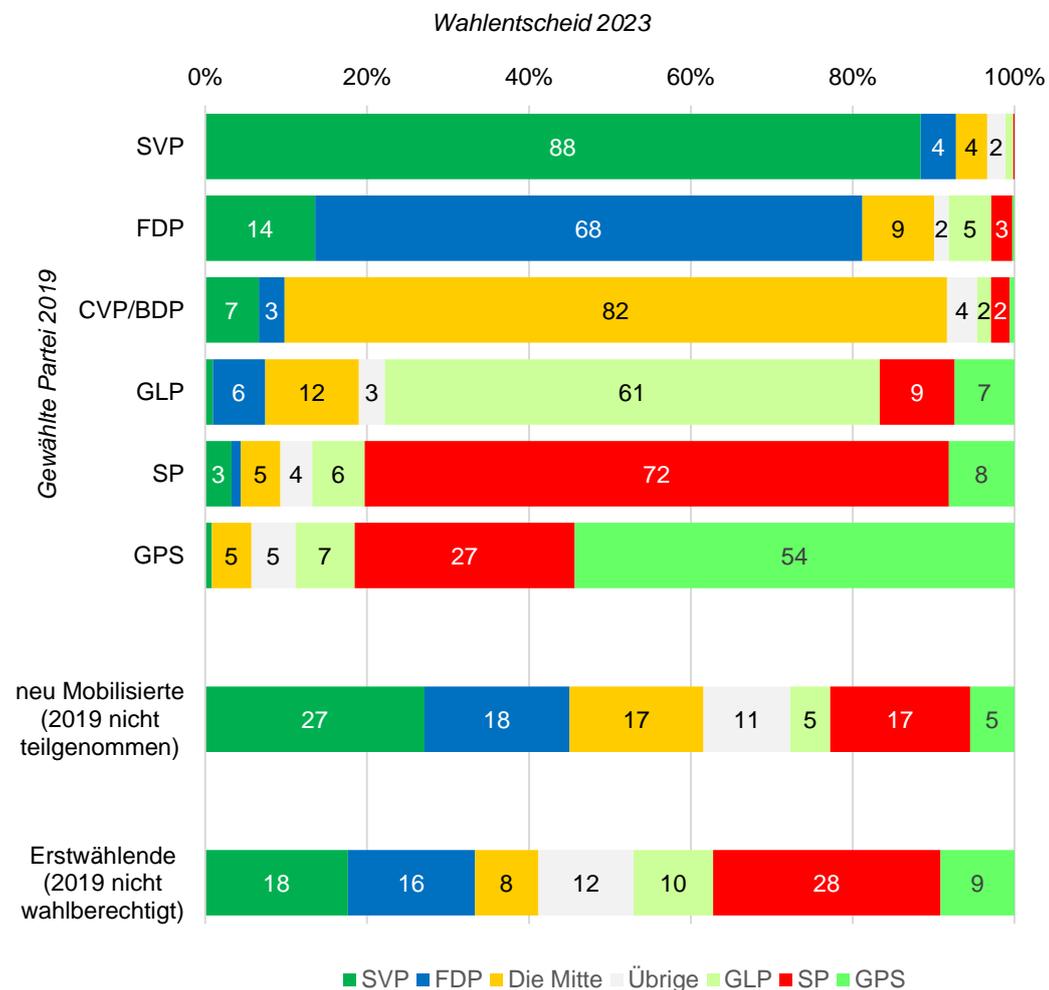
Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Befragten erinnern müssen, ob sie an den Wahlen 2019 überhaupt teilgenommen hatten und wenn ja, welcher Partei sie damals ihre Stimme gaben. Diese Frage ist gerade für Personen mit mässigem Interesse für die Politik mitunter schwierig zu beantworten. Es gibt Vermutungen, dass Befragte dazu neigen, ihr aktuelles Wahlverhalten auf die Vergangenheit zu übertragen. Dies würde dazu führen, dass die Wählerbewegungen tendenziell unter- bzw. die Stabilität zwischen zwei Wahlen überschätzt wird. Aus all diesen Gründen müssen die nachfolgenden Analysen mit Vorsicht interpretiert werden. Die präsentierten Resultate sind als Tendenzen zu verstehen, nicht als in Stein gemeisselte Zahlen.

Im Vergleich zu den historischen Verschiebungen in den Wähleranteilen der sechs grössten Parteien bei den Wahlen 2019 waren die Wahlen 2023 von grosser Stabilität geprägt. Dahinter verbergen sich auf Individualebene jedoch erhebliche Verschiebungen zwischen Wählenden und Nicht-Wählenden, als auch zwischen den Parteien. Rund ein Fünftel der Wählenden von 2023 hatte sich 2019 nicht an der Wahl beteiligt – entweder, weil sie noch nicht stimmberechtigt waren oder aus anderen Gründen den Urnen fernblieben. Umgekehrt wurden von den Wählenden 2019 rund 17 Prozent demobilisiert, d.h. sie gingen 2023 nicht mehr zur Wahl. Unter jenen, die sowohl 2023 als auch 2019 nach eigenen Angaben an den Wahlen teilnahmen und 2019 eine der sechs grössten Parteien wählten, gaben rund 30 Prozent an, ihre Stimme 2023 einer anderen Partei gegeben zu haben. Dieser Anteil ist vergleichbar mit früheren Jahren. Er zeigt aber, dass auch bei stabilen Kräfteverhältnissen zwischen den Parteien unter der Oberfläche nennenswerte Verschiebungen stattfinden. Unter diesen Umständen bleibt der Wahlkampf für die Parteien wichtig. Sie müssen die Wahlberechtigten einerseits mobilisieren, d.h. sie zur Wahlteilnahme bewegen, und andererseits ihre Stimme für sich gewinnen.

Grafik 11 beantwortet die Frage, wie sich die Parteiwählerschaften von 2019 bei den Wahlen 2023 verhalten haben. Wie schon in der Vergangenheit verfügt die SVP über das stabilste Wählersegment. Knapp 9 von 10 SVP-Wählenden von 2019 wählten wiederum die SVP. Dies ist der höchste Wert aller Parteien. Die Mitte konnte von der Treue der Wählerinnen und Wähler ihrer Vorgängerparteien profitieren: gut vier Fünftel der ehemaligen CVP- oder BDP-Wählenden legten nämlich ihre Stimme für Die Mitte ein. Lediglich ein kleiner Teil der früheren Anhänger/innen von CVP und BDP wechselten zur SVP. Auch die SP konnte auf grosse Unterstützung ihrer Wählerinnen und Wähler von 2019 zählen: fast drei Viertel gaben ihr 2023 wieder ihre Stimme, acht Prozent wanderten zu den Grünen ab. Dies ist ein weit geringerer Anteil als noch 2019, als gut ein Fünftel der SP-Wählenden von 2015 zu den Grünen wechselten und wesentlich zu deren Wahlerfolg beitrugen. Bei den

Wahlen 2023 fand eine Gegenbewegung statt: die Wählerbasis der Grünen ist markant volatiler geworden. Nur etwas mehr als die Hälfte der GPS-Wählerschaft von 2019 legte wieder grün ein, während mehr als ein Viertel zur SP abwanderte. Somit verloren die Grünen anteilmässig dreimal mehr Wählende an die SP als umgekehrt. Die andere ökologische Partei, die Grünliberalen, musste etwas weniger Abgänge verkraften. Dabei hielten sich Abgänge nach links (zu SP und GPS) und nach rechts (zu Die Mitte und FDP) in etwa die Waage. Als noch relativ junge Partei verfügt die GLP über eine weniger gefestigte Wählerbasis als die Bundesratsparteien. So konnte sie nur rund sechs von zehn Personen, die ihr 2019 ihre Stimme gaben, erneut für sich gewinnen. Allerdings liegt dieser Anteil deutlich höher als noch 2015 (50%) und ist vergleichbar mit jenem von 2019 (64%), was auf eine zunehmende Festigung der GLP-Wählerschaft hindeutet. Von den Bundesratsparteien bekundete die FDP am meisten Mühe, ihre Wählerschaft von 2019 bei der Stange zu halten (68%). Am meisten Wählende verlor sie an die SVP (14%), gefolgt von Die Mitte (9%).

Grafik 11 Wahlentscheid 2023 nach gewählter Partei 2019 in % (nur Befragte, die 2023 gewählt haben)



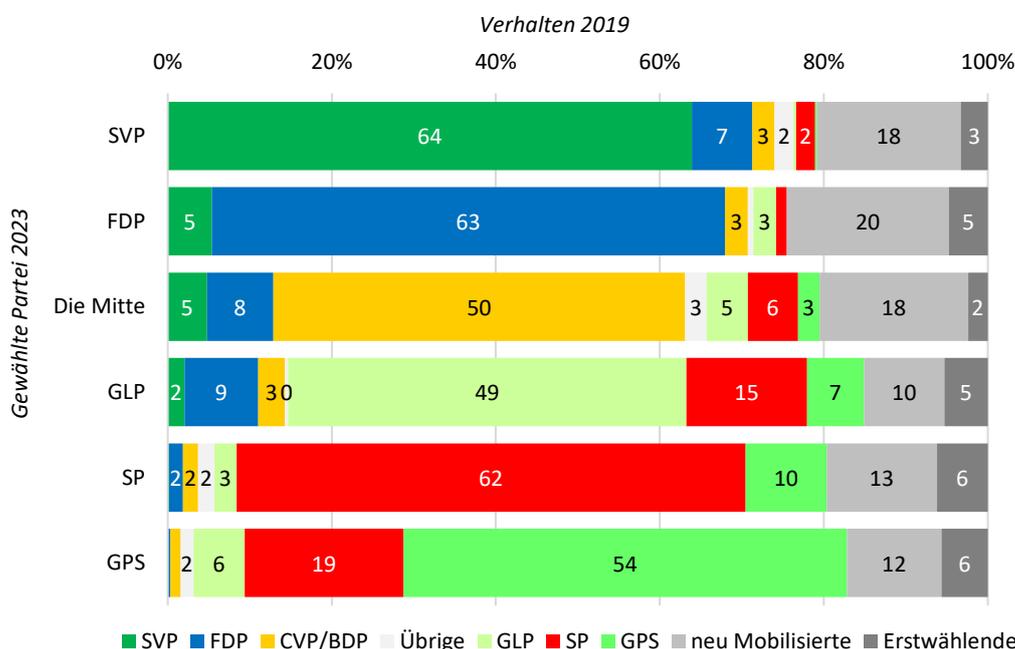
Lesebeispiel: Von jenen, die 2019 SVP gewählt hatten und 2023 wieder an den Wahlen teilnahmen, wählten 88% wiederum die SVP, 4% wechselten 2023 hingegen zur FDP, 4% zu Die Mitte, 2% zu übrigen Parteien und 1% zur GLP. Gewichtete Resultate. N: SVP=543; FDP=456; CVP=292; GLP=146; SP=544; GPS=226; Neu-Mobilisierte=575; Erstwählende=170.

Grafik 11 zeigt ausserdem das Wahlverhalten derjenigen Personen, die 2019 nicht an den Wahlen teilnahmen, 2023 aber schon. Dabei werden neu Mobilisierte von Erstwählenden unterschieden. Neu Mobilisierte verfügten 2019 bereits über das Wahlrecht, beteiligten sich

damals aber nicht an den Wahlen. Erstwählende sind Personen, die erst vor Kurzem das 18. Altersjahr erreichten (63%) oder eingebürgert wurden (37%). Unter den neu Mobilisierten fällt auf, dass die Wähleranteile der einzelnen Parteien ziemlich nahe am effektiven Wahlergebnis liegen. Nicht so bei den Erstwählenden: in dieser Gruppe ist die SVP massiv untervertreten, die SP hingegen ebenso deutlich übervertreten. Allerdings sind die Erstwählenden zahlenmässig klein, sodass dieses Resultat mit Vorsicht zu interpretieren ist.

Im Folgenden wird die Betrachtungsweise umgekehrt: Anders als in Grafik 11 bilden nicht mehr die Wählerschaften der Parteien von 2019 die Basis, sondern jene aus den Wahlen 2023. Grafik 12 zeigt somit Mobilisierungsprozesse auf und beantwortet die Frage, woher die Stimmen kommen, welche die sechs grössten Parteien bei den Wahlen 2023 erhalten haben. Aus Sicht der einzelnen Parteien wird dargestellt, wie sich das eigene Elektorat zusammensetzt.

Grafik 12 Zusammensetzung der Parteiwählerschaften 2023 nach gewählter Partei 2019 (in %)



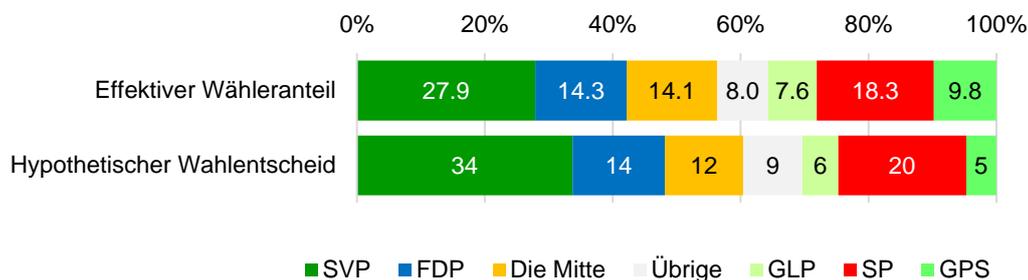
Lesebeispiel: Von jenen, die 2023 SVP wählten, hatten 64% bereits 2019 SVP gewählt. 7% hatten 2019 FDP gewählt, 18% nicht an den Wahlen 2019 teilgenommen und 3% waren Erstwählende. Gewichtete Resultate. N: SVP=769; FDP=520; Die Mitte=525; GLP=200; SP=619; GPS=233.

Zunächst kann festgehalten werden, dass für alle Parteien die eigene Wählerschaft von 2019 den grössten Pool an Wählerstimmen bildet. Wichtig sind zudem für die meisten Parteien die neu Mobilisierten, also Personen, die 2019 zwar wahlberechtigt waren, aber nicht an den Wahlen teilgenommen hatten. Bei SVP, FDP und SP kamen mehr als sechs von zehn Stimmen aus der eigenen Parteiwählerschaft von 2019. Am rechten Rand finden Wählerwanderungen vor allem zwischen SVP und FDP statt. Rund 7 Prozent der Stimmen für die SVP kamen von ehemaligen FDP-Wählenden, während umgekehrt die früheren SVP-Wählenden fünf Prozent der aktuellen FDP-Wählerschaft ausmachen. Ehemalige Wählende anderer Parteien bilden hingegen kein nennenswertes Stimmenreservoir für diese beiden Parteien. Im linken Lager sind vor allem Verschiebungen zwischen SP und Grünen zu beobachten. Diese fallen anteilmässig grösser aus als Wählerwanderungen im rechten Spektrum. So machen frühere GPS-Wählende rund 10 Prozent der aktuellen SP-Wählerschaft aus, während umgekehrt sogar fast ein Fünftel der aktuellen Wählerschaft der Grünen aus ehemaligen SP-Wählenden besteht. Ohne diese Abwerbung von SP-Wählenden wären die Stimmverluste der Grünen bei den Wahlen 2023 noch wesentlich grösser gewesen. Bei der GLP zeigt auch diese Analyse, dass ihre Wählerschaft noch weniger gefestigt ist als jene der Bundesratsparteien. Nur die Hälfte ihrer Wähler/innen

hatte vier Jahre zuvor bereits grünliberal eingeworfen. Bei den neu Mobilisierten schloss sie im Vergleich zu den anderen Parteien unterdurchschnittlich ab (10%), gewann dafür aber Wählende von der SP, der FDP und (in geringerem Masse) von den Grünen dazu. Ähnlich präsentiert sich die Situation bei der neu gegründeten Mitte-Partei. Rund 50 Prozent ihrer Stimmen kamen von Wählenden, die 2019 bereits CVP oder BDP gewählt hatten. Ausserdem vermochte Die Mitte sowohl von linken und grünen als auch von rechten Parteien nennenswerte Wähleranteile für sich zu gewinnen.

Die tiefe Wahlbeteiligung in der Schweiz wirft auch immer wieder die Frage auf, welche Partei von einer höheren Beteiligungsquote profitieren würde. Einen Hinweis auf diese Frage liefert die Analyse des hypothetischen Wahlentscheids. Nicht-Wählende werden im Rahmen von Selects jeweils gefragt, welche Partei sie gewählt hätten, wenn sie an den Wahlen teilgenommen hätten. Rund 70 Prozent der Nicht-Wählenden nannten eine Partei. Aus Grafik 13 wird ersichtlich, dass Nicht-Wählende deutlich stärker zur SVP neigen und weniger häufig zu den Grünen. Bei den anderen Parteien sind die Unterschiede nicht signifikant. Die Überrepräsentation der SVP und die Unterrepräsentation der Grünen unter den Nicht-Wählenden dürfte zu einem gewissen Teil auf den sogenannten Mitläufer/innen-Effekt zurückzuführen sein. Dieser besagt, dass Menschen dazu tendieren, sich der Mehrheitsmeinung anzuschliessen, hier also die Wahlsiegerin SVP zu unterstützen, anstatt sich als Anhänger/in einer Verliererpartei, hier der Grünen, zu bekennen. In Anbetracht dieser aus der Wissenschaft bekannten Tendenz darf man davon ausgehen, dass die Parteipräferenzen von Wählenden und Nicht-Wählenden ähnlich verteilt sind. Eine höhere Wahlbeteiligung würde demnach nicht automatisch eine bestimmte Partei begünstigen. Dies wäre nur dann der Fall, wenn es einer Partei besonders gut gelingt, die ihr zugeneigten Nicht-Wählenden zu mobilisieren und zur Stimmabgabe zu motivieren.

Grafik 13 Hypothetischer Wahlentscheid der Nicht-Wählenden, 2023 (in %)



Lesbeispiel: 34% der Nicht-Wählenden gaben an, dass sie die SVP gewählt hätten, wenn sie an den Wahlen teilgenommen hätten. 14% hätten die FDP gewählt, 12% Die Mitte, 9% übrige Parteien, 6% die GLP, 20% die SP und 5% die GPS. Gewichtete Resultate. N=1168.

Insgesamt lässt sich aus den Analysen zu den Wählerwanderungen folgendes Fazit ziehen:

- Wählerwanderungen finden vornehmlich innerhalb der politischen Lager statt, wobei die Verschiebungen innerhalb des linken Lagers, zwischen SP und Grünen, ausgeprägter sind als im rechten Block von FDP und SVP. Den Grünliberalen und der Mittepartei kommt eine gewisse Scharnierfunktion zu: sie profitierten von substanziellen Wählerwanderungen aus beiden politischen Lagern. Die GLP verlor umgekehrt aber auch an beide Seiten.
- Der Wahlerfolg der SVP basiert im Wesentlichen auf einer herausragenden Mobilisierung ihrer Stammwählerschaft. Die SVP hat von allen Parteien die stabilste Wählerbasis und verlor praktisch keine Wählenden an andere Parteien. Zuwachs gab es von ehemaligen FDP-Wählenden.
- Die SP profitierte davon, dass nach der grünen Welle 2019 das Pendel bei den Wahlen 2023 wieder in die andere Richtung schwang. 2023 gelang es der SP gut, ihre eigene Wählerschaft bei der Stange zu halten. Sie verlor bedeutend weniger Wählende an die Grünen als 2019 und gewann umgekehrt ehemalige GPS-Anhänger/innen für sich. Im

Gegensatz dazu kämpften die Grünen 2023 mit einer grösseren Volatilität ihrer Wählerschaft. Nur etwas mehr als die Hälfte ihrer Wählerinnen und Wähler von 2019 legten wieder grün ein, während mehr als ein Viertel zur SP wechselte.

- Für das gute Ergebnis der neuen Mitte-Partei war ausschlaggebend, dass vier von fünf ehemaligen CVP-Wählenden Die Mitte unterstützten. Ausserdem scheint sie für Wählende aus dem gesamten politischen Spektrum anziehend zu sein, gewann sie doch von allen grossen Parteien (mit Ausnahme der Grünen) zu etwa gleichen Teilen ehemalige Wählende dazu.
- Der erneute Rückgang der FDP hängt damit zusammen, dass sich viele ihrer Wähler und Wählerinnen von 2019 von ihr abwandten. Die FDP verlor am meisten Wählende an die SVP, gefolgt von der Mitte. Umgekehrt findet sie von ehemaligen Wählenden anderer Parteien nur wenig Zuspruch. Dafür gelang ihr bei den neu Mobilisierten ein überdurchschnittliches Ergebnis.
- Die GLP verfügt im Vergleich mit den Bundesratsparteien über eine volatilere Wählerbasis, die sich gemessen an früheren Jahren allerdings zu festigen scheint. Die GLP verlor gleichermassen Wählende an links und an rechts. Der Zuwachs von links (von ehemaligen SP- und GPS-Wählenden) fiel etwas stärker aus als jener von rechts. Bei den neu Mobilisierten schnitt die GLP im Vergleich zu anderen Parteien unterdurchschnittlich ab.
- Die Wählenden sind auch für die Nicht-Wählenden repräsentativ. Eine höhere Wahlbeteiligung würde nicht automatisch zu anderen Kräfteverhältnissen im Parlament oder zu Wählerverschiebungen zwischen den Parteien führen.

3.4 Wählerpotenziale und ihre Ausschöpfung

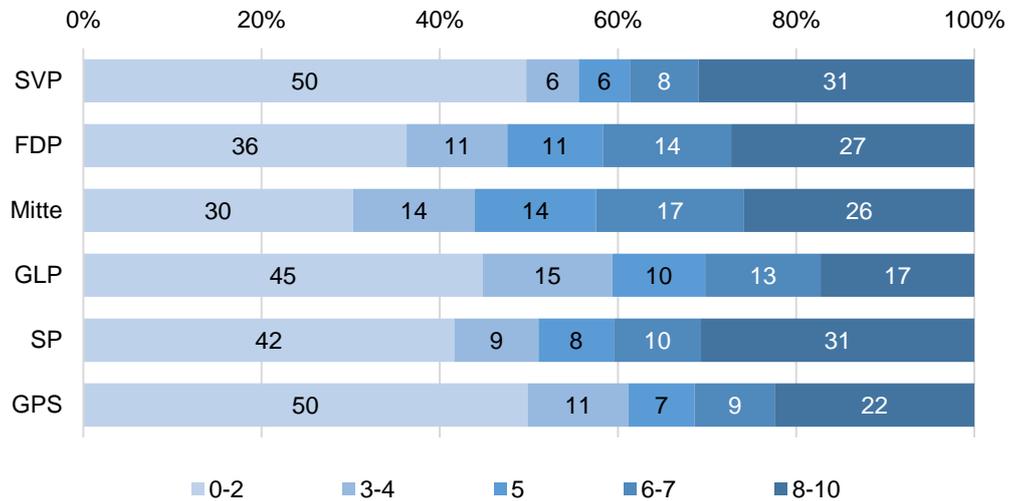
Seit 2003 geht Selects auch dem Wählerpotenzial der Parteien nach. Für alle grösseren Parteien wurden die Wählerinnen und Wähler gefragt, mit welcher Wahrscheinlichkeit (Skala von 0 bis 10) sie diese Partei jemals wählen würden. Die Antworten auf diese Frage sind als Indikator dafür zu verstehen, wie beliebt die Parteien sind. Die effektive Wahlwahrscheinlichkeit zeigen sie aber nicht an.

Die Grafik 14 gibt auf der Basis der Selects-Nachwahlbefragung die Verteilung der Antworten auf die Frage der Wahlwahrscheinlichkeiten wieder. Dabei lassen sich folgende Erkenntnisse festhalten:

- Am auffälligsten ist die polarisierte Verteilung bei der SVP im Vergleich zu den anderen Parteien. Die Hälfte (50%) der Wählerinnen und Wähler können sich nicht vorstellen, jemals SVP zu wählen. Dieser Anteil ist deutlich höher als bei allen anderen Parteien ausser den Grünen. Umgekehrt ist die SVP bei 31 Prozent der Wählerinnen und Wähler sehr beliebt; diese geben eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit an, SVP zu wählen (8-10). Die SVP ist jene Partei, die zwar vergleichsweise hohe Sympathien genießt, gleichzeitig aber auf überdurchschnittlich grosse Ablehnung stösst. Diese starke Abneigung einer Mehrheit der Wählerschaft ist auch die Ursache dafür, dass die SVP bei Majorzwahlen deutlich weniger erfolgreich abschneidet als bei Proporzahlen.
- Mitte und FDP polarisieren vergleichsweise wenig. Der Anteil jener, die diesen Parteien gegenüber eher neutral eingestellt sind (Wahlwahrscheinlichkeiten zwischen 3 und 7), ist deutlich höher als bei der SVP oder SP.
- Bei der Mitte ist der Anteil jener, die sich gar nicht vorstellen können, Die Mitte zu wählen mit 30 Prozent am kleinsten von allen Parteien. Die Mitte wird von allen Parteien am neutralsten wahrgenommen. Bei der FDP beträgt der Anteil jener, die sich gar nicht vorstellen können, diese Partei zu wählen 36 Prozent. 27 Prozent äussern eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit die Partei zu wählen.
- Die SP hat wie die SVP 31 Prozent Wählende mit sehr hoher Wahlwahrscheinlichkeit, aber einen kleineren Anteil an Personen mit sehr geringer Wahlwahrscheinlichkeit. Die SP ist neben der SVP die Partei, die am zweitmeisten polarisiert.

- Im Vergleich mit den vier etablierten Parteien ist die Ausgangslage der GLP und GPS ungünstiger. Bei beiden ist der Anteil jener, die eine hohe Wahlwahrscheinlichkeit haben, geringer als bei den anderen Parteien, bei der GLP ist dieser Anteil gar unter der 20 Prozent Marke. Überdies ist bei der GPS mit 50 Prozent der Anteil jener, die sich gar nicht vorstellen können, GPS zu wählen, gleich hoch wie bei der SVP.

Grafik 14 Wahlwahrscheinlichkeit der sechs grössten Parteien 2023 (in %, nur Wählende)



Lesebeispiel: Unter den Wählenden gaben 50% an, dass es sehr unwahrscheinlich für sie sei SVP zu wählen (0-2 auf einer Skala von 0-10), 6% gaben an, sich nicht vorstellen zu können SVP zu wählen (3-4) und 31% gaben an, dass die Wahrscheinlichkeit SVP zu wählen für sie sehr hoch sei (8-10). Gewichtete Resultate. N=2989-3071.

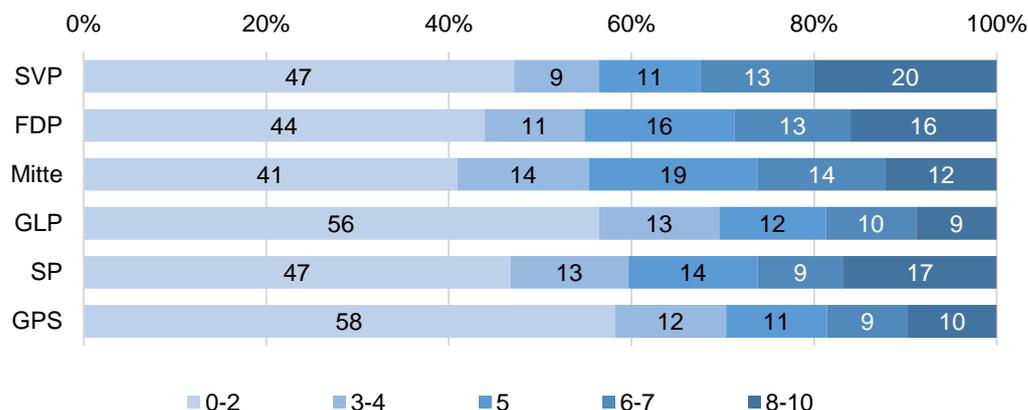
Infobox: Die Wahlwahrscheinlichkeit der Nicht-Wählenden

Wie hoch ist das Wählerpotenzial der grossen Parteien unter den über 50 Prozent der Nicht-Wählenden?

Grafik 15 zeigt, dass ausser bei der SVP bei allen Parteien der Anteil derjenigen, die die Partei nicht wählen würden, unter den Nicht-Wählenden deutlich höher ist als unter den Wählenden. Ansonsten zeigt sich bei den Nicht-Wählenden ein sehr ähnliches Muster wie bei den Wählenden: Parteien, die unter den Wählenden beliebter sind, sind dies auch bei den Nicht-Wählenden und Parteien, die bei den Wählenden unbeliebter sind, sind dies auch bei den Nicht-Wählenden. Nur das Niveau ist verschoben.

Sofern es nicht eine sehr einseitige Mobilisierung oder einseitige Ausschöpfung für einzelne Parteien gäbe – was bei Wahlen und Abstimmungen sehr selten der Fall ist – dann würde eine höhere Wahlbeteiligung das Parteiengefüge nicht fundamental verändern. Am ehesten könnte durch eine höhere Wahlbeteiligung die SVP leicht im Vorteil sein. Dies hängt u.a. damit zusammen, dass das sozio-demografische Profil der SVP-Wählerschaft mit jenem der Nicht-Wählenden übereinstimmt: in beiden Gruppen sind Personen aus tieferen Einkommens- und Bildungsschichten übervertreten.

Grafik 15 Wahlwahrscheinlichkeit unter den Nicht-Wählenden der sechs grössten Parteien 2023 (in %)



Lesebeispiel: Unter den Nicht-Wählenden gaben 47% an, die SVP mit sehr geringer Wahrscheinlichkeit (0-2) jemals zu wählen. Gewichtete Resultate. N=1488-1533.

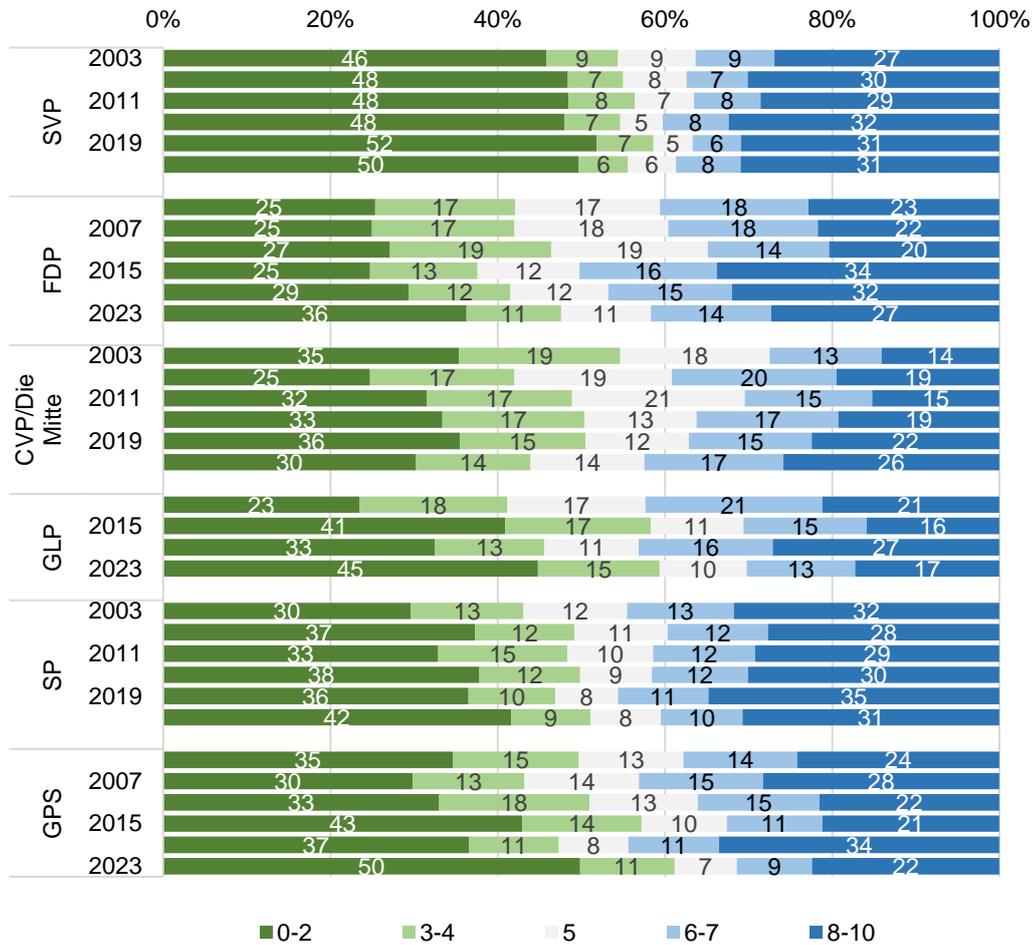
Da die Frage nach der Wahlwahrscheinlichkeit bei den letzten sechs Selects-Studien gestellt wurde, lassen sich aufschlussreiche Vergleiche über die Zeit ziehen. Grafik 16 zeigt die Verteilung der Wahlwahrscheinlichkeiten der sechs wählerstärksten Parteien von 2003 bis 2023.

Bei der SVP ist die Verteilung über die Zeit äusserst stabil. Die Zahl jener, die sich gar nicht vorstellen können SVP zu wählen (0-2), liegt seit 20 Jahren bei rund 50 Prozent; jene mit einer hohen Wahrscheinlichkeit die Partei zu wählen bei rund 30 Prozent. Der Anteil dazwischen ist eher klein. Die Partei konnte also ihre potenzielle Wählerbasis über die Zeit nicht erhöhen.

Ebenfalls relativ stabil ist die SP. Dort liegt der Anteil jener, die sich vorstellen können, SP zu wählen, etwas über 30 Prozent. Zwischen 2019 und 2023 war dieser Anteil jedoch leicht rückläufig.

Die FDP hat in den letzten drei Wahlen an Wählerpotenzial eingebüsst. Zwischen 2015 und 2023 ging der Anteil Personen mit einer sehr hohen FDP-Wahlwahrscheinlichkeit von 34 auf 27 Prozent zurück. Umgekehrt ist vor allem der Anteil jener, die sich gar nicht vorstellen können die Partei zu wählen, 2023 deutlich gestiegen, von 25 Prozent 2015 auf 36 Prozent 2023. D.h. die Schwäche der Partei bei den Wahlergebnissen hat tiefere Wurzeln; die Partei hat auch insgesamt an Beliebtheit eingebüsst.

Grafik 16 Wahlwahrscheinlichkeit der sechs grössten Parteien 2003-2023 (in %, nur Wählende)



Lesebeispiel: 2003 gaben 46% an, dass es sehr unwahrscheinlich für sie sei SVP zu wählen (0-2 auf einer Skala von 0-10), 9% gaben an, sich nicht vorstellen zu können SVP zu wählen (3-4) und 27% gaben an, dass die Wahrscheinlichkeit SVP zu wählen für sie sehr hoch sei (8-10). Gewichtete Resultate. N: 2003=3878-3899; 2007=2946-2958; 2011=3134-3187; 2015=3379-3451; 2019=4182-4312; 2023=2989-3071.

Der umgekehrte Trend zeigt sich bei der Mitte (bis 2019 CVP). Der Anteil jener mit einer sehr hohen CVP- bzw. Mitte-Wahlwahrscheinlichkeit ist im Zeitraum zwischen 2011 und 2023 von 15 auf 26 Prozent gestiegen. Umgekehrt ist die Partei nur für 30 Prozent überhaupt nicht wählbar. 2023 war dies der tiefste Wert aller Parteien überhaupt. Für die Mitte scheint die Neupositionierung mit dem Namenwechsel damit geglückt, die Partei ist für mehr Menschen wählbar geworden, seit sie nicht mehr als CVP antritt.

Generell ist diese neue Dynamik zwischen FDP und Die Mitte auch langfristig bemerkenswert. Lange Zeit besetzte Die Mitte/CVP eine Nische im bürgerlichen Lager als katholisch geprägte Partei mit beschränkter Strahlkraft über ihre Stammlande hinaus und die FDP war die breit aufgestellte Partei, die in allen Kantonen und Landesgegenden gut verankert war. Nun sieht es so aus, dass Die Mitte ihre Basis verbreitern konnte, und umgekehrt die FDP immer mehr in eine Nische abgedrängt wird. Die Mitte ist damit eine ernsthafte Konkurrenz für die FDP um die Vormachtstellung im Zentrum der Schweizer Politik geworden. Dass die Mitte bei den Wähleranteilen mit der FDP fast gleichzog, basiert auf tieferliegenden strukturellen Veränderungen in der politischen Dynamik. Es ist anzunehmen, dass sich die Konkurrenzsituation im politischen Zentrum zwischen FDP und Mitte weiter verschärfen wird, mit Vorteilen zurzeit eher für die Mitte, die den Abwärtstrend dank geglückter Fusion mit der BDP aufhalten konnte.

Die SP ist in der Wählergunst zusammen mit der SVP die stabilste der grossen Parteien, die Veränderungen sind eher gering. 2023 ist der Anteil jener, die sich vorstellen können SP zu wählen, leicht zurückgegangen und der Anteil jener, die sich nicht vorstellen können SP zu wählen, ist eher etwas gewachsen. Allerdings zeichnet sich kein klarer Negativtrend ab.

Massiv ist hingegen der Rückgang bei den beiden ökologischen Parteien. Die GPS ist in der Gunst der Wählenden deutlich eingebrochen, mehr als der Rückgang bei den Wähleranteilen vermuten lässt. Während bei der Klimawahl 2019 34 Prozent der Wählenden sich sehr wohl vorstellen konnten GPS zu wählen (8-10 auf der Skala) – der höchste Wert aller Parteien – lag dieser Anteil 2023 noch bei 22 Prozent, dem zweittiefsten Wert aller grossen Parteien. Nach dem Höhenflug 2019 ist die Partei wieder da angelangt, wo sie 2011 und 2015 stand. Bedenklicher sollte für die Partei aber sein, dass der Anteil jener, die sich gar nicht vorstellen können GPS zu wählen (0-2), zwischen 2019 und 2023 von 37 auf 50 Prozent gestiegen ist. So hoch war der Wert für die Grünen noch nie, seit dies im Rahmen von Selects erhoben wird. Sie sind damit für ebenso viele Wählende unwählbar wie die SVP.

Einen ähnlich starken Rückgang gab es auch bei der GLP. 2019 gaben 27 Prozent der Wählenden eine sehr hohe Wahlwahrscheinlichkeit für die GLP an, 2023 waren es noch 17 Prozent. Die GLP ist damit von den grösseren Parteien jene mit der geringsten Wahlwahrscheinlichkeit. Der Anteil jener, die sich gar nicht vorstellen können GLP zu wählen, ist zwischen 2019 und 2023 von 33 auf 45 Prozent gestiegen; der höchste Wert, seit dies für die GLP gemessen wird. Bei der GLP führt die Positionierung im politischen Zentrum nicht dazu, dass sie für breite Schichten wählbar ist, sondern die GLP besetzt trotz dieser Stellung eher eine Nische.

Die Frage nach der Wahlwahrscheinlichkeit ermöglicht es, das Wählerpotenzial der verschiedenen Parteien abzuschätzen. Für die Parteien ist es aber vor allem auch relevant, wie gut sie das Potenzial ausschöpfen können oder anders gesagt, wie viele der Personen mit einer bestimmten Wahlwahrscheinlichkeit eine Partei effektiv gewählt haben.

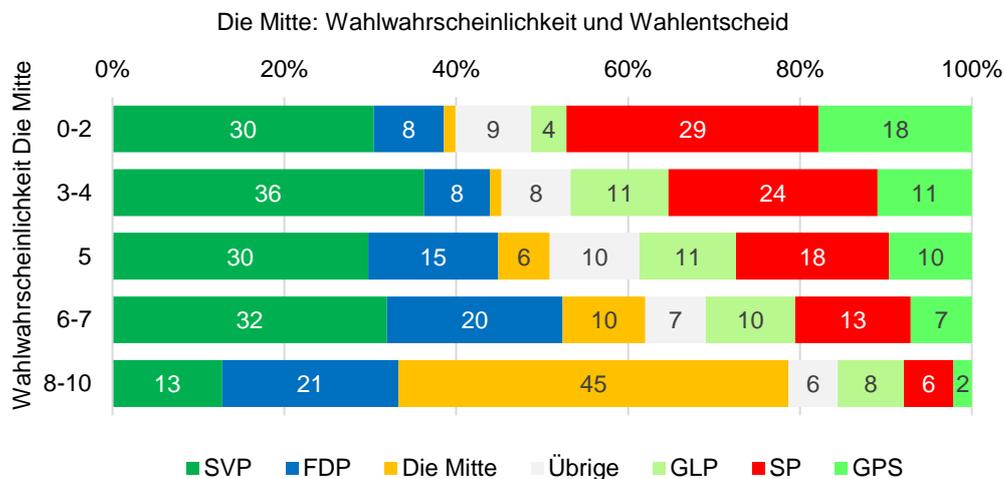
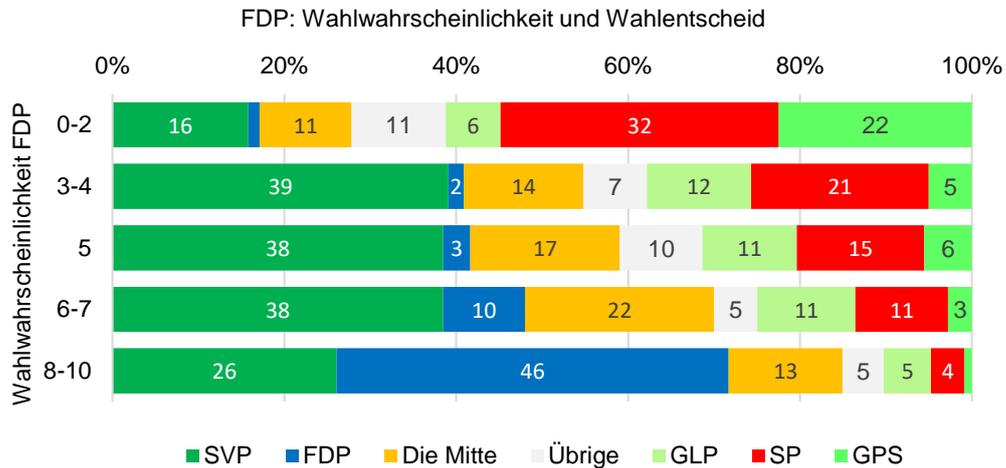
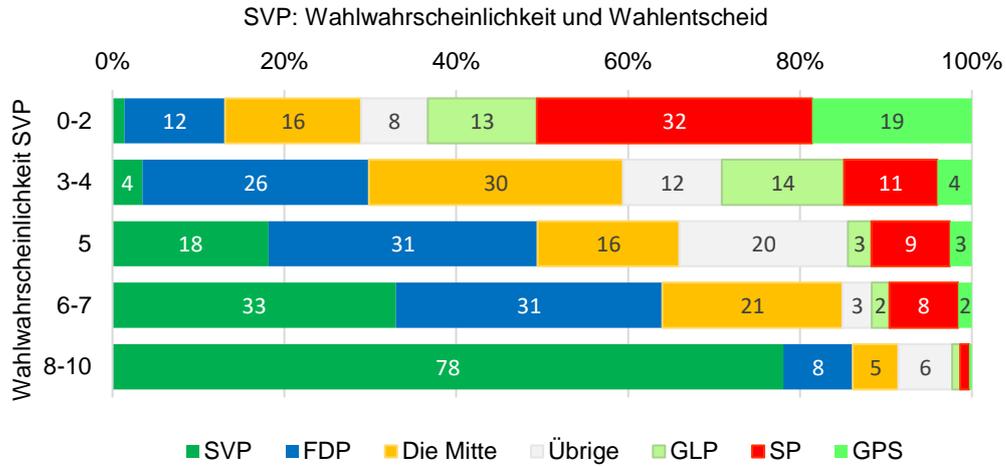
Die folgenden Grafiken 17 zeigen für jede der grossen Parteien, wie viele Personen je nach Wahlwahrscheinlichkeit diese Partei letztlich auch wählten. Die erste Grafik für die SVP ist wie folgt zu lesen: Von jenen, die eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit angaben, die SVP zu wählen (8-10 auf der Skala) haben 78 Prozent tatsächlich SVP gewählt, acht Prozent haben FDP gewählt und der Rest verteilt sich auf die anderen Parteien. Von jenen mit einer Wahrscheinlichkeit zwischen 6 und 7 haben nur noch 33 Prozent SVP gewählt, 31 Prozent haben FDP gewählt, 21 Prozent Die Mitte und der Rest eine andere Partei. Von jenen, die einen Wert von 5 angaben, sind es nur noch 18 Prozent, die SVP gewählt haben, das heisst, man ist weit von 50 Prozent entfernt. Bei Wahlwahrscheinlichkeiten von 4 oder weniger haben nur noch einzelne SVP gewählt. Diese Ergebnisse verdeutlichen, weshalb Antworten auf die Frage nach der Wahlwahrscheinlichkeit einer Partei auf einer Skala von 0 bis 10 nicht als effektive Wahlwahrscheinlichkeit interpretiert werden dürfen.

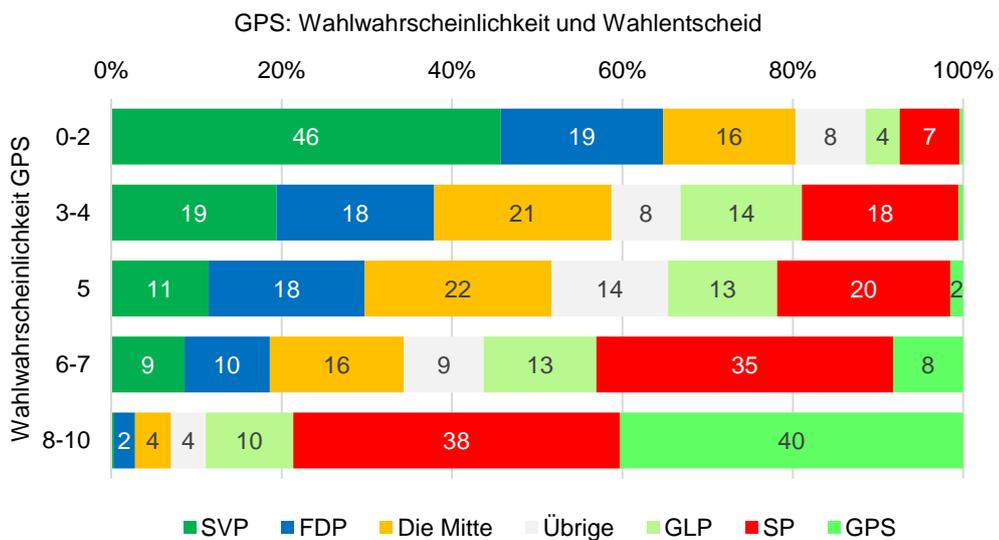
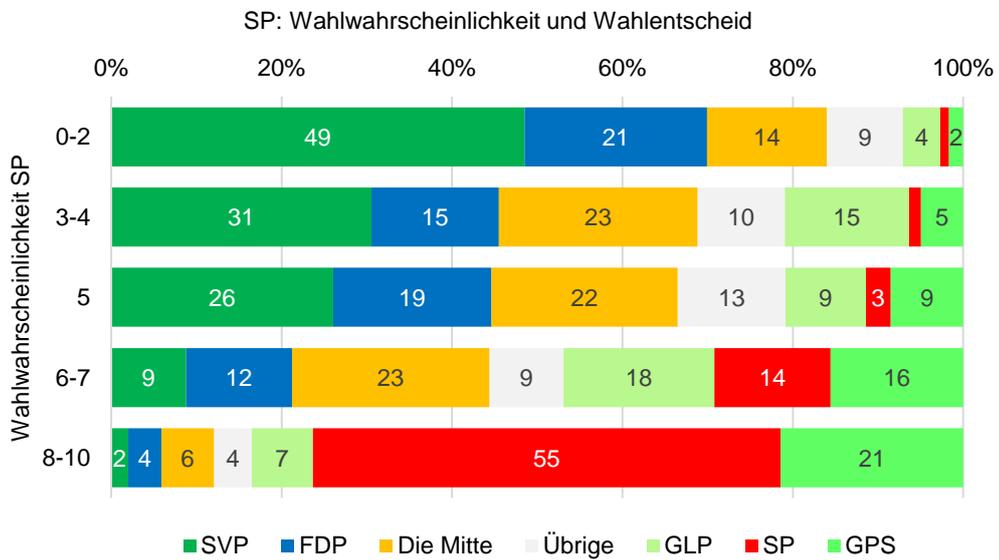
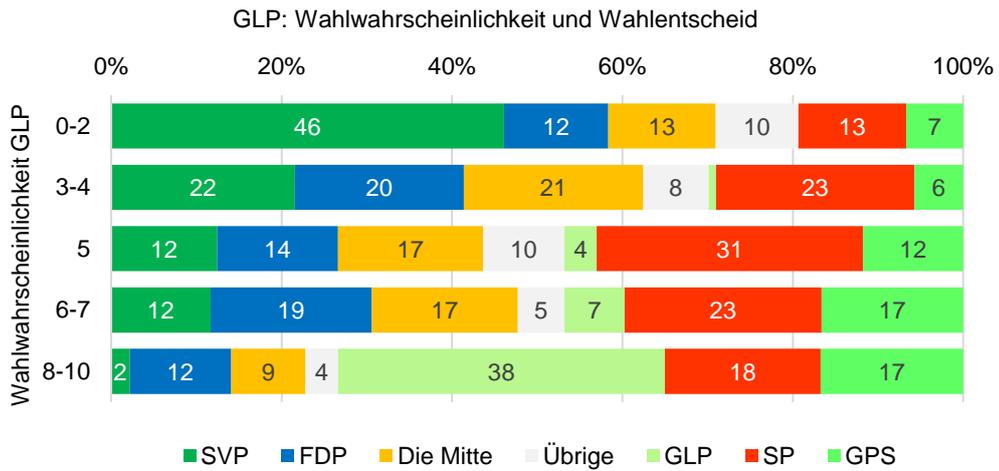
Die relevantesten Unterschiede lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die SVP ist jene Partei, die ihre Wählerinnen und Wähler mit grossem Abstand am besten mobilisiert. Mit 78 Prozent Wählenden, die in der Gruppe mit der höchsten Wahlwahrscheinlichkeit auch SVP gewählt haben, hat sie klar den Spitzenwert. Nur bei der SP übertrifft dieser Wert ebenfalls 50 Prozent. Die SVP kann im Vergleich zu den anderen Parteien auch noch viel besser Wählende mobilisieren, die eine geringere Wahlwahrscheinlichkeit haben (33% jener mit einem Wert von 6/7, 18% bei jenen mit einem Wert von 5). Diese Mobilisierungsfähigkeit ist im Vergleich zu 2019 auch gestiegen. Der Schlüssel zum Erfolg der SVP ist also weniger, dass sie ein grosses Wählerpotenzial hat, sondern vor allem, dass sie dieses Wählerpotenzial hervorragend ausschöpft.
- Bei der FDP wählen 46 Prozent mit hoher Wahlwahrscheinlichkeit (8-10) auch die FDP, 26 Prozent jener mit einer hohen Wahlwahrscheinlichkeit für die FDP wählen hingegen SVP, weitere 13 Prozent Mitte. Bei jenen mit hoher und moderater FDP-Neigung (6/7) gibt es einen hohen Anteil an SVP-Wählenden.

- Bei der Mitte wählen 45 Prozent mit hoher Wahlwahrscheinlichkeit auch Mitte. Die SVP-Wahl ist in dieser Gruppe mit 13 Prozent halb so gross wie bei der FDP. Jedoch entschieden sich 21 Prozent der Befragten mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit Mitte zu wählen für die FDP.
- Die GLP ist insgesamt die Partei mit der geringsten Ausschöpfung, 38 Prozent mit hoher GLP-Wahlwahrscheinlichkeit wählen auch GLP, 17 Prozent hingegen GPS und 18 Prozent SP. Hingegen wählen nur wenige Personen mit sehr hoher GLP-Wahlwahrscheinlichkeit eine bürgerliche Partei: 12 Prozent wählten FDP, 9 Prozent Mitte. D.h. insgesamt ist die GLP stärker im rot-grünen Lager verankert als bei den bürgerlichen Parteien. Die GLP konnte gegenüber 2019 die Ausschöpfung steigern, was allerdings ein schwacher Trost ist, weil das Wählerpotenzial klar zurückgegangen ist.
- Die SP hat ebenfalls eine relative gute Ausschöpfung ihres Wählerpotenzials. 55 Prozent jener mit hoher SP-Wahlwahrscheinlichkeit haben auch SP gewählt, 21 Prozent haben GPS gewählt.
- Bei der GPS fällt auf, dass fast gleich viele mit sehr hoher GPS-Wahlwahrscheinlichkeit 2023 GPS (40%) wie SP (38%) gewählt haben. D.h. die GPS hat nicht nur ihr Wählerpotenzial verringert, sondern dieses auch verhältnismässig schlecht ausgeschöpft. Unter diesen beiden Parteien gibt es weiterhin eine sehr grosse Überlappung und ein ähnliches Muster: Viele mit grosser Neigung zu SP und GPS wählen jeweils auch die andere linke Partei und die Potenziale überlappen sich klar: Sehr viele, die sich vorstellen können SP zu wählen, können sich auch vorstellen GPS zu wählen.
- Interessant ist auch der Vergleich der beiden grünen Parteien: Bei der GPS gibt es geringere Verluste durch Abwanderung an die GLP als umgekehrt. D.h. es wählen mehr Personen mit hoher GLP-Neigung GPS (17%) als Personen mit hoher GPS-Neigung GLP wählen (10%). Damit ist die GPS für Sympathisantinnen und Sympathisanten der GLP eher wählbar als umgekehrt.
- Bei SP, GLP und GPS gilt zudem, dass die Neigung zu diesen Parteien umgekehrt zur SVP-Wahl ist: Je geringer die Wahrscheinlichkeit ist, eine dieser Mitte-Links-Parteien zu wählen, desto höher wird der Anteil jener, die SVP gewählt haben. Alle drei Parteien sind demnach aus Sicht der Wählerschaft Gegenpole zur SVP.

Grafik 17 Wahlentscheid nach Wahlwahrscheinlichkeit der sechs grössten Parteien 2023 (in %)





Gewichtete Resultate. N=2923-3002.

3.5 Der Wahlentscheid in ausgewählten Kantonen

Im Folgenden wird der Wahlentscheid in den Kantonen Zürich, Genf und Tessin vertieft untersucht. Basierend auf den in den vorherigen Kapiteln dargestellten Ergebnissen werden einige kantonale Besonderheiten betrachtet. Dabei fließen die wichtigsten sozialen und politischen Merkmale, die mit der Wahlentscheidung zusammenhängen sowie das Wahlpotenzial in die Analyse mit ein. Die Tabellen und Grafiken zu diesem Kapitel sind im Anhang aufgeführt.

3.5.1 Wahlentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Im Kanton Zürich ist eine ähnliche Tendenz bezüglich der geschlechterspezifischen Unterschiede wie auf nationaler Ebene zu beobachten: Männer sind im Elektorat der SVP überrepräsentiert (siehe Tabellen A.12, A.14, A.16), während Frauen unter den Wählenden der SP überrepräsentiert sind. Auch im Kanton Genf sind Männer in der Wählerbasis der SVP übervertreten, ebenso in derjenigen der FDP. Genfer Wählerinnen gaben ihre Stimme etwas häufiger der SP und den Grünen, aber auch dem MCG als Genfer Wähler.

Im Kanton Zürich erhielt die SVP am meisten Stimmen von älteren Wählenden und dieser Anteil ist höher als auf nationaler Ebene. In Genf wurden ebenfalls die SVP, aber auch die SP, am meisten von älteren Wählenden gewählt. In Kanton Tessin konnten die FDP und Die Mitte auf die höchste Untersützung durch ältere Wählende zählen.

Wie auf nationaler Ebene sind auch im Kanton Genf diejenigen Personen mit obligatorischer Schulbildung (wobei es sich dabei um eine Kategorie mit einer geringen Fallzahl handelt) oder einer Berufsausbildung im Elektorat der SVP klar übervertreten. Im Kanton Zürich kommt die Unterstützung für die SVP hauptsächlich von Personen mit mittlerem Bildungsniveau. Die FDP und die GLP wurden, gleich wie auf nationaler Ebene, eher von Personen mit tertiären Bildungsabschlüssen gewählt. Im Kanton Tessin kommen die Stimmen für die SVP und die Lega häufiger von Personen mit niedriger und mittlerer Bildung.

Wie bereits für die nationale Ebene ausgeführt, zeigen sich in der Wählerschaft der SVP die deutlichsten Unterschiede in Bezug auf das Einkommen und die Wahlentscheidung. Ihre Zürcher SVP-Wählerbasis besteht überproportional aus Personen mit niedrigem Einkommen. Im Kanton Genf ist dieser Zusammenhang hingegen nicht eindeutig feststellbar. Im Kanton Tessin zieht eher die Lega Wählende mit tieferem Einkommen an als die SVP. In allen drei Kantonen ist die FDP die Partei, die proportional gesehen das wohlhabendste Elektorat aufweist, dies zeigt sich besonders ausgeprägt für die Kantone Genf und Tessin.

Die Analyse der individuellen Positionierung auf der Links-Rechts-Achse bringt zu Tage, dass die Polarisierung in Genf stärker ist als im Tessin oder im Kanton Zürich. Im Durchschnitt ist die Genfer Wählerschaft der SVP auf einer Skala von 0-10, bei der 0 ganz links und 10 ganz rechts bedeutet, bei 8.5 angesiedelt. Die Wählerschaft der linksausen Parteien PST/POP/EàG ist bei 2.1 verortet. Im Tessin liegen die Wählerschaften der Lega und der SVP sehr nahe beieinander (7.2 resp. 7.7 auf einer Skala von 0-10). Im Tessin und in Genf tendiert die Wählerschaft der Mitte dazu, weiter rechts zu stehen als der zürcherische Flügel derselben Partei (5.9 und 5.8 vs. 5.4). Im Tessin ist die FDP mit 6.5 hingegen weniger rechts positioniert als in Zürich (6.8) und vor allem in Genf (7.2).

Im Folgenden werden die politischen Herausforderungen untersucht, welche von den Parteiwählerschaften in den Kantonen Zürich, Genf und Tessin als prioritär bewertet werden (siehe Tabellen A. 13, A. 15, A. 17). Dabei wird deutlich, dass die Wahrnehmung politischer Herausforderungen in den Kanton sehr unterschiedlich sind. Wie auf nationaler Ebene wird im Kanton Zürich der Problembereich „Einwanderung & Asyl“ an erster Stelle genannt, dicht gefolgt von „Umwelt & Energie“. In Genf steht „Umwelt & Energie“ an erster Stelle, mit etwas Abstand folgt „Einwanderung & Asyl“. Im Kanton Tessin wird als erstes Problem das Gesundheitswesen genannt und zwar mit deutlichem Abstand zum zweitgenannten Problem, der Migrations- und Asylpolitik. Der Problembereich „Umwelt & Energie“ steht im Tessin zudem nach dem Bereich Wirtschaft erst an vierter Stelle.

Im Einklang mit den nationalen Trends wird der Problembereich „Einwanderung & Asyl“ vor allem von Wählenden der SVP, der Lega und des MCG als grösste politische Herausforderung betrachtet. Die Thematik „Umwelt & Energie“ ist hingegen vor allem für Wählende der Grünen und der GLP, sowie in geringerem Masse auch für die Wählenden der SP in den Kantonen Zürich und Genf, die wichtigste politische Herausforderung.

Das Gesundheitswesen wird – gleich wie auf nationaler Ebene - in allen drei Kantonen vor allem von den Wählenden der Mitte als prioritäre Herausforderung betrachtet. Im Tessin steht das Gesundheitswesen auch bei den Wählenden der FDP und sogar bei der Wählerschaft der Grünen an erster Stelle. Allerdings kommt die Thematik „Umwelt & Energie“ im Tessin auf genau gleich viele Nennungen.

3.5.2 *Wahlwahrscheinlichkeiten*

Als nächstes wird den Wahlwahrscheinlichkeiten der grössten Parteien in den Kantonen Zürich, Genf und Tessin auf den Grund gegangen (siehe Grafiken, A.1, A.2, A.3), um daraus Rückschlüsse auf die Popularität der einzelnen Parteien in den drei Kantonen zu ziehen.

Im Kanton Zürich ist es am wahrscheinlichsten, seine Stimme entweder der SP oder der SVP zu geben (Wert 8-10, Graphik A.2). Der Anteil der Wählenden, die eine hohe Wahrscheinlichkeit aufweisen, eine dieser beiden Parteien zu wählen, ist ähnlich gross und liegt bei +/- einem Drittel. Der Anteil der Wählenden, die hingegen angeben, ihre Stimme bestimmt nicht der SVP geben zu wollen (Wert 0-2, Grafik A.1) liegt mit 53 Prozent deutlich höher als derjenige der SP, von der 39 Prozent der Wählenden eine Wahl ausschliessen.

Auch für die beiden anderen Kantone führt diese Analyse zu einigen bemerkenswerten Ergebnissen. Im Kanton Genf können die SP und die Grünen auf die höchste Unterstützungsbereitschaft zählen, gefolgt von der FDP und der SVP (Wert 8-10, Grafik A.2). SP und Die Mitte sind auf der anderen Seite die beiden Parteien mit dem niedrigsten Anteil an Wählenden, die eine Wahl dieser Parteien ausschliessen.

Im Tessin haben mit Ausnahme der Grünen alle grösseren Parteien einen ähnlich hohen Anteil an Personen mit hoher Wahlwahrscheinlichkeit für die Partei (Wert 8-10, Grafik A.3). Bei der FDP ist jedoch der Anteil jener, die sich gar nicht vorstellen können, die Partei jemals zu wählen, geringer als bei den anderen Parteien. Im rechten politischen Spektrum verfügt die SVP über ein leicht grösseres Wählerpotenzial als die Lega, welche für eine Mehrheit nicht wählbar ist (57%, gegenüber 49% für die SVP), während im linken Spektrum die Wählerpotenziale von SP und Grünen vergleichbar sind.

4 Kampagne und Meinungsbildung

Über die letzten Jahrzehnte wurden die traditionellen Bindungen zwischen Wählenden und Parteien lockerer. Immer mehr Wählerinnen und Wählern identifizieren sich nicht mehr mit einer bestimmten Partei. Diese Wählenden fällen ihren Wahlentscheid kurzfristig und entscheiden von Wahl zu Wahl, welcher Partei sie ihre Stimme zukommen lassen bzw. ob sie überhaupt wählen gehen. Aus diesem Grund ist der Wahlkampf für Kandidierende und Parteien von zentraler Bedeutung. Während des Wahlkampfes versuchen die Parteien zum einen, die eigene Parteibasis zu mobilisieren, zum anderen aber auch, Unentschlossene von sich zu überzeugen und neue Wählersegmente zu erschliessen.

Um diese Ziele zu erreichen und erfolgreich aus Wahlen hervorzugehen, investieren Kandidierende und Parteien grosse Summen in ihren Wahlkampf. Das folgende Kapitel geht daher zuerst den Wahlkampfausgaben und Wahlkampfaktivitäten der Kandidierenden auf den Grund und wirft einen Blick auf die von Wählenden genutzten Informationsquellen während des Wahlkampfes. Weiter werden der Zeitpunkt der Wahlentscheidung betrachtet und allfällige Veränderungen der Parteipräferenzen im Verlauf des Wahlkampfes untersucht. Abschliessend steht der Themenkontext während des Wahlkampfes im Fokus. Dabei wird gezeigt, welche Themen von Medien und Kandidierenden während der Wahlkampagne in den Vordergrund gestellt wurden und ob diese Themensetzungen mit der Problemwahrnehmung der Wählenden in Einklang standen.

4.1 Wahlkampfausgaben der Kandidierenden

Die Diskussion über die Rolle des Geldes in der Schweizer Politik dreht sich um zwei zentrale Aspekte: Zum einen werden hohe Ausgaben getätigt, zum anderen herrschte lange Zeit sehr wenig Transparenz. Am 1. Januar 2023 trat nun aber das neue Gesetz über die Transparenz bei der Politikfinanzierung in Kraft. Diese neue Regelung ermöglicht für die eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober 2023 zum ersten Mal, einen Einblick in die offiziellen Budgets der Parteien und Verbände zu erhalten, die Wahlkampagnen durchgeführt haben. Das betreffende Gesetz betrifft jedoch vor allem die Ausgaben der Parteien und führt nicht dazu, dass umfassende Informationen über die Finanzierung der individuellen Kampagnen aller Kandidierenden bereitgestellt werden. Die Kandidierenden sind erst dann verpflichtet, die Beträge ihrer Kampagnen offenzulegen, wenn sie dafür mehr als 50'000 Schweizer Franken ausgegeben haben. Die überwiegende Mehrheit der Kandidierenden investiert aber bei weitem nicht so viel in den eigenen Wahlkampf und ist somit von den neuen Regelungen nicht betroffen.

Die Kandidierendenbefragung von Selects gibt aber einen Einblick in das Kampagnenbudget der Kandidierenden sowie deren Herkunft. Diese Informationen sind eine wertvolle Ergänzung zu den offiziellen Angaben über die Finanzierung der Wahlkampagnen durch Parteien und Verbände. In der Selects-Befragung wurden die Kandidierenden gebeten, folgende zwei Fragen zu beantworten:

- „Wie hoch war ungefähr Ihr Wahlkampfbudget (in Schweizer Franken, einschliesslich Parteigelder, Spenden und eigene Mittel/privates Vermögen)?“
- „Welcher prozentuale Anteil Ihres Wahlkampfbudgets stammte von der Partei, aus Spenden und aus Ihrem privaten Vermögen?“

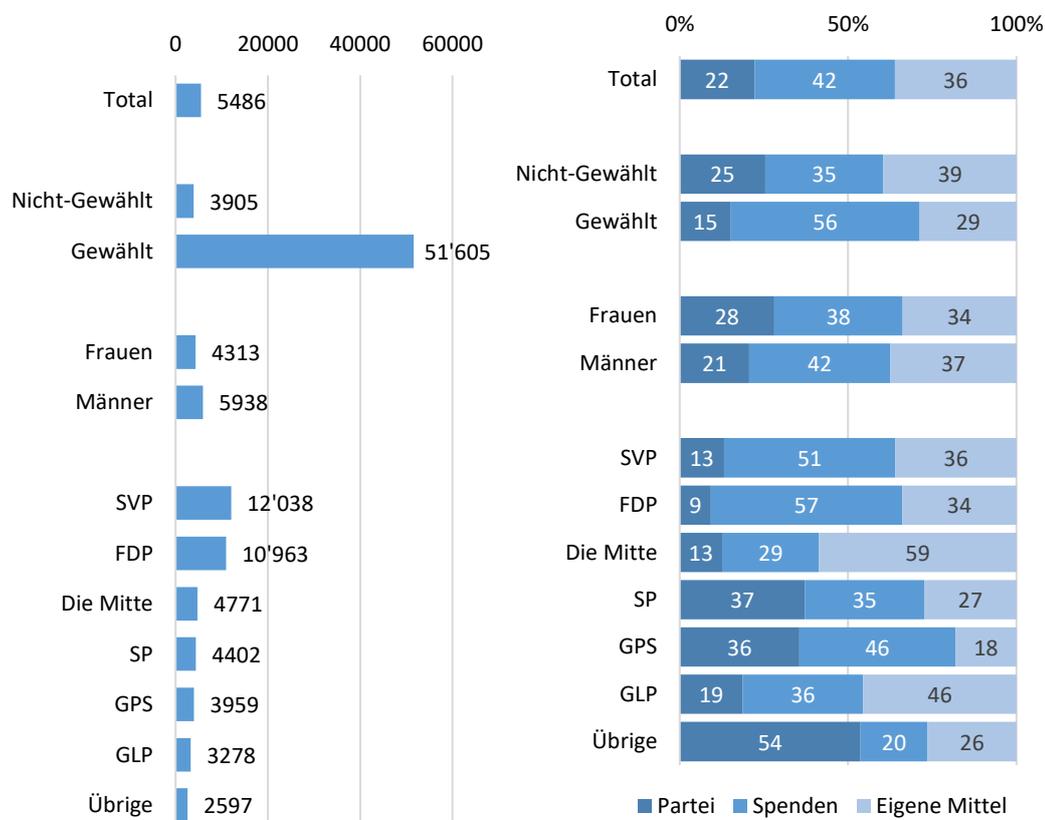
Es muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die folgenden Analysen auf den Aussagen der Kandidierenden beruhen. Die Analyse beruht auf der Annahme, dass diese Angaben zum einen der Realität entsprechen und zum anderen, dass die 42 Prozent der Kandidierenden, die an der Befragung teilnahmen, in Bezug auf ihre Ausgaben für den Wahlkampf repräsentativ für alle Kandidierenden sind. Hochgerechnet auf alle Kandidierenden belaufen sich die Wahlkampfausgaben für die Nationalratswahlen 2023 auf 32,5 Millionen Schweizer Franken. Rund 7,6 Millionen fielen dabei auf die SVP, 7,1 Millionen auf die FDP, 5,3 Millionen auf die Mitte, 3,1 Millionen auf die SP, 2,7 Millionen auf die Grünliberalen und 2,5 Millionen auf die Grünen.

Die durchschnittlichen Kosten pro Kandidatur fielen 2023 mit knapp 5500 Franken deutlich tiefer aus als 2019, als sie 8000 Franken betrugten (siehe Grafik 18, linke Seite). Dieser Rückgang könnte mit der rekordhohen Anzahl an Listen und Kandidierenden bei den Nationalratswahlen 2023 zusammenhängen. Im Jahr 2023 kandidierten über 5900 Personen für den Nationalrat, was im Vergleich mit 2019 (ca. 4660 Kandidaturen) einem Anstieg von etwa 20 Prozent entspricht. Viele Kandidierende traten auf einer der zahlreichen Unterlisten an, welche nicht primär darauf abzielen, dass die darauf antretenden Kandidierenden in grosser Zahl gewählt werden, sondern dass sie zusätzliche Stimmen für die Hauptliste der Partei generieren. Daher investierten etliche dieser zahlreichen Kandidierenden kaum Ressourcen in ihren Wahlkampf. So gibt denn auch ein Viertel der Kandidierenden an, für den persönlichen Wahlkampf gar keine Mittel eingesetzt zu haben. Etwa 40 Prozent gaben höchstens 1000 CHF aus, 17 Prozent zwischen 1000 und 5000 Franken und lediglich 16 Prozent investierten mehr als 5000 Franken.

Es gibt auch Unterschiede zwischen Gruppen von Kandidierenden (siehe Grafik 18, rechte Seite). Die Kandidierenden, die gewählt wurden, investierten deutlich mehr in ihren Wahlkampf als die Nichtgewählten, nämlich durchschnittlich 51'600 Franken im Vergleich zu 3900 Franken. Dieser Unterschied kann zum Teil auch darauf zurückgeführt werden, dass es Bisherigen leichter fällt, Spenden zu sammeln als neuen Kandidierenden resp. dass sie auch eher bereit sind, für ihren Wahlkampf eigene Mittel aufzuwenden. Wer bereits im nationalen Parlament sitzt oder sich in einer erfolgsverprechenden Ausgangslage befindet – durch grosse Bekanntheit oder auf Grund politischer oder beruflicher Ämter – verfügt in der Regel über ein breites Netzwerk, von dem Spenden erwartet werden können.

Deutliche Unterschiede zeigen sich auch zwischen den Geschlechtern. Kandidaten gaben im Durchschnitt 1600 Franken mehr aus als Kandidatinnen. Allerdings hat sich dieser Unterschied im Vergleich zu 2019 verringert, als die Kandidaten durchschnittlich 2500 Franken mehr ausgaben als die Kandidatinnen. Ausserdem gibt es zwischen den Parteien grosse Unterschiede. Die Kandidierenden der SVP und der FDP gaben mit Abstand am meisten Geld aus. Im Durchschnitt waren es fast 12'000 Franken bei Kandidierenden der SVP und fast 11'000 Franken bei denjenigen der FDP. Die Ausgaben der SVP-Kandidierenden stiegen von durchschnittlich 8000 bei den Wahlen 2019 auf 12'000 Franken im Jahr 2023, was einer Zunahme um 50 Prozent entspricht. Die Ausgaben der Kandidierenden der FDP sind hingegen durchschnittlich von 16'800 auf 11'000 Franken gesunken. Deutlich tiefer liegen die durchschnittlichen Ausgaben von Kandidierenden der Mitte- und Linksparteien. Sie gaben zwischen 4700 Franken (Die Mitte) und 3300 Franken (Grünliberale) aus.

Grafik 18 Höhe der Wahlkampfausgaben der Kandidierenden (in CHF) sowie die Aufteilung nach Herkunft (in %)



Lesebeispiel: 2023 gaben Kandidierende im Durchschnitt 5486 Franken für den persönlichen Wahlkampf aus. Davon stammten 22% aus Beiträgen der Partei, 42% aus Spenden und 36% aus eigenen Mitteln. Gewichtete Resultate. N Total=2270; Nicht-Gewählte=2208; Gewählte=62; Frauen=890; Männer=1291; SVP=175; FDP=253; Die Mitte=454; SP=320; GLP=360; GPS=298; Übrige=377.

Was die Wahlkampffinanzierung der Kandidierenden anbelangt, kann grundsätzlich zwischen drei Geldquellen unterschieden werden: die Partei, die den Kandidierenden Mittel für den persönlichen Wahlkampf zur Verfügung stellt, Spenden von Privaten und Organisationen sowie eigene Mittel der Kandidierenden. Beiträge der Parteien machten im Wahlkampf 2023 einen Fünftel der Wahlkampfausgaben aus, Spenden mehr als 40 Prozent und die eigene Mittel der Kandidaten knapp weniger als 40 Prozent. In Schweizer Franken und auf alle Kandidierenden hochgerechnet, flossen somit rund 7 Millionen Franken von Parteien, 14 Millionen Franken aus Spendern und 12 Millionen Franken aus Eigenmitteln in den Wahlkampf 2023.

Es gibt jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den Kandidierenden. Die Spenden fallen beispielsweise für gewählte Kandidierende deutlich höher aus als für Nichtgewählte. Für die Gewählten machen Spenden fast zwei Drittel des Budgets aus, was darauf hindeutet, dass die Spendenbeschaffung deutlich einfacher ist, wenn jemand mit realistischen (Wieder)Wahlchancen antritt.

Die Gewählten finanzieren etwa ein Drittel ihrer Kampagne aus eigener Tasche. Auf Grund ihrer höheren Gesamtausgaben investierten die Gewählten in absoluten Zahlen aber trotzdem viel mehr Eigenmittel als die Nichtgewählten. Während sich die durchschnittlich investierten Eigenmittel der Nichtgewählten auf 1600 Franken belaufen, sind es bei den Gewählten 15'200 Franken. Dieser Unterschied hat sich zudem im Vergleich mit 2019 deutlich vergrößert: Vor vier Jahren wendeten die Nichtgewählten durchschnittlich 2800 Franken und die Gewählten 14'300 Franken an Eigenmitteln für ihre Kampagne auf. Dies bestätigt

die Hypothese, dass die Zunahme der Anzahl an Kandidierenden nicht zu einem durchschnittlichen Anstieg der Kampagnenbudgets führt, da viele der zusätzlichen Kandidierenden lediglich ihren Namen auf eine Liste setzen lassen, ohne einen Wahlkampf zu führen oder über finanzielle Mittel dafür zu verfügen.

Was die Herkunft der Mittel für die Wahlkampagnen angeht, gibt es keine signifikanten Unterschiede zwischen Kandidatinnen und Kandidaten. Allerdings wurden die von den Parteien getragenen Ausgaben für Kandidatinnen leicht höher angesetzt als für Kandidaten. Im Durchschnitt gaben aber Kandidatinnen doch etwa 1600 CHF weniger für ihren Wahlkampf aus als Kandidaten. Sie sammelten mit durchschnittlich ungefähr 1600 CHF an Spenden im Vergleich mit den 2500 Franken der männlichen Kollegen weniger und investieren durchschnittlich 1500 Franken an Eigenmitteln, die Kandidaten 2200 Franken.

Zwischen den Parteien gibt es deutliche Unterschiede. Der Anteil der Parteimittel liegt bei den bürgerlichen Parteien tiefer als bei den Linksparteien, er macht bei SP und Grünen etwa 36 Prozent aus, während er bei den bürgerlichen Parteien unter 20 Prozent liegt. Dieser Unterschied ergibt sich aus den unterschiedlichen Arten der Kampagnenführung. In vielen Kantonen stellen die linken Parteien die Parteikampagnen in den Vordergrund. In einigen kantonalen Linksparteien stammen die für Wahlkämpfe aufgewendeten Mittel sogar vollständig von der Partei. Die Kandidierenden erhalten von ihrer Partei für den Wahlkampf einen bestimmten Betrag zur Verfügung, eigene Mittel sind daneben aber nicht vorgesehen. In den bürgerlichen Parteien sind hingegen die individuellen Kampagnen wichtiger. Von Kandidierenden wird erwartet, dass sie personalisierte Wahlkämpfe führen und dafür eigene Mittel beschaffen resp. investieren. Wie sich gezeigt hat, stammen mehr als die Hälfte der Mittel der Kandidierenden von FDP und SVP aus Spenden, während die Kandidierenden der Mitte und der GLP die höchsten Anteile an Eigenmitteln investierten, nämlich 59 Prozent bzw. 46 Prozent. In absoluten Zahlen investierten jedoch die Kandidierenden der SVP am meisten Eigenmittel in ihre Kampagne, im Durchschnitt waren es 4400 Franken pro Kandidatur, im Vergleich zu 2900 Franken der Kandidierenden der Mitte und 730 Franken der Grünen.

4.2 Kampagnenaktivitäten und Informationsquellen

Für eine erfolgreiche Wahl muss eine Kandidatur eine hohe Anzahl an Stimmen auf sich vereinen. Kandidierende haben dementsprechend ein grosses Interesse daran, einen aktiven Wahlkampf zu führen und dafür auch eine Vielzahl an Wahlkampfinstrumenten einzusetzen. Im Wesentlichen interessiert bei den nachfolgenden Analysen neben dem Einsatz traditioneller Wahlkampfinstrumente (Grafik 19) vor allem auch, inwiefern die Möglichkeiten des digitalen Wahlkampfes genutzt wurden (Grafik 20).

Die nach wie vor am häufigsten eingesetzten Instrumente im Wahlkampf sind das traditionelle Verteilen von Kampagnenmaterial der Partei und eigenen Flugblättern, das Aushängen von Plakaten und das Schenken von Give-Aways aller Art. Diese Instrumente werden häufig eingesetzt, auch wenn sie von den Kandidierenden als unterschiedlich wichtig betrachtet werden. An erster Stelle steht das Verteilen von Kampagnenmaterial der Partei (Grafik 19), das häufig genutzt, aber von vielen als unwichtig erachtet wird. Treffen mit der Parteiführung und anderen Parteimitgliedern, aber auch persönliche Kontakte mit Wählenden wie Hausbesuche und Begegnungen im Strassenwahlkampf finden ebenfalls häufig statt und werden von den Kandidierenden als wichtig erachtet. Persönliche Begegnungen können dazu führen, dass Wählerinnen und Wähler Kandidierende kumulieren oder panschieren, was deren Wahlchancen ansteigen lässt. 75 Prozent aller Kandidierenden gaben an, während des Wahlkampfes persönlichen Kontakt mit anderen Parteimitgliedern oder der Parteileitung gehabt zu haben.

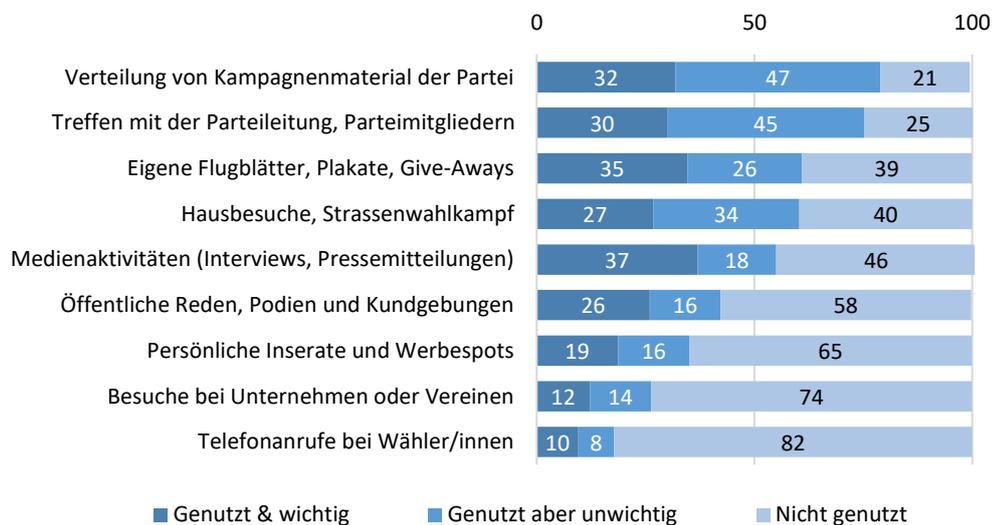
Das Kampagnenmaterial der Partei ist von persönlichen Werbematerialien einzelner Kandidierender zu trennen. Die Kandidierenden messen zwar beiden Arten von Material eine ähnliche Bedeutung zu, verteilen jedoch häufiger das Kampagnenmaterial der Partei als das eigene. Dies kann zwei mögliche Gründe haben: Zum einen verfügen nicht alle Kandidierenden über persönliche Werbematerialien wie z.B. Flyer. Zum anderen sehen es aber auch einige Parteien eher kritisch, wenn jemand einen personalisierten Wahlkampf führt

und ziehen es vor, wenn vorwiegend Werbematerialien eingesetzt werden, die allen Kandidierenden der Partei zu Gute kommen.

Mehr als die Hälfte der Kandidierenden hatte im Verlauf des Wahlkampfes mindestens einen Medienauftritt. Allerdings nahmen nur 42 Prozent der Kandidierenden an öffentlichen Veranstaltungen wie Podiumsdiskussionen, Reden oder anderen Veranstaltungen teil. Dies hängt möglicherweise auch damit zusammen, dass viele, die auf einer Liste stehen, gar nicht über einen genügend grossen Bekanntheitsgrad verfügen, um überhaupt für die Teilnahmen an öffentlichen Veranstaltungen angefragt zu werden. Ebenfalls müssen viele Kandidierende aus Kostengründen auf persönliche Inserate und Werbespots verzichten

Telefonanrufe bei Wählenden und Besuche bei Vereinen oder Unternehmen sind als Wahlkampfelemente praktisch vernachlässigbar. Wie zuvor schon 2019 hat 2023 nur die SP wieder auf eine Telefonkampagne gesetzt. Während die anderen Parteien von diesem Instrument kaum Gebrauch machen, machten bei der SP 68 Prozent der Kandidatinnen und Kandidaten von Telefonanrufen Gebrauch und 37 Prozent betrachteten die Telefonkampagne auch als wichtiges Instrument. Wie später noch vertieft ausgeführt wird, erachten Wählerinnen und Wählern dieses Instrument allerdings als unwichtige Informationsquelle (vgl. Grafik 21).

Grafik 19 Traditionelle Wahlkampfmittel der Kandidierenden, 2023 (in %)



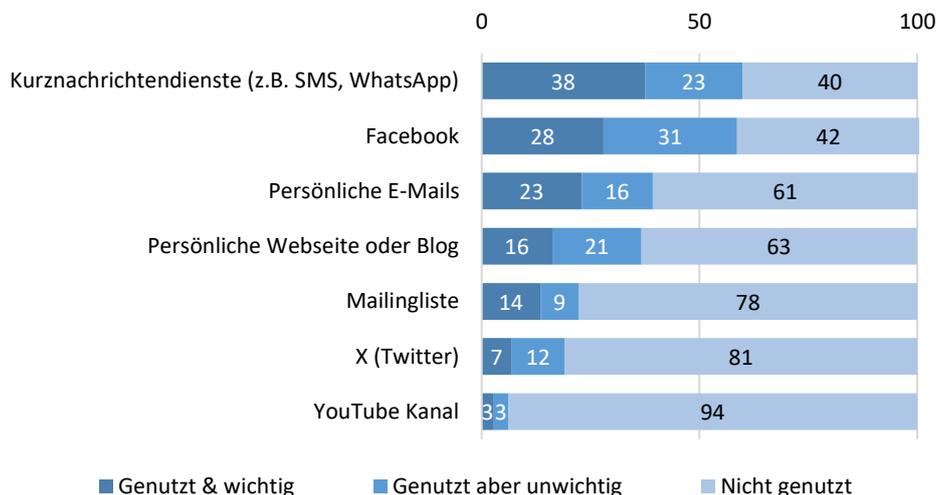
Lesebeispiel: 32% der Kandidierenden verteilten in ihrem Wahlkampf Kampagnenmaterial ihrer Partei und erachteten dies als wichtig, 47% verteilten Kampagnenmaterial der Partei und fanden das eher unwichtig, 21% verteilten kein Kampagnenmaterial ihrer Partei. Gewichtete Resultate. N=2077-2263.

Die Instrumente des digitalen Wahlkampfes kamen im Vergleich mit den traditionellen Wahlkampfinstrumenten noch etwas weniger zum Einsatz (Grafik 19). Kurznachrichtendienste wie SMS oder WhatsApp wurden 2023 von fast zwei Dritteln der Kandidatinnen und Kandidaten eingesetzt, was fast einer Verdoppelung gegenüber 2019 entspricht (von 35 % im Jahr 2019 auf 61 % im Jahr 2023). Genau wie persönliche E-Mails ermöglichen diese Instrumente einen direkten Kontakt mit dem eigenen Netzwerk.

Obwohl Facebook seit 2019 an Bedeutung verloren hat, bleibt es ein beliebtes Kampagneninstrument der Kandidatinnen und Kandidaten, von denen es 28 Prozent als wichtig einstufen. Persönliche Webseiten oder Blogs erfreuen sich ebenfalls nach wie vor grosser Beliebtheit, ebenso wie Mailinglisten, die von fast einem Viertel der Kandidatinnen und Kandidaten geführt werden. X (vormals Twitter) und Youtube wurden hingegen die von den Kandidierenden nur wenig eingesetzt. Die Anzahl der Kandidatinnen und Kandidaten, die auf diesen Plattformen mit einem eigenen Account präsent sind, ist gering. Folglich ist es

auch schwierig, ihren tatsächlichen Einfluss im Wahlkampf zu messen, da diese Plattformen ständig genutzt werden müssen, um damit Aufmerksamkeit zu erregen. Ohne in der Befragung explizit danach gefragt zu werden, gaben 15 Prozent der Kandidatinnen und Kandidaten zudem spontan an, Instagram für ihren Wahlkampf genutzt zu haben. 7 Prozent erachtet diese Plattform auch als wichtig. Obwohl dieser Anteil gesamthaft gesehen gering ist, hat er sich im Vergleich mit 2019 fast verdoppelt.

Grafik 20 Internet-Aktivitäten der Kandidierenden, 2023 (in %)



Lesebeispiel: 2023 gaben 38% der Kandidierenden an, Facebook für den Wahlkampf genutzt und dies als wichtiges Wahlkampfinstrument erachtet zu haben. 23% nutzten Facebook zwar, erachteten diese Nutzung aber als eher unwichtig. 40% haben Facebook nach eigenen Angaben gar nicht genutzt. Gewichtete Resultate. N=1951-2210.

Die Kandidatinnen und Kandidaten setzen eine Vielzahl von Wahlkampfinstrumenten ein, um mit ihren Wählerschaften in Kontakt zu treten. Doch inwieweit erreichen sie mit den eingesetzten Instrumenten ihre Zielgruppe? Wie nehmen die Wählerinnen und Wähler die verschiedenen Wahlkampfaktivitäten wahr bzw. welche Informationsquellen werden wie genutzt?

In der Nachwahlbefragung wurden die Befragten gebeten anzugeben, welche Informationsquellen ihnen in den Wochen vor den Wahlen geholfen haben, sich über die Parteien und Kandidierenden zu informieren. Diese Selbsteinschätzung widerspiegelt nicht zwingend den tatsächlichen Einfluss der verschiedenen Informationskanäle. Werbung kann wirken, ohne dass man sich dessen bewusst ist. Deshalb ist es schwierig, ihren Einfluss zu messen. Dennoch liefert die nachfolgende Auswertung interessante Hinweise auf die Rolle der verschiedenen Wahlkampfinstrumente und Informationsquellen.

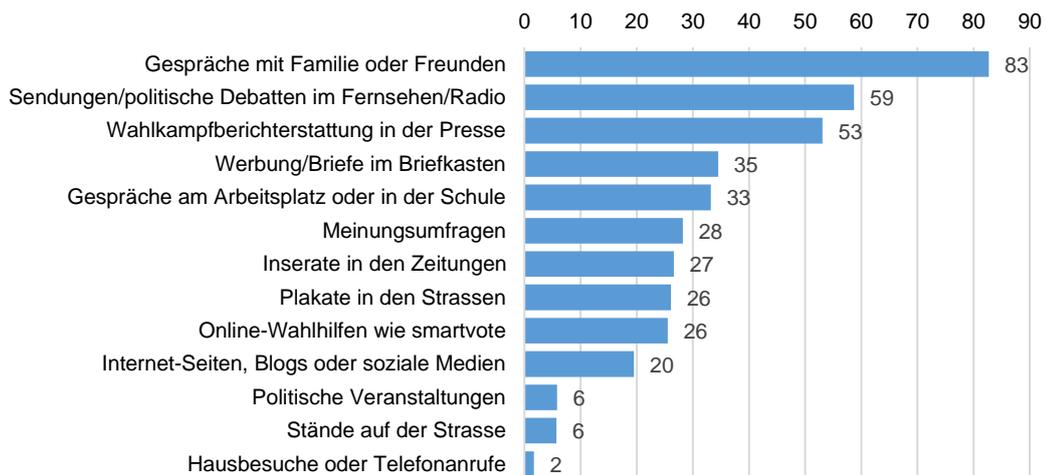
Grafik 21 zeigt die von den Wählenden genutzten Informationsquellen über alle Parteien und Kandidierenden hinweg. Mit einer Nennung von 83 Prozent sind Diskussionen in der Familie oder im Freundeskreis die bei weitem häufigste Informationsquelle. Dieser hohe Wert zeigt, dass ein Grossteil der politischen Debatten in privaten Gesprächen stattfindet. Ein Drittel der Befragten gaben zudem auch an, Gespräche über die anstehenden Wahlen und den Wahlkampf am Arbeitsplatz oder in der Schule als Informationsquelle genutzt zu haben.

Radio- und Fernsehsendungen sowie die Berichterstattung über den Wahlkampf in den traditionellen Medien sind beim breiten Publikum sehr beliebt. Die Werbung in Briefkästen nutzen 35 Prozent der Wählenden als Informationsquelle. Dieser relativ hohe Prozentsatz kann darauf zurückgeführt werden, dass ein beträchtlicher Anteil der Parteiausgaben für die Verteilung von Werbematerial an die Bevölkerung verwendet wird. Danach folgen Meinungsumfragen, Zeitungsinserate und Plakate in den Strassen, die von mehr als einem

Viertel der Wählerschaft genannt werden. Die Nutzung von Online-Wahlhilfen wie Smartvote liegt mit 26 Prozent vor Webseiten oder sozialen Medien.

Direkte Kontakte mit den Parteien, wie politische Veranstaltungen oder Stände auf der Strasse, sind für die Meinungsbildung der Wählerinnen und Wähler mit je 6 Prozent der Nennungen eher nebensächlich. Hausbesuche und Telefonanrufe bilden das Schlusslicht; nur 2 Prozent der Wählenden nutzt sie als Informationsquelle. Diese Resultate stehen etwas im Widerspruch zur Bewertung der Aktivitäten durch die Kandidatinnen und Kandidaten, die beispielsweise den Strassenwahlkampf als wichtiges Wahlkampfelement betrachten (vgl. Grafik 19).

Grafik 21 Informationsquellen der Wählenden (in %)



Lesebeispiel: Gemäss der Selects Nachwahlbefragung haben sich 83% der Befragten durch Gespräche mit Familie oder Freunden über die Parteien und Kandidierenden informiert, 59% haben politische Sendungen und Debatten im TV oder Radio und 53% die Wahlberichterstattung in der Presse verfolgt, usw. Gewichtete Resultate. N=3324.

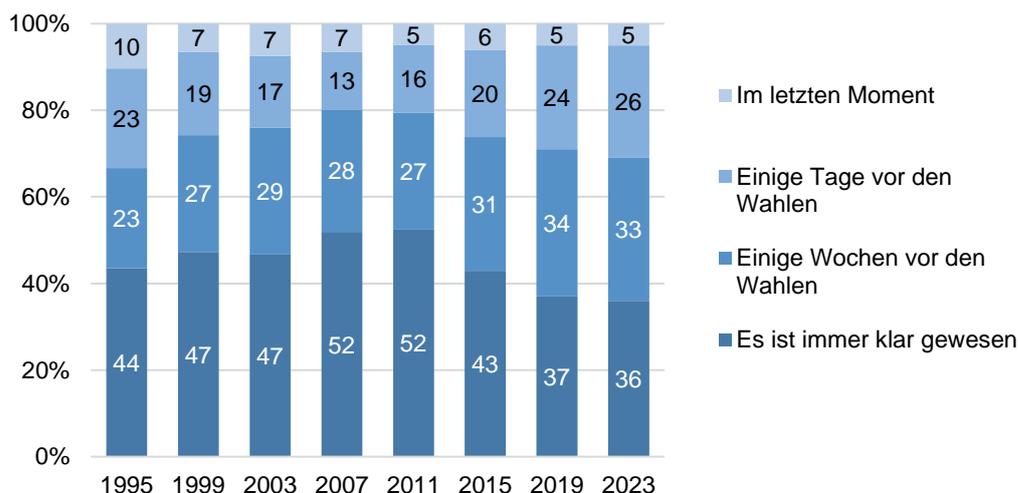
Das Problem von Ständen und Telefonkampagnen dürfte sein, dass sie, unabhängig vom Einsatz, den die Parteien und Kandidierenden dafür leisten, nur einen sehr begrenzten Anteil der Wählerschaft überhaupt erreichen. Es besteht daher eine gewisse Diskrepanz zwischen den Aktivitäten, die von den Kandidatinnen und Kandidaten bevorzugt eingesetzt werden und den tatsächlich durch die Wählerschaft genutzten Informationsquellen. Letztere ziehen Diskussionen unter Gleichgesinnten und die Berichterstattung über den Wahlkampf in den Medien einem direkten Kontakt mit den Kandidierenden vor. Es ist jedoch auch wichtig zu betonen, dass ein Instrument, das die breite Bevölkerung erreicht, nicht unbedingt effizienter ist. Massgeschneiderte Kampagnen, die nur auf eine bestimmte Zielgruppe abzielen, können für die Mobilisierung zielführender sein als grosse Investitionen in Instrumente, die zwar viele Menschen erreichen (z. B. Plakate an Bahnhöfen), aber mit grossen Streuverlusten einhergehen.

4.3 Der Wahl- und Entscheidungszeitpunkt

Die Briefwahl ist in der Schweiz weit verbreitet. In der Selects-Nachwahlbefragung gaben mehr als die Hälfte der Befragten (54%) an, die Wahlunterlagen in den Briefkasten der Wohngemeinde eingeworfen zu haben, während ein ebenfalls grosser Anteil der Wählenden ihren Stimmzettel per Post retourniert hat (40%). Nur 6 Prozent der Wählerinnen und Wähler ging bei den eidgenössischen Wahlen 2023 persönlich an die Urne (nicht grafisch dargestellt). Diejenigen, die von der Briefwahl Gebrauch machten, haben ihren Stimmzettel in der überwiegenden Mehrheit der Fälle erst wenige Tage vor dem Wahltag abgeschickt oder eingeworfen (61%). Lediglich 11 Prozent der Wählerinnen und Wähler gaben an, die Wahlunterlagen unmittelbar nach Erhalt retourniert zu haben. 27 Prozent retournierten ihre Wahlunterlagen einige Wochen vor dem Wahltag.

Ein relativ spätes Retournieren der Wahlunterlagen bedeutet aber nicht zwingend, dass die Wählerinnen und Wähler ihren Wahlentscheid in letzter Minute getroffen haben. So zeigt Grafik 22 denn auch, dass gut ein Drittel der Wählenden (36%) nach eigenen Angaben bereits lange im Voraus wussten, welche Partei sie unterstützen würden. Allerdings ist der Anteil der Frühentschlossenen im Zeitvergleich seit 2007 deutlich zurückgegangen und hat 2023 einen Tiefstwert im Untersuchungszeitraum von 1995 bis 2023 erreicht. Ein weiteres Drittel der Befragten (33%) gab an, die Entscheidung ein paar Wochen vor dem Wahltag getroffen zu haben. Ein Viertel entschied sich erst wenige Tage vor den Wahlen (26%), was dem höchsten Wert seit 1995 entspricht. Nur ein kleiner Teil der Wählenden (5%) gab an, sich in letzter Minute entschieden zu haben.

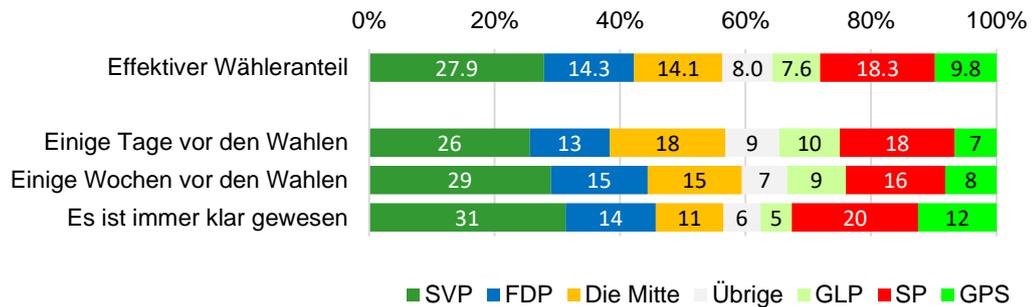
Grafik 22 Zeitpunkt des Wahlentscheids, 1995-2023 (in %)



Lesebeispiel: 2023 gaben 36% der Befragten an, dass ihr Wahlentscheid schon immer klar gewesen sei. 33% haben sich einige Wochen, 26% einige Tage vor den Wahlen und 5% im letzten Moment entschieden. Gewichtete Resultate. N: 1995=3166; 1999=1345; 2003=2504; 2007=1996; 2011=3030; 2015=3734; 2019=4703; 2023=2962.

Der Wahlentscheid der Früh- und Spätentschlossenen unterscheidet sich insgesamt nur geringfügig. Dennoch lassen sich einige interessante Tendenzen beobachten. Unter Wählenden, die sich zu einem späteren Zeitpunkt des Wahlkampfes entschieden, erhielten Die Mitte und die Grünen überdurchschnittlich viel Unterstützung. Im Gegensatz dazu schnitten die SVP und die SP bei den Spätentschlossenen schlechter ab als bei Personen, für die ihre Wahlentscheidung schon immer klar war. Für die FDP zeigt sich nur wenig Varianz je nach Zeitpunkt der Entscheidung. Die Parteien an den politischen Polen (SVP auf der einen, SP und Grüne auf der anderen Seite) können auf eine relativ gesehen grössere Anzahl langjähriger Unterstützerinnen und Unterstützer zählen als die Parteien des politischen Zentrums (FDP, Die Mitte, GLP). Aber auch unter Berücksichtigung der langjährigen loyalen Wählerschaften ist der Anteil der Personen, die sich erst im Verlauf des Wahlkampfes für eine Partei entscheiden, sehr hoch, und ihre Stimmen zu gewinnen, ist für alle Parteien eine grosse Herausforderung.

Grafik 23 Wahlentscheid nach Entscheidungszeitpunkt (in %)



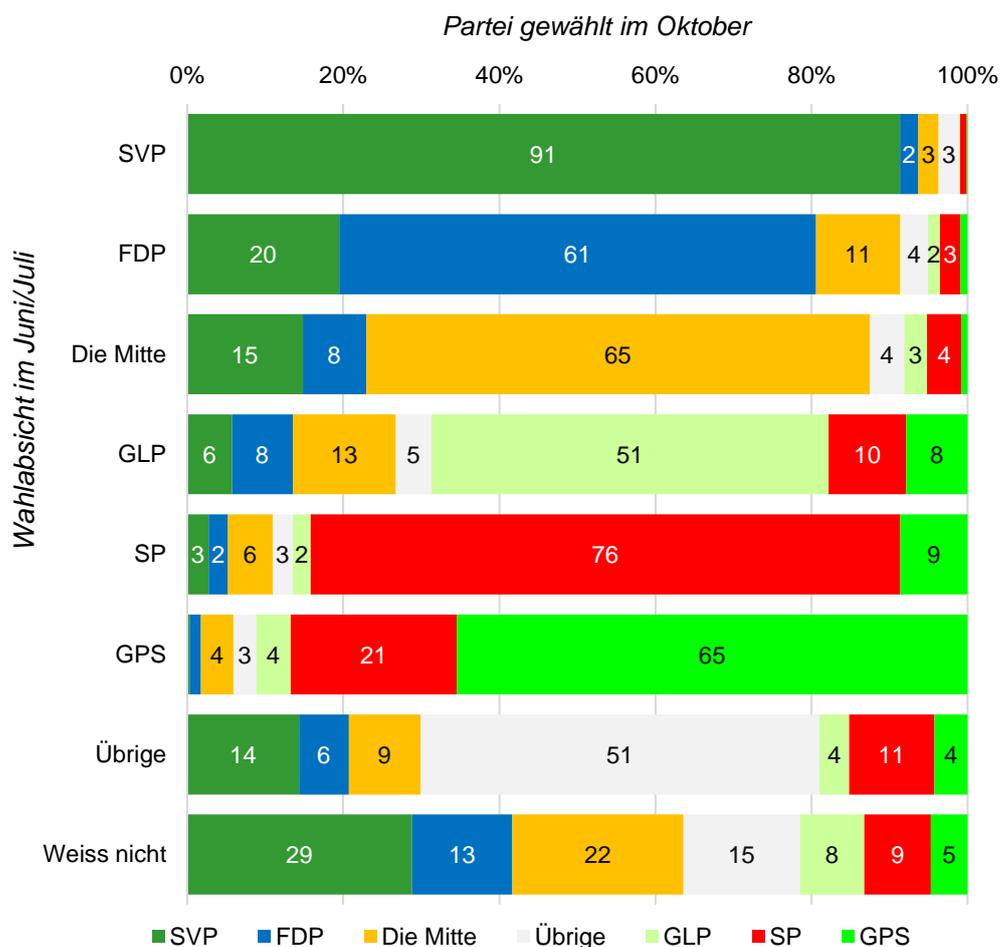
Lesebeispiel: von jenen, die sich nach eigenen Angaben einige Tage vor den Wahlen entschieden haben, haben 26% SVP, 13% FDP, 18% Die Mitte, 9% übrige Parteien gewählt, usw. Gewichtete Resultate. N einige Tage vor den Wahlen=731; einige Wochen vor den Wahlen=920; es ist immer klar gewesen=1160. Die Gruppe der Personen, die sich im letzten Moment entschieden haben, ist aufgrund der kleinen Fallzahlen nicht dargestellt.

4.4 Kurzfristige Präferenzänderungen

Hat sich Wahlentscheidung der Wählerinnen und Wähler im Verlauf des Wahlkampfes verändert? Die Panelbefragung von Selects erlaubt es, die Volatilität der Parteipräferenzen während des Wahlkampfes zu untersuchen. In der ersten Befragung (oder "Welle"), im Sommer 2023 wurde die Parteiwahlabsicht der Teilnehmenden erhoben. In der dritten Welle nach den eidgenössischen Wahlen im Oktober wurden dieselben Personen gefragt, welche Partei sie tatsächlich gewählt haben. Grafik 24 zeigt sowohl die Parteiwahl im Oktober als auch die Wahlabsicht im Sommer 2023 und liefert wertvolle Hinweise in Bezug auf kurzfristige Wählerwanderungen.

Wie bei früheren Wahlen gelang es der SVP am besten, die im Sommer 2023 geäußerten Wahlabsichten in tatsächliche Unterstützung am Wahlsonntag umzuwandeln. 91 Prozent der Personen, die im Juni/Juli 2023 beabsichtigten, die SVP zu wählen, haben dies am 22. Oktober 2023 denn auch getan. Auch die SP konnte ihre Wählerschaft gut bei der Stange halten. 76 Prozent derjenigen Wählenden, die im Sommer 2023 angaben, die SP wählen zu wollen, taten dies am Wahltag. Den beiden Parteien, die als Siegerinnen aus den Nationalratswahlen hervorgingen, ist es somit am besten gelungen, ihre Basis im Laufe des Wahlkampfes an sich zu binden. Im Gegensatz dazu bekundeten die GPS und die FDP, die als Verliererinnen aus den Wahlen hervorgingen, deutlich mehr Mühe, die einst geäußerten Wahlabsichten in tatsächliche Unterstützung umzumünzen. Sie kamen auf Quoten von jeweils 65 Prozent resp. 61 Prozent. Für die anderen Parteien ist der Zusammenhang zwischen der Umwandlung von Wahlabsichten in Stimmen und dem Erfolg/Misserfolg am Abend des 22. Oktober weniger offensichtlich. Der Mitte, die 2023 einen leichten Anstieg in der Wählergunst verzeichnen konnte, gelang es nicht in besonderem Masse, die im Sommer geäußerten Wahlabsichten in Stimmen umzuwandeln (65%). Die Grünliberalen, die 2023 einen leichten Rückgang im Wähleranteil verzeichneten, schafften es ebenfalls nur in geringem Masse, die Unterstützung von früh geäußerten Wahlabsichten zu behalten (51%).

Grafik 24 Wahlabsicht im Juni/Juli und tatsächlich gewählte Partei (in %, nur Wählende)



Lesebeispiel: Von jenen, die in der ersten Befragung im Juni/Juli 2023 die Absicht hatten SVP zu wählen, haben bei den Wahlen im Oktober 2023 91% tatsächlich die SVP gewählt, 2% die FDP, 3% die Mitte und 3% übrige Parteien. Gewichtete Resultate. Totales N=4354; SVP=706, FDP=679, Die Mitte=498, GLP=553, SP=898, GPS=497, Übrige=330, Weiss nicht=193.

Die SVP konnte nicht nur ihre bestehende Basis sehr gut mobilisieren, es gelang ihr auch, die Stimmen einer beträchtlichen Anzahl von Wählenden zu gewinnen, die im Sommer 2023 noch eine andere Partei wählen wollten. So gaben am Wahltag 20 Prozent derjenigen, die im Sommer ihre Stimme noch der FDP geben wollten, diese letztlich der SVP. Bei der Mitte wanderten 15 Prozent zur SVP ab, von übrigen Parteien taten dies 14 Prozent.

Auch die SP war in dieser Hinsicht erfolgreich. Sie konnte 21 Prozent der Wählenden, die im Sommer noch die GPS wählen wollten, von sich überzeugen und 10 Prozent derjenigen der Grünliberalen. Die Mitte konnte einen Teil der Wählenden, die im Sommer ihre Stimme der GLP (13%) resp. der FDP (11%) geben wollten, zu sich holen. Unter Wählenden, die im Juni/Juli 2023 noch unentschlossen waren, erhielt die SVP am Wahltag am meisten Stimmen (29%), gefolgt von der Mitte (22%), während die SP bei den Unentschlossenen deutlich weniger Erfolg hatte (9%).

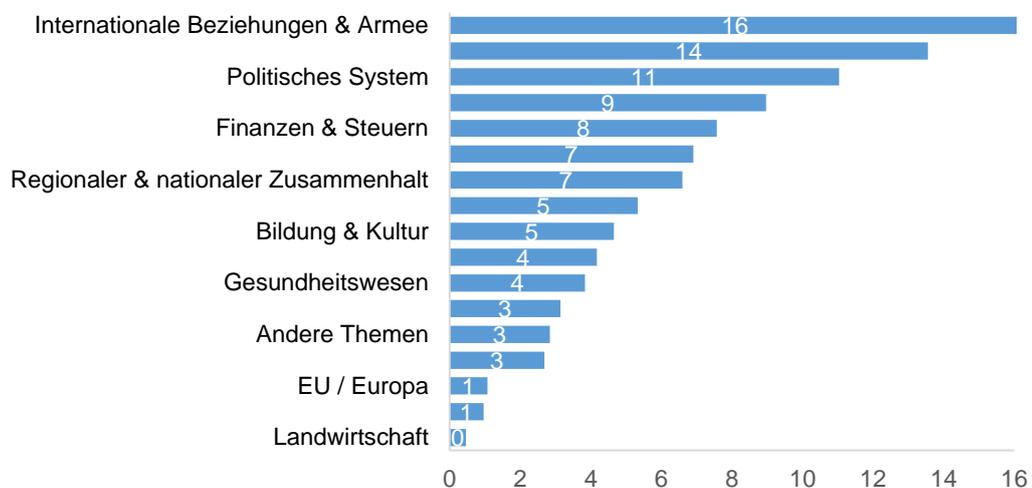
4.5 Themenkonjunktur: Medien und Kandidierende

Kurzfristige Präferenzänderungen durch Wählende können der Themenkonjunktur geschuldet sein. Die Fähigkeit der Parteien, während des Wahlkampfes ihre thematischen Schwerpunkte zu bewirtschaften und dadurch von der Wählerschaft in diesem Bereich als besonders kompetent betrachtet zu werden, entscheidet häufig über den Ausgang von

Wahlen. In Abhängigkeit der nationalen und internationalen Situation profitieren die einzelnen Partei mehr oder weniger von für sie günstigen Kontextbedingungen, die es ihnen erlauben, im Wahlkampf eigene Themen aufzubringen und zu bewirtschaften. Ein Vergleich zwischen der im Rahmen von Selects 2023 durchgeführten Panelbefragung, der Medieninhaltsanalyse sowie der Kandidierendenbefragung erlaubt es zu ermitteln, inwiefern sich das Problembewusstsein der Wählenden während der Kampagne entsprechend der Themensetzung durch Medien und Kandidierende entwickelt hat.

Die Selects Medienstudie hat den Wahlkampf über einen Zeitraum von sechs Monaten untersucht. Sie zeigt auf, welche Themen in der Öffentlichkeit vor und während der intensivsten Wochen des Wahlkampfs präsent waren. Dazu wurden aus insgesamt 116 Schweizer Print- und Online-Medien sämtliche Beiträge über Schweizer Politik nach thematischen Kategorien kodiert. In Grafik 25 ist dargestellt, wie hoch der Anteil an Medienbeiträgen pro Thematik zwischen dem 1. Mai und dem 22. Oktober 2023 ausfiel.

Grafik 25 Themen in der Medienberichterstattung, Mai-Oktober 2023 (in %)



Lesebeispiel: zwischen dem 1. Mai und dem 22. Oktober 2023 betrafen 16% der Artikel mit Bezug zur Schweizer Politik den Themenbereich „Internationale Beziehungen & Armee“, 14% den Bereich „Öffentliche Dienste & Infrastruktur“, 11% das Thema „politisches System“, usw. N=128'540 Artikel aus 116 Print- und Online-Medien.

Während des ganzen Wahlkampfs war das Thema „Internationale Beziehungen & Armee“ in Medienberichten zur Schweizer Politik sehr präsent. Die internationale Lage mit dem seit Februar 2022 anhaltenden Krieg in der Ukraine und dem kurz vor den Schweizer Wahlen erfolgten Terroranschlag der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 erklärt weitgehend die Bedeutung dieses Themenbereichs. Die Kategorie „Öffentlichen Dienste & Infrastruktur“, nahm in der Medienberichterstattung ebenfalls einen erheblichen Stellenwert ein. Danach folgt eine grosse Breite an Themen wie beispielsweise das politische System (das die Berichterstattung über den Wahlkampf beinhaltet), die Umwelt- und Energiepolitik, Finanzen und Steuern, Recht und Ordnung sowie die Regionen und der nationale Zusammenhalt.

Die Medien waren nicht die einzigen, die im Wahlkampf thematische Akzente gesetzt haben. Auch die Parteien und Kandidierenden haben sich bemüht, während des Wahlkampfs ihre Themenschwerpunkte zu bewirtschaften. Die Kandidierendenbefragung enthielt eine offene Frage nach dem Hauptthema des persönlichen Wahlkampfes. Die Antworten wurden anschliessend denselben Kategorien zugeteilt, die auch für die Analyse der Problemwahrnehmung durch die Bevölkerung und die Medienberichterstattung verwendet wurden. Basierend auf diesen Informationen weist Tabelle 9 das Hauptkampagnenthema der Nationalratskandidatinnen und -kandidaten nach Parteizugehörigkeit aus.

Tabelle 9 Hauptkampagnenthemen der Kandidierenden für den Nationalrat nach Parteizugehörigkeit (in %)

	SVP	FDP	Die Mitte	GLP	SP	GPS	Total
Umwelt & Energie	10	13	8	45	14	67	22
Soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat	4	15	14	6	17	5	12
Gesundheitswesen	2	10	15	8	10	4	8
Politisches System, Parteien & Politiker/innen	6	6	14	6	5	3	7
Wirtschaft	9	13	8	4	15	1	7
Geschlechterfragen & Diskriminierung	4	3	5	2	16	5	6
Regionen & nationaler Zusammenhalt	3	5	3	3	1	0	4
Einwanderung & Asyl	19	1	0	1	5	2	4
Bildung & Kultur	2	7	4	3	5	1	4
Öffentliche Dienste & Infrastruktur	6	4	2	2	4	3	3
Landwirtschaft	9	2	3	1	1	2	2
Recht & Ordnung	7	4	2	1	0	0	2
Int. Beziehungen & Armee	7	1	1	1	0	0	2
EU, Europa	0	1	1	5	0	0	1
Andere Themen / weiss nicht	13	17	20	14	7	7	15
Total	100	100	100	100	100	100	100
N	183	252	426	353	334	319	2276

Lesebeispiel: 2023 gaben 10% der SVP-Kandidierenden an, dass das Thema „Umwelt & Energie“ ihr Hauptkampagnenthema gewesen sei. 4% nannten den Bereich „Soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat“, 2% das Gesundheitswesen, usw. Gewichtete Resultate. Themen, die nicht wenigstens in einer Partei 3% aller Nennungen ausmachen, wurden in der Kategorie „Andere Themen / weiss nicht“ zusammengefasst.

Insgesamt gaben 22 Prozent aller Kandidierenden an, dass der Fokus ihrer Kampagne auf dem Thema „Umwelt & Energie“ gelegen sei. An zweiter Stelle folgte der Bereich „soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat“ mit 12 Prozent der Nennungen. Dahinter lagen das Gesundheitswesen (8%), Fragen rund um das politische System (7%), die Wirtschaft sowie „Geschlechterfragen & Diskriminierung“ in etwa gleichauf (6%).

Die Wahlkampfthemen unterscheiden sich zwischen den Parteien deutlich. Umwelt- und Energiefragen standen bei den Kandidierenden der Grünen mit 67 Prozent und den Kandidierenden der GLP mit 45 Prozent der Nennungen im Zentrum des Wahlkampfes. Diese zwei Parteien sind auch die einzigen, die ihren Wahlkampf so deutlich auf ein bestimmtes Thema ausrichteten. Die Kandidierenden der anderen Parteien setzten im Wahlkampf auf eine grössere Themenvielfalt. Dabei sind die traditionellen Schwerpunkte der jeweiligen Parteien unschwer wiederzuerkennen. Die Kandidierenden der SVP fokussierten ihren Wahlkampf am häufigsten auf den Bereich „Einwanderung & Asyl“ (19%), während andere Themenbereiche auf höchstens 10 Prozent aller Nennungen kommen („Umwelt & Energie“ 10%, „Wirtschaft“ 9%, „Landwirtschaft“ 9%). Die Kandidierenden der SP setzten im Wahlkampf auf die Themenbereiche „soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat“ (17%), Wirtschaft (15%) sowie „Umwelt & Energie“ (14%) und – als einzige Partei – auf Geschlechterfragen (16%). Thematisch ähnlich gelagert war der Wahlkampf der FDP-Kandidierenden, die am häufigsten die Bereiche „soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat“ (15%), Wirtschaft (13%), Umwelt & Energie (13%) und das Gesundheitswesen (10%) betonten. Auch bei der Mitte standen das Gesundheitswesen (15%) und die soziale Sicherheit (14%) im Mittelpunkt der Kampagnen der Kandidierenden. Diese hoben sich aber durch die Thematisierung von Fragen rund um das politische System (14%) von den anderen Parteien ab.

4.6 Die Problemwahrnehmung der Wählenden während der Kampagne

In Kapitel 3 wurde gezeigt, dass die Migrationspolitik, das Umweltthema und das Gesundheitswesen aus Sicht der Wählenden aktuell die grössten Herausforderungen für die Schweiz darstellen. Indem die Panelbefragung dieselben Personen mehrmals im Wahljahr befragt, kann analysiert werden, ob und wie sich das Problembewusstsein der Wählerinnen und Wähler im Verlaufe des Wahlkampfes verändert. Wie in der Nachwahlbefragung wurde den Teilnehmenden der Panelbefragung die folgende Frage gestellt: „Welches ist Ihrer

Meinung nach gegenwärtig das wichtigste politische Problem, mit dem die Schweiz konfrontiert ist?“ Die Antworten auf diese offene Frage wurden anschliessend in Kategorien zusammengefasst. Wie aus Tabelle 10 hervorgeht, stand das Thema „Umwelt & Energie“ mit 30 Prozent der Nennungen bei der ersten Befragung im Sommer 2023 überaus deutlich an erster Stelle. Dieses Thema verlor im Laufe des Herbstes aber an Bedeutung. In der zweiten Befragung stand es zwar noch an der Spitze, verlor aber bereits an Wichtigkeit. Bei der dritten Befragung nach den Wahlen im Herbst bezeichneten noch 21 Prozent der Wählenden die Umwelt- und Energiethematik als wichtigstes Problem der Schweiz. Damit war der Wahlkampf diesem Themenbereich zwar abträglich. Dennoch konnte sich das Thema „Umwelt & Energie“ im Problembewusstsein der Wählenden an zweiter Stelle halten.

Tabelle 10 Wichtigstes Problem der Wählenden im Zeitverlauf (in %)

	Welle 1 Juni/Juli	Welle 2 Sept.	Welle 3 Okt./Nov.
Umwelt & Energie	30	27	21
Einwanderung & Asyl	16	19	27
Soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat	12	10	9
Internationale Beziehungen & Armee	11	6	7
EU / Europa	8	6	5
Politisches System, Parteien & Politiker/innen	7	6	5
Gesundheitswesen	4	11	12
Wirtschaft	4	10	8
Andere Probleme / weiss nicht	8	6	5
Total	100	100	100
N	4206	4206	4206

Lesebeispiel: Von den Befragten, die im Oktober an den eidgenössischen Wahlen teilnahmen, gaben im Juni/Juli 2023 30% das Thema „Umwelt & Energie“ als wichtigstes politisches Problem an, in der zweiten Befragung im September/Oktober waren es noch 27% und in der dritten Befragung nach den Wahlen im Oktober noch 21%. Gewichtete Resultate. Themenbereiche mit weniger als 2% aller Nennungen sind in der Kategorie „Andere Probleme / weiss nicht“ zusammengefasst.

Im Gegensatz dazu rückte die Migrations- und Asylpolitik während der Wahlkampagne stärker ins Problembewusstsein der Wählenden. In der ersten Befragung lag diese Thematik mit 16 Prozent der Nennungen noch mit deutlichem Abstand hinter Umwelt- und Energiefragen. Nach einem leichten Anstieg zwischen der ersten und zweiten Welle wurde dieser Problembereich mit 27 Prozent der Nennungen in der dritten Welle zur Hauptsorge der Wählerinnen und Wähler. Auch andere Bereiche haben im Laufe des Wahlkampfes an Bedeutung gewonnen. Wirtschaftsthemen, die auch Fragen der Kaufkraft und Inflation enthalten, verzeichneten im September 2023 einen deutlichen Anstieg. Dasselbe gilt für Anliegen im Zusammenhang mit steigenden Krankenversicherungsprämien und Gesundheitskosten (Bereich „Gesundheitswesen“). Zwischen Juni und Oktober 2023 verdreifachte sich die wahrgenommene Wichtigkeit dieser Thematik, was zu guten Teilen auf die angekündigte Erhöhung der Krankenversicherungsprämien für das folgende Jahr zusammenhängen dürfte. Andere Problembereiche haben zwischen Sommer und Herbst 2023 hingegen an Stellenwert verloren, darunter die Bereiche „soziale Sicherheit“, „internationale Beziehungen & Armee“ sowie Fragen im Zusammenhang mit der Europäischen Union und dem politischen System. Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn alle Befragten anstatt nur die Wählenden in die Analyse einbezogen werden.

Tabelle 11 Entwicklung der drei wichtigsten Probleme der Wählerschaften der sechs grössten Parteien (in %)

SVP	FDP	Die Mitte	GLP	SP	GPS
<i>Juni/Juli 2023</i>					
Einwanderung & Asyl (38%)	Umwelt & Energie (25%)	Umwelt & Energie (28%)	Umwelt & Energie (43%)	Umwelt & Energie (43%)	Umwelt & Energie (61%)
Int. Bezieh. & Armee (13%)	Soz. Sicherheit (15%)	Int. Bezieh. & Armee (12%)	EU, Europa (12%)	Soz. Sicherheit (14%)	Politisches System (11%)
Umwelt & Energie (12%)	Einwanderung & Asyl (14%)	UE / Europe (12%)	Int. Bezieh. & Armee (9%)	Politisches System (8%)	Soz. Sicherheit (6%)
<i>Oktober/November 2023</i>					
Einwanderung & Asyl (58%)	Einwanderung & Asyl (25%)	Einwanderung & Asyl (20%)	Umwelt & Energie (37%)	Umwelt & Energie (29%)	Umwelt & Energie (66%)
Soz. Sicherheit (9%)	Gesundheitswesen (14%)	Gesundheitswesen (18%)	Einwanderung & Asyl (12%)	Gesundheitswesen (13%)	Politisches System (9%)
Gesundheitswesen (8%)	Umwelt & Energie (12%)	Umwelt & Energie (17%)	Gesundheitswesen (11%)	Wirtschaft (12%)	Gesundheitswesen (5%)

Lesebeispiel: 38% der Personen, die bei den eidgenössischen Wahlen im Oktober die SVP gewählt haben, gaben im Juni/Juli 2023 an, das Thema „Einwanderung & Asyl“ für das wichtigste politische Problem zu halten. In der dritten Befragung nach den Wahlen waren es 58%. Gewichtete Resultate. N Total (für W1 und W3)=4175; SVP=868; FDP=543; Die Mitte=637; PVL=416; SP=999; GPS=437; Übrige=275. Es werden die drei wichtigsten Probleme gezeigt. Die Kategorie „Politisches System, Parteien & Politiker/innen“ ist in der Tabelle unter dem Kurznamen „Politisches System“ aufgeführt. Die Kategorie „Soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat“ erscheint unter dem Kurznamen „Soziale Sicherheit“.

Zwischen den Parteiwählerschaften zeigen sich deutliche Unterschiede. Tabelle 11 zeigt die Entwicklung der drei wichtigsten Problembereiche nach Parteiwählerschaft zwischen der ersten und dritten Panelbefragung. Der Bereich „Umwelt & Energie“ hat bei allen Parteien an Bedeutung verloren, ausser bei der Wählerschaft der Grünen, bei der die Thematik sogar etwas an Bedeutung gewonnen hat (von 61% auf 66%). Trotz dieses allgemeinen Rückgangs behielten Umwelt- und Energiefragen einen Spitzenplatz im Problembewusstsein der Wählerschaften der GLP (37%) und der SP (29%), ganz zu schweigen von den Wählenden der Grünen.

Migrations- und Asylfragen waren bereits im Sommer 2023 eine zentrale Sorge der Wählerschaft der SVP (38% der Nennungen) und haben während des Wahlkampfes zusätzlich an Bedeutung gewonnen (58% der Nennungen im Herbst). Dieses Thema hat sich im Verlaufe des Wahlkampfes auch als das wichtigste Problem für die Wählerschaften von FDP und Die Mitte etabliert. Darüber hinaus ist für alle Parteiwählerschaften das Gesundheitswesen während des Wahlkampfes zum zweit- oder dritt wichtigsten Problem aufgestiegen. Der Bereich Wirtschaft, geprägt durch Inflationsängste, rückte bei der Anhängerschaft der SP im Herbst zu den drei wichtigsten Probleme vor.

Ging das gestiegene Problembewusstsein Bezug auf die Themen Einwanderung und Asyl, Gesundheitswesen und Wirtschaft mit veränderten Kompetenzzuschreibungen an die Parteien in diesen Bereichen einher? Da die Parteien ihren Wahlkampf auf bestimmte Themen ausrichten, kann man davon ausgehen, dass dies auch die Wahrnehmungen der Wählerinnen und Wähler beeinflusst hat. Die Panelbefragung enthält Fragen dazu, welche Partei in verschiedenen politischen Bereichen als am kompetentesten erachtet wird. In Tabelle 12 ist die Entwicklung der Wahrnehmungen in vier Bereichen zwischen Juni und Oktober 2023 dargestellt.

Tabelle 12 Als kompetenteste wahrgenommene Partei in verschiedenen Themenbereichen im Zeitverlauf (in %, nur Wählende)

	Migration		Gesundheit		Sozialpolitik		Wirtschaft	
	Juni/Juli	Okt./Nov.	Juni/Juli	Okt./Nov.	Juni/Juli	Okt./Nov.	Juni/Juli	Okt./Nov.
SVP	24	33	6	8	6	7	13	15
FDP	7	6	9	9	5	5	49	50
Die Mitte	12	14	25	29	15	18	7	9
GLP	3	3	2	2	2	2	5	6
SP	29	29	31	33	54	58	7	9
GPS	2	2	1	1	1	1	1	1
Übrige	1	1	1	1	1	2	1	1
Weiss nicht	22	12	26	15	15	7	18	9
Total	100	100	100	100	100	100	100	100
N	4'288	4'288	4'276	4'276	4'327	4'327	4'336	4'336

Lesebeispiel: In der ersten Befragung im Juni/Juli gaben 24% der Wahlteilnehmenden an, die SVP sei die kompetenteste Partei in der Migrationspolitik, 7% nannten die FDP, 12% Die Mitte, usw. Gewichtete Resultate.

Während des Wahlkampfs hat sich die Wahrnehmung der SVP als kompetenteste Partei in Bezug auf die Migrationsthematik deutlich verstärkt. In der ersten Panelbefragung im Juni/Juli betrachteten 24 Prozent aller Wählenden die SVP als die kompetenteste Partei in diesem Bereich. Dieser Wert stieg in der dritten Befragung im Oktober/November 2023 auf 33 Prozent. Auf aggregierter Ebene erklärt sich dieser Anstieg vor allem durch den Rückgang des Anteils der Befragten, die nicht wussten, welche Partei sie bei dieser Frage nennen sollten. Im Bereich der Gesundheitspolitik wird die SP von den Wählenden als die kompetenteste Partei wahrgenommen, knapp vor der Mitte. Während die SP ihren Ruf als kompetenteste Partei in der Gesundheitspolitik im Wahlkampf nur leicht ausbauen konnte (von 31% auf 33%), verzeichnete Die Mitte einen stärkeren Anstieg (von 25% auf 29% der Nennungen zwischen der ersten und der dritten Panelbefragung). Auch für diesen Bereich ist der Anteil der Personen, die nicht wussten, welche Partei sie nennen sollten, im Verlauf des Wahlkampfs deutlich gesunken. Im Bereich der Sozialpolitik gilt die SP als die mit Abstand kompetenteste Partei. Diese Kompetenzzuschreibungen nahmen über die Zeit sogar noch etwas zu, ebenso bei der Mitte. Die FDP, die traditionell als die Wirtschaftspartei gilt, konnte ihren Ruf als kompetenteste Partei in Wirtschaftsfragen zwischen Sommer und Herbst 2023 nur geringfügig ausbauen (von 49 auf 50 %). Auch in diesem Themenbereich war der Anteil der Personen, die mit „weiss nicht“ antworteten, zwischen der ersten und dritten Panelbefragung klar rückläufig. Dieses Ergebnis lässt den Schluss zu, dass der Wahlkampf zur Sichtbarkeit der Themenschwerpunkte der Parteien und zur Meinungsbildung der Wählenden beiträgt.

5 Die politische Repräsentation

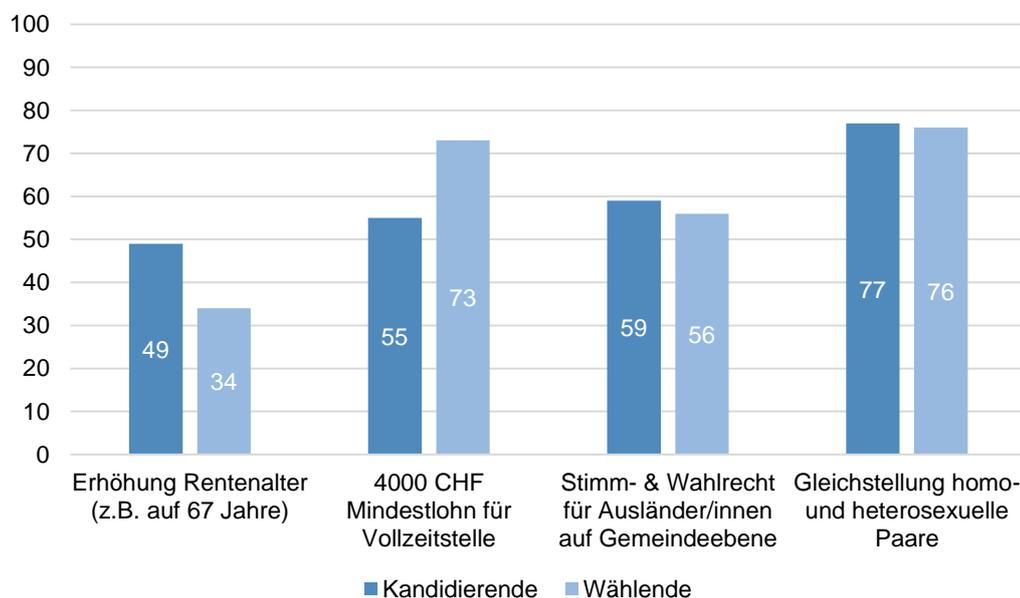
Im Rahmen von Selects wurden nicht nur Bürgerinnen und Bürger, sondern auch Kandidierende für den National- und Ständerat befragt. Seit 2007 wird in der Schweiz nach jeder eidgenössischen Wahl eine sogenannte Kandidierendenbefragung durchgeführt. Diese erlaubt Rückschlüsse auf (politische) Werdegänge von Personen, die sich zur Wahl stellen, deren Kampagnenaktivitäten (siehe Kapitel 4.2) sowie Einstellungen zu verschiedenen Sachfragen. Der Vergleich zwischen Antworten aus der Wahlbevölkerung mit denjenigen von Kandidatinnen und Kandidaten zu denselben Sachfragen ermöglicht Aussagen darüber, wie gut die politischen Eliten die Wählenden insgesamt vertreten. Darüber hinaus kann für einzelne Parteien aufgezeigt werden, wie nahe sich ihre Kandidierenden und ihre jeweiligen Wählerschaften stehen. Dieses Kapitel befasst sich somit im Folgenden mit der Frage der politischen Repräsentation der Wählenden durch die Kandidierenden.

5.1 Einstellungen zu politischen Sachfragen

Den Wählenden und Kandidierenden wurden in der jeweiligen Nachwahlbefragung verschiedene gleichlautende Fragen gestellt. Die folgenden Analysen zeigen die Einstellungen zu vier wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Sachfragen auf:

- Erhöhung des Rentenalters (z.B. auf 67 Jahre);
- Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von CHF 4000 für eine Vollzeitstelle;
- Erteilung des Stimm- und Wahlrechts auf Gemeindeebene für Ausländer/innen, die seit mindestens 10 Jahren in der Schweiz leben;
- Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare mit heterosexuellen Paaren in allen Bereichen.

Grafik 26 Zustimmung der Kandidierenden und Wählenden zu politischen Sachfragen, 2023 (in %)



Lesebeispiel: 49% der Kandidierenden befürworten eine Erhöhung des Rentenalters (z.B. auf 67 Jahre), während 34% der Wählenden dieser Forderung zustimmen. Gewichtete Resultate. N: Kandidierende=2426-2438; Wählende=3221-3245.

Auf aggregierter Ebene zeigt sich zunächst, dass jeweils sowohl eine Mehrheit der Kandidierenden als auch eine Mehrheit der Wählenden entweder für oder gegen die vier verschiedenen Anliegen sind (vgl. Grafik 26). Im Allgemeinen sprechen sich sowohl die Eliten als auch die Wahlteilnehmenden mehrheitlich gegen eine Erhöhung des Rentenalters aus. Während es unter den Kandidierenden aber nur etwas mehr als die Hälfte (51%) sind, äussern sich zwei Drittel der Wählenden gegen eine Rentenaltererhöhung (Differenz von 15 Prozentpunkten).⁴ Etwas grösser ist der Unterschied zwischen Wählenden und Kandidierenden (18 Prozentpunkte) bei der Unterstützung der Forderung, wonach für Arbeitnehmende ein Mindestlohn von 4000 Franken pro Monat für eine Vollzeitstelle einzuführen sei. Eine – wenn auch nicht überwältigende – Mehrheit der Kandidierenden (55%) spricht sich für diese Forderung aus, während sie bei drei von vier Wählenden (73%) auf Zustimmung stösst. Kandidierende sind der Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Ausländer/innen gegenüber tendenziell etwas positiver eingestellt als die Wählenden; mit 59 respektive 56 Prozent finden sich aber in beiden Gruppen komfortable Mehrheiten für dieses gesellschaftspolitische Anliegen. Überaus grossen Zuspruch erhält die Forderung, wonach gleichgeschlechtliche Paare den heterosexuellen Paaren in sämtlichen Lebensbereichen gleichgestellt werden sollen: Mehr als drei Viertel aller Kandidierenden und Wählenden stimmen diesem Anliegen zu.

5.2 Kandidierende und ihre Parteiwählerschaften im Vergleich

Eine funktionierende repräsentative Demokratie zeichnet sich dadurch aus, dass die Gewählten die Positionen ihrer Wählerschaften in wichtigen Sachfragen teilen und diese im Entscheidungsprozess vertreten. Auch wenn im direktdemokratischen System der Schweiz wichtige politische Sachfragen direkt durch die Stimmberechtigten an der Urne entschieden werden, hat eine (gute) politische Repräsentation durch Wahlen auch hierzulande eine wichtige Funktion. So werden weitaus die meisten politischen Entscheidungen durch die Parteien und ihre Vertreter/innen im parlamentarischen Prozess vorbereitet und getroffen, ohne dass sich das Volk in einer Abstimmung dazu äussert. Der Fokus liegt daher im Folgenden auf der Übereinstimmung zwischen den Kandidierenden, also den Anwärterinnen und Anwärtern auf ein Parlamentsmandat, und ihren jeweiligen Parteiwählerschaften.

Die Tabelle 13 zeigt die Antworten der Kandidierenden und der Wählerschaften der sechs grössten Schweizer Parteien. Die Werte in der ersten und zweiten Kolonne beziehen sich auf den Anteil der Kandidierenden bzw. Wählenden, die auf die verschiedenen Sachfragen mit „ja“ oder „eher ja“ geantwortet haben. In der dritten Kolonne ist die Differenz zwischen Kandidierenden und Wählenden aufgeführt. Positive Werte bedeuten, dass die Kandidierenden den Forderungen stärker zustimmen als die Wählenden, negative Werte widerspiegeln umgekehrt eine stärkere Befürwortung unter den Wählenden.

Bei der SVP tritt gleich bei drei der vier untersuchten Sachfragen eine Diskrepanz zwischen Kandidierenden und Wählenden zutage. Eine deutliche Mehrheit von zwei Dritteln aller SVP-Kandidierenden unterstützt ein höheres Rentenalter. Diesem Ansinnen stimmen aber nur 30 Prozent der SVP-Wählerschaft zu.⁵ Die weitaus grösste Differenz zwischen Wählenden und Kandidierenden zeigt sich in der SVP hinsichtlich der Frage, ob Arbeitnehmende 4000 CHF Mindestlohn erhalten sollen: Erstere sind mehrheitlich dafür (60% Zustimmung), letztere klar dagegen (nur 12% Zustimmung). Auch bei der Frage nach der Gleichstellung hetero- und homosexueller Paare in allen Bereichen gehen die Mehrheitshaltungen von SVP-Kandidierenden und -Wählenden auseinander, wenn auch – in Prozentpunkten gesprochen – weniger stark als bei den ersten beiden Sachfragen. Unter den Kandidierenden wird die Gleichstellungsforderung knapp mehrheitlich abgelehnt (46% Zustimmung), während die SVP-Wählenden dem Anliegen deutlich positiver gegenüberstehen (58% Zustimmung). Dieselben Mehrheitsverhältnisse zwischen Kandidierenden und

⁴ Die gleiche Frage wurde Wählenden und Kandidierenden bereits in der Selects-Nachwahlbefragung 2019 gestellt. Interessanterweise hat sich zwischen 2019 und 2023 fast gar nichts bewegt: Damals sprachen sich 48 Prozent der Kandidierenden und 34 Prozent der Wählenden für eine Rentenaltererhöhung aus.

⁵ 2019 waren 63 Prozent der SVP-Kandidierenden und 28 Prozent der -Wählenden für eine Rentenaltererhöhung.

Wählenden existieren in Bezug auf die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Ausländer/innen auf Gemeindeebene: Beide Gruppen lehnen das Anliegen deutlich ab. Während nur 12 Prozent der SVP-Kandidierenden sich für dieses Anliegen erwärmen können, ist es in ihrer Wählerschaft jede/r Vierte.

Auch bei der FDP klaffen die Mehrheitsmeinungen zwischen Basis und Elite bei drei der vier Sachfragen auseinander. Grosse Differenzen zwischen Kandidierenden und Wählenden sind insbesondere bei der Frage des Rentenalters und Mindestlohnes zu beobachten. Eine überwältigende Mehrheit von 91 Prozent der FDP-Kandidierenden spricht sich für ein höheres Rentenalter aus. Im FDP-Elektorat stösst diese Forderung hingegen auf eine knappe Ablehnung (49% Zustimmung).⁶ Derweil sind 57 Prozent der FDP-Wählenden, aber nur 17 Prozent der Kandidierenden für die Einführung eines Mindestlohnes von 4000 Franken. Bezüglich der Frage nach dem Stimm- und Wahlrecht für Ausländer/innen auf Gemeindeebene zeigen sich ebenfalls divergierende Mehrheitsverhältnisse zwischen Parteilite und Basis, jedoch sind die Unterschiede in Prozentpunkten weniger ausgeprägt: eine knappe Mehrheit der FDP-Wählenden (51%) ist dafür, zwei Drittel der Kandidierenden dagegen. Die Forderung, dass gleichgeschlechtliche Paare heterosexuellen Paaren in allen Belangen gleichgestellt werden sollen, trifft in der FDP sowohl bei Kandidierenden als auch Wählenden auf grosse Mehrheiten (84% bzw. 81%).

Tabelle 13 Zustimmung der Kandidierenden und Wählenden zu politischen Sachfragen, 2023 (in %)

	SVP			FDP			Die Mitte		
	Kand.	Wähl.	Diff.	Kand.	Wähl.	Diff.	Kand.	Wähl.	Diff.
Erhöhung Rentenalter (z.B. auf 67 Jahre)	66	30	36	91	49	42	53	36	17
4000 CHF Mindestlohn für Vollzeitstelle	12	60	-48	17	57	-40	49	74	-25
Stimm- & Wahlrecht für Ausländer/innen auf Gemeindeebene	12	25	-13	34	51	-17	45	56	-11
Gleichstellung homo- und heterosexuelle Paare	46	58	-12	84	81	3	83	81	2
<i>N</i>	185- 189	758- 768		260- 263	516- 518		479- 482	520- 522	

	GLP			SP			GPS		
	Kand.	Wähl.	Diff.	Kand.	Wähl.	Diff.	Kand.	Wähl.	Diff.
Erhöhung Rentenalter (z.B. auf 67 Jahre)	75	58	17	5	23	-18	13	29	-16
4000 CHF Mindestlohn für Vollzeitstelle	47	72	-25	98	91	7	95	93	2
Stimm- & Wahlrecht für Ausländer/innen auf Gemeindeebene	81	76	5	98	83	15	96	88	8
Gleichstellung homo- und heterosexuelle Paare	97	94	3	99	91	8	99	96	3
<i>N</i>	373- 375	199- 200		340- 342	613- 617		331- 334	229- 231	

Lesebeispiel: Bei der SVP sagten 66% der Kandidierenden „ja“ oder „eher ja“ zu einer Erhöhung des Rentenalters (z.B. auf 67 Jahre). Bei den SVP-Wählenden waren es 30%. Gewichtete Resultate.

Bei der Mitte gibt es ebenfalls bei drei der vier analysierten Sachfragen divergierende Mehrheitsverhältnisse zwischen Kandidierenden und Wählenden. In Prozentpunkten ausgedrückt sind die Differenzen zwischen den beiden Gruppen allerdings wesentlich kleiner als

⁶ Einer Rentenerhöhung stimmten 2019 ebenfalls 91 Prozent aller FDP-Kandidierenden und etwas weniger als 2023, nämlich 46 Prozent der FDP-Wählerschaft zu.

bei der SVP und FDP. Mit 25 Prozentpunkten Unterschied spaltet die Frage des Mindestlohnes Mitte-Kandidierende und -Wählende am stärksten. So lehnt eine knappe Mehrheit der Mitte-Kandidierenden den schweizweiten Mindestlohn von 4000 Franken für eine Vollzeitstelle ab (49% Zustimmung), während fast drei von vier Mitte-Wählenden diesem Anliegen zustimmen (74%). Die zweitgrösste Differenz ist in der Rentenalterfrage auszumachen. Eine knappe Mehrheit der Mitte-Kandidierenden (53%) unterstützt eine Rentenaltererhöhung. Fast zwei Drittel der Mitte-Wählenden lehnen eine solche hingegen ab (36% Zustimmung).⁷ Gehen beim Stimm- und Wahlrecht für Ausländer/innen die Mehrheitsmeinungen zwischen Mitte-Kandidierenden und -Wählenden noch auseinander, unterstützen dagegen – ähnlich wie bei der FDP – beide Gruppen die Gleichstellung von homo- und heterosexuellen Paaren grossmehrheitlich.

Bei der GLP ergeben sich bei der Analyse der vier Sachfragen nur einmal unterschiedliche Mehrheitsverhältnisse zwischen Kandidierenden und Wählenden. Dieser Fall tritt bezüglich der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes ein. Während die GLP-Elite diese knapp mehrheitlich ablehnt (47% Zustimmung), spricht sich die GLP-Basis deutlich für den Mindestlohn aus (72%). In Prozentpunkten ausgedrückt verursacht diese Sachfrage zudem die grösste Diskrepanz zwischen GLP-Basis und -Elite, nämlich eine Zustimmungsdifferenz von 25 Prozentpunkten. Bei den übrigen drei Sachfragen fällt auf, dass die Mehrheit der GLP-Wählenden mit der Mehrheit der GLP-Kandidierenden übereinstimmen. Drei Viertel aller Kandidierenden befürworten beispielsweise eine Erhöhung des Rentenalters. Unter den GLP-Wählenden sind es zwar etwas weniger, aber mit 58 Prozent dennoch ebenfalls eine deutliche Mehrheit.⁸

Bei der SP und den Grünen ist die Übereinstimmung zwischen Wählenden und Kandidierenden bezüglich der vier untersuchten Sachfragen relativ gross; es gibt jeweils keine unterschiedlichen Mehrheitsverhältnisse in den beiden Gruppen. Auffällig ist jedoch die weniger klare Positionierung der Wählerschaft zur Rentenaltererhöhung. Während sowohl die Kandidierenden als auch die Wählenden zwar mehrheitlich dagegen sind, verwerfen die Kandidierenden von SP und GPS die Anhebung des Rentenalters viel deutlicher als ihre jeweiligen Wählerschaften (5 vs. 23% Zustimmung bei der SP; 13 vs. 29% Zustimmung bei den Grünen). Diese Sachfrage führt auch zur grössten prozentualen Abweichung zwischen Basis und Elite der beiden Linksparteien.⁹ Fast alle befragten Kandidierenden und Wählenden von SP und Grünen sind für die Einführung eines schweizweiten Mindestlohnes von 4000 Franken und für die Gleichstellung von homo- und heterosexuellen Paaren. Bei diesen zwei Fragen ist die Elite-Basis-Differenz minim. Geringfügig grösser ist diese Differenz beim Stimm- und Wahlrecht für Ausländer/innen, wobei aber auch hier unter Kandidierenden und Wählenden der beiden Linksparteien jeweils überdeutliche Mehrheiten dafür sind.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in Bezug auf die vier untersuchten Sachfragen die Unterschiede zwischen Kandidierenden und Wählenden rechts tendenziell grösser sind als links. Unter den bürgerlichen Parteien inklusive GLP ist der Elite-Basis-Konflikt bei der Frage des Mindestlohnes gefolgt vom Rentenalter am grössten. Die Einstellungen der Kandidierenden und Wählenden driften in diesen Parteien auseinander: Die Kandidierenden lehnen den Mindestlohn mehrheitlich ab und sprechen sich für eine Rentenaltererhöhung aus, während jeweils eine Mehrheit ihrer Elektorate gegenteiliger Meinung ist (ausser bei der Rentenalterfrage, wo innerhalb der GLP gleiche Mehrheitsverhältnisse herrschen). Die Rentenalterfrage führt auch auf der linken Seite, innerhalb der SP und Grünen, zur

⁷ Im Vergleich zu 2019 haben sich die Mehrheitsverhältnisse unter den Kandidierenden hier geändert: Damals unterstützte nur eine knappe Minderheit (47%) der CVP-Kandidierenden eine Erhöhung des Rentenalters, während sich in der CVP-Wählerschaft 40 Prozent dafür aussprachen.

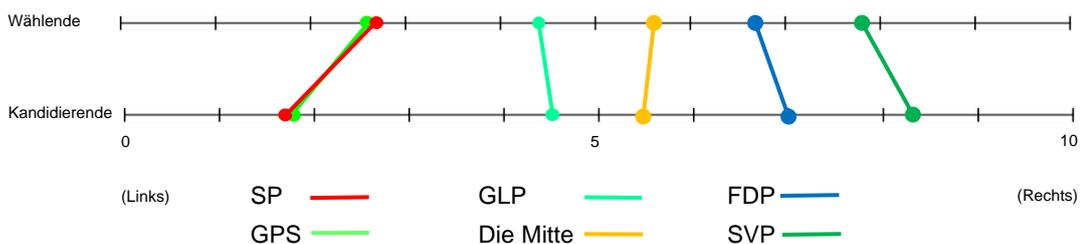
⁸ 2019 waren die beiden Gruppen noch nicht der gleichen (Mehrheits-)Meinung: 93 Prozent aller GLP-Kandidierenden stimmten damals einem höheren Rentenalter zu, während es im GLP-Elektorat von einer knappen Mehrheit (49% Zustimmung) verworfen wurde. In den letzten vier Jahren haben sich die Meinungen der GLP-Basis und -Eliten in dieser Sachfrage folglich stark angeglichen.

⁹ Bei der Frage nach dem Rentenalter war das Muster 2019 in der SP und GPS sehr ähnlich: Damals stimmten 5 Prozent der SP-Kandidierenden und 25 Prozent der -Wählenden sowie 14 Prozent der Grünen-Kandidierenden und 30 Prozent der -Wählenden einer Rentenaltererhöhung zu. Im linken Lager sind die Meinungen in der Rentenalterfrage demnach über die letzten vier Jahre sehr stabil geblieben.

grössten Diskrepanz zwischen Basis und Elite, aber mit umgekehrten Vorzeichen: SP- und Grüne-Wählende sind einer Rentenaltererhöhung gegenüber nämlich etwas offener eingestellt als die Partieliten. Überdies zeigt sich, dass bei den beiden Linksparteien die Mehrheitsverhältnisse zwischen Kandidierenden und Wählenden in allen vier untersuchten Sachfragen gleich sind.

Im Rahmen von Selects wurden nicht nur die Einstellungen der Kandidierenden und Wählenden zu ausgewählten politischen Sachfragen erhoben, sondern auch ihre Positionierung auf der Links-Rechts-Achse. Die Grafik 27 gibt den Mittelwert der Kandidierenden sowie der Wählenden der sechs grössten Parteien auf der Links-Rechts-Achse wieder.

Grafik 27 Positionierung der Kandidierenden und der Wählerschaft auf der Links-Rechts-Achse, 2023



(Mittelwerte aller Kandidierenden bzw. Wählenden jeder Partei; N und Werte siehe Tabelle 14).

Bei den beiden linken Parteien SP und GPS positionieren sich die Kandidierenden deutlich weiter links als ihre Wählerschaften. Während sich die Grüne-Wählerschaft auf der Links-Rechts-Skala von 0 („links“) bis 10 („rechts“) bei durchschnittlich 2.6 und die SP-Wählerschaft bei 2.7 verorten, schätzen sich die Grünen-Kandidierenden im Durchschnitt bei 1.8 und die SP-Kandidierenden bei 1.7 ein. Bei der GLP, gibt es hingegen fast keine Abweichung zwischen den Wählenden und Kandidierenden: erstere stufen sich im Durchschnitt bei 4.4 und damit geringfügig linker ein als letztere (4.5). Genau gleich nah an der arithmetischen Mitte wie die GLP-Kandidierenden und -Wählenden – aber auf der anderen (rechten) Seite – verorten sich Mitte-Kandidierende und -Wählende. Erstere stufen sich im Schnitt bei 5.5 ein, während sich Mitte-Wählende bei 5.6 und damit geringfügig rechter als die Partieliten verorten. Bei den beiden bürgerlichen Parteien FDP und SVP stehen die Kandidierenden etwas weiter rechts als ihre Wählenden (bei durchschnittlich 7.0 bzw. 8.3). Die FDP-Wählenden verorten sich bei 6.7, während sich die SVP-Wählenden bei 7.8 positionieren. Im Unterschied zu den im ersten Teil erörterten vier politischen Sachfragen, bei denen die Unterschiede zwischen Elite und Basis rechts grösser sind als links, zeigt sich bei der Analyse der Links-Rechts-Positionierung ein gegenteiliges Bild: Die Abweichungen in der Selbstpositionierung zwischen Kandidierenden und Wählenden sind links wesentlich grösser als bei den bürgerlichen Parteien inklusive GLP. Am grössten ist die Differenz zwischen der Selbstpositionierung der Partielite und -basis bei der bei der SP mit 1.0 Punkten.

Die befragten Wählenden wurden auch dazu aufgefordert, ihre gewählte Partei auf der Links-Rechts-Achse zu positionieren. Umgekehrt wurden die Kandidierenden gebeten, ihre Parteiwählerschaft auf dieser Achse zu verorten. In der Tabelle 14 sind die Mittelwerte der Selbstpositionierung der Kandidierenden und der Wählenden (vgl. auch Grafik 27) abgebildet. Ausserdem wird in der Tabelle dargestellt, wie die Wählenden die Kandidierenden im Durchschnitt einordnen und wo die Kandidierenden die Wählenden ihrer Partei positionieren.

Tabelle 14 Positionierung auf der Links-Rechts-Achse gemäss Einschätzung der Wählenden und Kandidierenden, 2023

		SVP	FDP	Die Mitte	GLP	SP	GPS
Wählende	Selbstpositionierung	7.8	6.7	5.6	4.4	2.7	2.6
	Positionierung der eigenen Partei	8.9	7.1	5.5	4.3	1.7	1.9
<i>N</i>		704- 737	494- 503	504- 508	195- 196	606- 607	225- 226
		SVP	FDP	Die Mitte	GLP	SP	GPS
Kandidierende	Selbstpositionierung	8.3	7.0	5.5	4.5	1.7	1.8
	Positionierung der eigenen Wählerschaft	8.4	7.1	5.6	4.6	2.4	2.3
<i>N</i>		182- 183	259- 261	472- 476	367- 368	339- 340	326- 328

Lesebeispiel: Auf der politische Links-Rechts-Achse, welche von 0 „links“ bis 10 „rechts“ reicht, positionieren sich die Wählenden der SVP im Durchschnitt bei 7.8. Ihre eigene Partei verorten die SVP-Wählenden im Durchschnitt bei 8.9. Gewichtete Resultate.

Betrachtet man zunächst die Einschätzungen der Wählenden, so zeigen sich bei der FDP, der Mitte und der GLP relativ grosse Übereinstimmungen zwischen der Selbstpositionierung der Wählenden und der wahrgenommenen Positionierung der eigenen Partei. Die FDP-Wählenden positionieren ihre Partei im Durchschnitt etwas weiter rechts (bei 7.1) als sich selbst (6.7), während die Elektorate von der Mitte und der GLP ihre eigene Partei jeweils geringfügig weiter links (bei 5.5 bzw. 4.3) als sich selbst (5.6 bzw. 4.4) verorten. Die Wählenden der SP und der GPS positionieren sich nahezu an gleicher Stelle (bei 2.7 bzw. 2.6) und beide Elektorate verorten ihre jeweilige Partei viel stärker links als sich selbst, wobei der Unterschied bei der SP grösser ist (1.0 Punkte) als bei der GPS (0.7 Punkte). Eine grosse Diskrepanz zwischen Selbstpositionierung der Wählenden und der eigenen Partei kann auch auf der gegenüberliegenden Seite des politischen Spektrums beobachtet werden, wo die SVP-Wählerschaft ihre Partei durchschnittlich viel weiter rechts verortet (bei 8.9) als sich selbst (7.8).

Bei den Kandidierenden fällt auf, dass sie ihre Wählerschaft sehr ähnlich einstufen wie sich selbst. Nur bei den linken Parteien sehen die Kandidierenden ihre Wählerschaften nicht ganz so weit links wie sich selbst. Bei der SP findet sich die grösste Diskrepanz zwischen der Selbstpositionierung der Kandidierenden und der eigenen Wählerschaft: so verorten sich die Kandidierenden im Durchschnitt bei 1.7, ihr eigenes Elektorat aber bei 2.4. Umgekehrt neigen die Kandidierenden der bürgerlichen Parteien inklusive GLP eher dazu, ihre Wählenden etwas weiter rechts als sich selbst einzuschätzen, wobei die Unterschiede zwischen Selbsteinschätzung und Positionierung der eigenen Wählerschaft aber äusserst gering sind (jeweils 0.1 Punkte).

6 Anhang

6.1 Die Schweizer Wahlstudie Selects

Selects ist ein seit 1995 bestehendes Wahlforschungsprojekt, das von mehreren politikwissenschaftlichen Instituten an Schweizer Universitäten getragen wird und seit 2008 bei FORS in Lausanne angegliedert ist. Mit Selects ist es der Wahlforschung in der Schweiz seit 1995 gelungen, sowohl eine hohe Kontinuität zu wahren als auch immer wieder neue, innovative Fragestellungen einzubeziehen sowie die Schweizer Wahlforschung national und international zu vernetzen.

Diese Vernetzung ist unter anderem durch die Beteiligung an international vergleichenden Studien sichergestellt. Zum einen ist das die „Comparative Study of Electoral Systems“ (CSES), an der sich die Schweiz seit 1999 beteiligt. CSES entwickelt gemeinsame Fragebogen-Module, die in nationale Nachwahlbefragungen von Wählerinnen und Wählern aufgenommen werden. Zum anderen ist Selects seit 2007 auch am „Comparative Candidate Survey“ (CCS) beteiligt. CCS entwickelt Fragebogen zur Erhebung von Karriereverläufen, politischen Einstellungen und Wahlkampfaktivitäten von Kandidierenden.

Die Auswahl neuer innovativer Fragestellungen erfolgt bei Selects in einem strukturierten Prozess. Forschende aus dem In- und Ausland hatten anfangs 2022 die Möglichkeit, Vorschläge für neue Fragen/Module einzureichen. Zehn von 14 eingereichten Vorschlägen wurden nach einem Gutachterverfahren durch international renommierte Wahlforschende von der Selects-Kommission ausgewählt und ganz oder teilweise in eine oder mehrere Erhebungen integriert.

Selects 2023 wurde zum grössten Teil vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) gefördert (Forschungsinfrastruktur-Nr. 198472). Zusätzliche finanzielle Unterstützung kam aus den Kantonen Genf und Tessin für die Aufstockung der Stichprobe in diesen Kantonen, welche vertiefte kantonale Analysen ermöglicht.

Die wissenschaftliche Verantwortung für Selects liegt bei der Selects-Kommission, die zwischen 2020 und 2023 von Isabelle Stadelmann-Steffen (Universität Bern) präsiert wurde. Des Weiteren hatten Romain Lachat (SciencesPo Paris), Nathalie Giger (Universität Genf), Silja Häusermann (Universität Zürich), Georg Lutz (FORS / Universität Lausanne), Lionel Marquis (Universität Lausanne), Denise Traber (Universität Basel), Thomas de Rocchi (Kanton St. Gallen), Pascal Sciarini (Universität Genf), Madeleine Schneider (Bundesamt für Statistik) und Alexander H. Trechsel (Universität Luzern) in der Kommission Einsitz. Die Planung und operative Verantwortung der Schweizer Wahlstudie Selects obliegt bei FORS der Gruppe „Politische Umfragen“ unter der Leitung von Anke Tresch. Die Befragungen der Wahlberechtigten wurden intern bei FORS von der Gruppe „Datenerhebung und Analyse“ (DCA) unter der Leitung von Nicolas Pekari durchgeführt. Max Felder und Roxane Mordasini haben die Feldarbeit und Datenerfassung verantwortet. Die Kandidierendenbefragung wurde von Nicolas Pekari und Anna Meisser von DCA programmiert und von Politools mit der Unterstützung der Universität Bern durchgeführt. Weitere Information zur Schweizer Wahlstudie Selects sind unter www.selects.ch verfügbar.

6.2 Zur Interpretation der Ergebnisse

Auch sogenannte „repräsentative“ Umfragen können die Wirklichkeit nicht spiegelbildlich wiedergeben. Vielmehr sind alle Umfragen mit Unsicherheiten behaftet. Zwar entstammen die Ausgangsadressen einer Zufallsstichprobe, die statistisch kontrollierbare Rückschlüsse auf die Gesamtbevölkerung zulassen. Allerdings unterliegen die Antworten der zufällig ausgewählten Personen einem Stichprobenfehler und von den zufällig ausgewählten Stichprobenmitgliedern können nicht alle befragt werden, weil sie entweder nicht erreichbar sind oder nicht an der Befragung teilnehmen wollen. Damit sind die Befragten nicht zwingend repräsentativ für alle Wahlberechtigten. So gaben in unserer Nachwahlbefragung z.B. 67 Prozent an, gewählt zu haben, während es in der Realität lediglich 47 Prozent waren. Diese

Verzerrungen in der Beteiligung sowie Verzerrungen im Parteientscheid wurden durch Gewichte ausgeglichen (vgl. Abschnitt 6.4 Gewichtungen). Aufgrund dieser Fehlerquellen ist bei der Analyse und Interpretation von Umfrageergebnissen eine grosse Vorsicht geboten.

Es werden verschiedene Kriterien verwendet, um möglichst nur gesicherte Ergebnisse zu interpretieren. In erster Linie müssen Unterschiede statistisch signifikant bzw. überzufällig sein, damit sie als Unterschiede interpretiert werden können. Bei Zeitreihen über mehrere Befragungen muss zudem ein nachvollziehbarer Trend erkennbar sein.

Allerdings ist auch bei signifikanten Unterschieden zwischen zwei Merkmalsausprägungen noch Vorsicht bei der Interpretation angebracht. Ergebnisse liegen innerhalb einer Fehlermarge, welche die Bandbreite angibt, in welcher sich der reale Wert mit hoher Wahrscheinlichkeit bewegt. Dieser ist abhängig von der Anzahl der untersuchten Fälle sowie von der Verteilung der Werte. Je weniger Fälle man untersucht und je mehr sich eine Verteilung in Richtung 50:50 bewegt, desto grösser ist die mögliche Verzerrung. Werden alle 5033 Teilnehmenden an der Nachwahlbefragung in eine Auswertung einbezogen, liegt der Stichprobenfehler mit einer 95%-Wahrscheinlichkeit innerhalb einer Grenze von +/- 1.4 Prozentpunkten bei einer 50:50 Verteilung. Untersucht man nur die Wählerinnen und Wähler der Grünen, von denen 233 befragt wurden, steigt der Stichprobenfehler auf +/- 6.4 Prozentpunkte. Deshalb ist auch die Angabe eines globalen Stichprobenfehlers wenig sinnvoll, da er in Abhängigkeit der einbezogenen Fälle variiert und in der Regel grösser ist als der global ausgewiesene Stichprobenfehler. Da der mögliche Fehler bei unserer Stichprobengrösse von über 5000 Befragten fast immer grösser als ein Prozent ist, verzichten wir auch darauf, Ergebnisse mit Kommastellen anzugeben, um nicht den Eindruck einer Genauigkeit zu wecken, die nicht gegeben ist.

Ein weiteres wichtiges Kriterium zur Sicherung wissenschaftlicher Qualität ist der öffentliche Datenzugang. Es ist nur dann möglich, Ergebnisse zu verifizieren – oder zu falsifizieren – und nachvollziehbar zu machen, wenn der Zugang zu den Rohdaten gewährleistet ist und die Auswertungsmethoden nachvollziehbar beschrieben sind. Diesem Prinzip ist auch Selects verpflichtet. Die ausführlich dokumentierten Daten der Befragung 2023 sowie aller früheren Befragungen sind für Forschung und Lehre auf der Webseite von SWISSUbase verfügbar (<https://swissubase.ch>).

6.3 Die Datenbasis

Im Rahmen von Selects 2023 wurden verschiedene Erhebungen durchgeführt, die im Folgenden dargestellt werden.

6.3.1 Nachwahlbefragung

Im Rahmen der Nachwahlbefragung der Bürgerinnen und Bürger wurden zwischen dem 23. Oktober 2023 und dem 11. Januar 2024 insgesamt 5033 Wahlberechtigte per Online- oder Papierfragebogen befragt. Die Feldarbeit für diese Studie wurde intern bei FORS von der Gruppe „Datenerhebung und Analyse“ durchgeführt.

Die Stichprobe für die Nachwahlbefragung ist kantonal geschichtet, d.h. die Personen wurden nicht zufällig in der ganzen Schweiz, sondern zufällig innerhalb der 26 Kantone gezogen. Für den Stichprobenplan wurden folgende Kriterien herangezogen: Eine Grundstichprobe von rund 2600 Personen war für jeden Kanton so berechnet, dass die Varianz bezüglich Partizipation sowie Parteientscheid möglichst klein wird. In den bevölkerungsärmsten Kantonen wurden die Stichproben in einem zweiten Schritt so aufgestockt, dass mindestens 50 Personen befragt werden konnten. Die Kantone Genf und Tessin sind dank der finanziellen Unterstützung dieser Kantone ebenfalls überrepräsentiert.

Als Stichprobenbasis stand für die Befragung 2023 der Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltsbefragungen (SRPH) des Bundesamtes für Statistik (BFS) zur Verfügung. Als Nebenprodukt der registerbasierten Volkszählung nutzt das BFS die Angaben aus dem harmonisierten Einwohnerregister als Basis für die Stichprobenziehung bei den eigenen Befragungen. Sie wird, gestützt auf Art. 13c, Abs. 2, Ziff. d der [Statistikerhebungsverordnung](#), auch zugänglich gemacht für „regelmässige Forschungsvorhaben, die vom Schweizerischen Nationalfonds finanziert und als Forschungsvorhaben von nationaler Bedeutung“

sind. Diese Kriterien erfüllt Selects. Die vom BFS gelieferten Stichproben beinhalten neben Namen und Adresse auch verschiedene andere Angaben wie Alter, Zivilstand und Geburtsort. Zudem wurden die gleichen Angaben auch für die weiteren Haushaltsmitglieder geliefert.

Nachdem zwischen 1995 und 2011 die Interviews durchwegs telefonisch durchgeführt worden waren, erfolgte 2015 eine Umstellung auf eine mixed-mode Befragung (online/Telefon). 2019 wurde erstmals vollständig auf Telefoninterviews verzichtet. Anstelle wurde die Nachwahlbefragung schriftlich, mittels Online- und Papierfragebogen durchgeführt. Die Kombination von Online- und Papierbefragung hat den Vorteil, dass Interviewer-Effekte ausgeschlossen werden und die Repräsentativität gegenüber von Telefonbefragungen zunimmt. 2023 wurde wiederum eine Kombination aus Online- und Papierfragebogen verwendet. Der finale Datensatz enthält die Antworten von 5033 Wahlberechtigten, wobei 90 Prozent online und die restlichen 10 Prozent mittels Papierfragebogen antworteten. Der Fragebogen stand auf Deutsch, Französisch und Italienisch zur Verfügung.

Für die Befragung erhielten die Stichprobenmitglieder ca. eine Woche vor der Wahl einen Ankündigungsbrief mit Informationen zur Schweizer Wahlstudie Selects. Am Montag nach der Wahl bekamen sie noch einen Einladungsbrief, in dem eine spezielle Website und ein persönliches Login mit der Bitte angegeben waren, an der Befragung online teilzunehmen. Anders als in früheren Jahren, als dem Einladungsschreiben ein Postcheck im Wert von 10 Franken beigelegt war, der während zwei Monaten an jeder Poststelle unabhängig von der Teilnahme an der Befragung eingelöst werden konnte, erhielten nun alle Stichprobenmitglieder mit der Einladung eine 10-Franken-Note. Der Papierfragebogen wurde Mitte November mit dem zweiten Erinnerungsschreiben an jene Stichprobenmitglieder verschickt, die noch nicht an der Online-Befragung teilgenommen hatten. Zwei Wochen später erfolgte noch ein drittes Erinnerungsschreiben. Retournierte Fragebogen wurden bis zum 11. Januar 2024 erfasst.

Tabelle A.1 gibt die Ausschöpfung der Stichprobe wieder. Insgesamt wurden 10395 Personen gezogen. Von den insgesamt 5370 teilweise oder vollständig ausgefüllten Fragebogen wurden 164 Interviews gelöscht, weil sie nicht von der Zielperson stammten (die Alters- und/oder Geschlechtsangabe stimmte/n nicht mit den Informationen aus der Stichprobe überein). Zusätzlich haben wir weitere 173 Fragebogen aus dem Datensatz entfernt, weil sie entweder stark unvollständig waren (d.h. weniger als die Hälfte der wichtigen Fragen waren beantwortet) oder in weniger als einem Drittel der Mediandauer abgeschlossen wurden. Daneben verweigerten 580 Personen aktiv ihre Teilnahme aus verschiedenen Gründen (kein Interesse, gesundheitliche Probleme, etc.), während in 95 Fällen das Einladungsschreiben nicht zustellbar war. Der finale Datensatz umfasst 5033 Fälle, was einer Ausschöpfung von 48.4 Prozent entspricht. Dies ist die höchste Antwortquote, die in den letzten Jahren bei Selects erzielt wurde. Die Nachwahlbefragung wurde von der Ethikkommission der Universität Lausanne genehmigt (Projektnummer C_Services_centraux_092023_00004).

Tabelle A.1 Ausschöpfung der Adressen, Nachwahlbefragung 2023

	Anzahl	In %
Ausgangsstichprobe	10395	100.0
<i>Interviews</i>	5370	51.7
Gültige, vollständige Fragebogen (> 80% der Fragen des Online-Fragebogens beantwortet oder Papier-Fragebogen erhalten)	5014	48.2
Gültige, unvollständige Fragebogen (50% - 80% des Online-Fragebogens beantwortet)	19	0.2
Ungültige Fragebogen (< 50% des Online-Fragebogens beantwortet und/oder in weniger als einem Drittel der Medianezeit beantwortet)	173	1.7
Substitution (andere Person nahm an Befragung teil)*	164	1.6
<i>Begründeter Antwortausfall</i>	757	7.3
Aktive Verweigerung (kein Interesse, Sprachprobleme, etc.)	580	5.6
Gesundheitliche Probleme, Alter	72	0.7
Verstorben	9	0.1
Briefe nicht zustellbar	96	0.9
<i>Unbegründeter Antwortausfall</i>	4268	41.1
Antwortquote (AAPOR 2)		48.4
Davon Online-Befragung	4512	89.6
Davon Papierfragebogen	521	10.4

*Die Alters- und/oder Geschlechtsangabe stimmte/n nicht mit den Informationen aus der Stichprobe überein.

6.3.2 Panelbefragung

In einer Panelbefragung haben wir dieselben Wahlberechtigten im Wahljahr 2023 insgesamt dreimal befragt – das erste Mal vor Beginn der Wahlkampagne, das zweite Mal während der Wahlkampagne und das dritte Mal nach den eidgenössischen Wahlen. Die Panelbefragung wird mit jährlichen Befragungswellen bis nach den eidgenössischen Wahlen 2027 fortgesetzt. Die Befragung erfolgte ausschliesslich online und wurde wie die Nachwahlbefragung intern bei FORS von der Gruppe „Datenerhebung und Analyse“ durchgeführt. Den Ausgangspunkt für diese Befragung bildete eine nach Grossregionen geschichtete Zufallsstichprobe, die durch das BFS im SRPH gezogen wurde.

- Die erste Panel-Welle ging am Tag nach der eidgenössischen Abstimmung vom 18. Juni 2023 ins Feld und endete am 16. Augst. Basierend auf 30'872 Ausgangsadressen gingen 8197 gültige Fragebogen ein (Antwortquote 27%). Die Zielpersonen wurden eine Woche vor Befragungsbeginn mittels Ankündigungsschreiben, einem beigelegten Flyer sowie einem Informationsblatt zum Datenschutz über die Wahlstudie Selects informiert. Am Montag nach dem Abstimmungssonntag erhielten sie ausserdem einen Einladungsbrief mit den persönlichen Zugangsinformationen zur Online-Befragung. Im Einladungsbrief wurden die zufällig ausgewählten Stichprobenmitglieder darüber informiert, dass sie nach ihrer Befragungsteilnahme an einer Verlosung von 5 x 300 Franken teilnehmen würden. Dem Einladungsbrief folgten zwei Erinnerungsschreiben. Am Ende des Online-Fragebogens wurden die Befragten gebeten, eine E-Mail-Adresse anzugeben, um auf diesem Weg für die weiteren Panel-Wellen kontaktiert werden zu können. Rund 91 Prozent der Befragunsteilnehmenden gaben eine gültige E-Mail-Adresse an.
- Die zweite Panel-Welle fand während der Wahlkampagne zwischen dem 5. September und dem 5. Oktober 2023 statt. Insgesamt wurden in dieser zweiten Befragung 6077 gültige Fragebogen registriert (Antwortquote 75%). Analog zur ersten Welle folgten dem Einladungsbrief zwei Erinnerungen: die erste per E-Mail oder, für Personen, die in der ersten Welle keine E-Mail-Adresse hinterlassen hatten, per Brief sowie die zweite für alle auf postalischem Weg. Die Stichprobenmitglieder wurden am Ende der

Befragung darüber informiert, dass sie als Dank für ihre Teilnahme nach Abschluss der zweiten Befragungswelle per Post 10 Franken in bar erhalten würden.

- Nach den eidgenössischen Wahlen wurden alle Teilnehmenden aus der zweiten Panel-Welle per Brief zu einer erneuten Befragung eingeladen. In dieser dritten Befragungswelle erhielten die Zielpersonen maximal zwei Erinnerungsschreiben, per E-Mail oder Brief. Zwischen dem 23. Oktober und dem 28. November 2023 wurden 5579 gültige Online-Interviews durchgeführt (Antwortquote: 92%). Am Ende der Befragung wurden die Teilnehmenden darüber informiert, dass sie nach Abschluss der Befragung per Brief 10 Franken als Dankeschön für ihre Teilnahme erhalten würden. Ausserdem wurde ihnen mitgeteilt, dass sie künftig nur einmal jährlich zu einer Befragung eingeladen würden, das nächste Mal im September 2024.

Tabelle A.2 Ausschöpfung der Adressen, Panelbefragung 2023

	Welle 1	In %	Welle 2	In %	Welle 3	In %
Ausgangsstichprobe	30872	100.0	8088	100.0	6070	100.0
<i>Interviews</i>	8899	28.8	6196	76.6	5633	92.8
Gültige, vollständige Fragebogen	8152	26.4	6058	74.9	5574	91.8
Gültige, unvollständige Fragebogen (50%-80% der Fragen beantwortet)	45	0.1	19	0.2	5	0.1
Ungültige Fragebogen (< 50% der Fragen beantwortet und/oder in weniger als einem Drittel der Mediandauer)	505	1.6	85	1.1	23	0.4
Substitution (andere Person nahm an Befragung teil)*	197	0.6	34	0.4	31	0.5
<i>Begründeter Antwortausfall</i>	1211	3.9	45	0.6	19	0.3
Aktive Verweigerung (kein Interesse, Sprachprobleme, etc.)	795	2.6	34	0.4	14	0.2
Gesundheitliche Probleme, Alter	173	0.6	3	0	4	0.1
Verstorben	28	0.1	1	0	0	0
Briefe nicht zustellbar	215	0.7	7	0.1	1	0
<i>Unbegründeter Antwortausfall</i>	20762	67.3	1847	22.8	418	6.9
Antwortquote (AAPOR 2)		26.6		75.1		91.9

*Die Alters- und/oder Geschlechtsangabe stimmte/n nicht mit den Informationen aus der Stichprobe überein.

Die Panelbefragung wurde von der Ethikkommission der Universität Lausanne genehmigt (Projektnummer C_Services_centraux_052023_00011).

6.3.3 Kandidierendenbefragung

Seit 2007 führt Selects im Rahmen des international vergleichenden „Comparative Candidate Survey“ (www.comparativecandidates.org) auch eine Kandidierendenbefragung durch, welche die Karriereverläufe, politischen Einstellungen und Wahlkampfaktivitäten der Kandidatinnen und Kandidaten für den National- und Ständerat ermittelt. Die Befragung wurde hauptsächlich online durchgeführt. Diejenigen, die nach der zweiten Erinnerung noch nicht teilgenommen oder den Fragebogen nicht vollständig ausgefüllt hatten, erhielten einen Papierfragebogen. Die Kandidierendenbefragung 2023 wurde von FORS in Zusammenarbeit mit Politools und der Universität Bern durchgeführt. Von den insgesamt 5997 Kandidatinnen und Kandidaten für den National- und Ständerat konnten 5918 zur Befragung eingeladen werden. 2527 Kandidierende nahmen daran teil; 92 Prozent taten dies online, 8 Prozent mittels Papierfragebogen. Obwohl der National- und Ständerat in

der Schweiz gleich wichtig sind, konzentrieren sich die Analysen auf die Nationalratskandidatinnen und -kandidaten (N=2504).

Tabelle A.3 Ausschöpfung der Adressen, Kandidierendenbefragung 2023

	Anzahl	In %
Ausgangsstichprobe	5997	100.0
<i>Interviews</i>	2793	46.6
Gültige, vollständige Fragebogen	2418	40.3
Gültige, unvollständige Fragebogen (50%-80% der wichtigen Fragen beantwortet)	109	1.8
Ungültige Fragebogen (< 50% der wichtigen Fragen beantwortet und/oder in weniger als einem Drittel der medianen Dauer)	266	4.4
<i>Begründeter Antwortausfall</i>	181	3.0
Unbekannte Adresse (kein Kontakt)	79	1.3
Briefe nicht zustellbar	68	1.1
Aktive Verweigerung	34	0.6
<i>Unbegründeter Antwortausfall</i>	3023	50.4
Antwortquote (AAPOR 2)		42.3
Davon Online-Befragung	2321	91.8
Davon Papierfragebogen	206	8.2

Die Kandidierendenbefragung wurde von der Ethikkommission der Universität Lausanne genehmigt (Projektnummer C_Services_centraux_092023_00006).

6.3.4 Medienstudie

Im Auftrag von Selects hat das Center for Research & Methods der Hochschule für Wirtschaft Zürich (HWZ) eine Medienstudie durchgeführt. Die Studie ergänzt die Panelbefragung bei der Wählerschaft und analysiert den Wahlkampf, wie er in den Print- und Online-Medien dargestellt wurde, sowie den Einfluss der Medien auf die Meinungsbildung der Wählerinnen und Wähler. Der Untersuchungszeitraum umfasst die sechs Monate vor den eidgenössischen Wahlen 2023 vom 1. Mai 2023 bis zum 31. Oktober 2023. Artikel mit Bezug zur Schweizer Politik aus Print- und Online-Medien (Tages- und Wochenzeitungen usw.) (insgesamt 116), die hauptsächlich aus dem *Swissdox@Liri*-Zeitungsarchiv stammen, wurden mithilfe eines automatisierten Verfahrens ausgewählt und analysiert. Ursprünglich war geplant, wie bereits 2019 auch Twitter-Daten zum Wahlkampf zu sammeln. Da die frei zugängliche programmierbare Schnittstelle der Twitter-API jedoch im Frühjahr 2023 eingestellt wurde und sich viele Politikerinnen und Politiker von Twitter und seiner Nachfolgeplattform X zurückgezogen haben, wurde beschlossen, auf die Datenerhebung in diesem Kommunikationskanal zu verzichten. Eine detaillierte Beschreibung des methodischen Vorgehens und der Datenbasis findet sich im technischen Bericht des Center for Research & Methods der Hochschule für Wirtschaft Zürich, der über den öffentlichen Datendienst von SWISSUbase (<https://www.swissubase.ch>) mit allen dazugehörigen Daten verfügbar ist.

6.4 Gewichtungen

6.4.1 Nachwahlbefragung

Die Befragten sind aufgrund der nach Kantonen aufgestockten Stichprobe sowie aufgrund der selektiven Ausfälle nicht repräsentativ. Diese Verzerrungen gleicht man jeweils mittels Gewichtungen aus. Das Problem dabei ist, dass die Gewichtung eines Merkmals jeweils neue Verzerrungen produzieren kann. Ob und auf Basis welcher Merkmale gewichtet werden soll, ist in der Literatur nicht unumstritten. Wir haben in allen bisherigen Befragungen

das Prinzip angewandt, dass stichprobenbedingte Verzerrungen (Designgewichte) sowie untersuchungsrelevante Merkmale gewichtet werden (Befragungsverzerrungen).

- Designgewichte: Stichprobenbedingte Verzerrungen entstehen durch die Aufstockung der kantonalen Stichproben.
- Befragungsverzerrungen: Untersuchungsrelevant für unsere Fragen sind vor allem zwei Merkmale: die Wahlbeteiligung und der Parteientscheid. Diese beiden Verzerrungen haben wir ebenfalls in die Gewichtung einbezogen.

Tabelle A.4 gibt die Verteilung der Befragten 2019 auf die Kantone, den tatsächlichen Anteil der Wahlberechtigten in den jeweiligen Kantonen gemäss BFS sowie die darauf basierende kantonale Gewichtung wieder. Dieses Gewicht berechnet sich als der Quotient des Anteils der Wahlberechtigten in der Grundgesamtheit und des Anteils der Befragten in der Stichprobe, der auf Kanton k entfällt, also als $w_k = GG_k / \text{Sample}_k$. Dieses Gewicht stellt ex post die gleichen Auswahlwahrscheinlichkeiten der Befragten über die Kantone her.

Tabelle A.4 Kantongewichtung (w_k) der Befragungsdaten auf Basis der Verteilung der Wahlberechtigten in der Grundgesamtheit (GG) der Schweizer Wählerschaft gemäss Bundesamt für Statistik und der Befragten in der Stichprobe (Sample) pro Kanton 2023 (in %)

Kanton	GG	Sample	w_k	Kanton	GG	Sample	w_k
ZH	17.3	10.9	1.59	SH	1.0	1.8	0.53
BE	13.4	8.7	1.55	AR	0.7	2.0	0.35
LU	5.1	3.4	1.49	AI	0.2	2.2	0.10
UR	0.5	1.6	0.29	SG	5.9	3.3	1.81
SZ	1.9	2.1	0.93	GR	2.5	2.8	0.91
OW	0.5	2.2	0.23	AG	7.9	4.5	1.77
NW	0.6	1.9	0.30	TG	3.2	2.0	1.62
GL	0.5	1.7	0.29	TI	4.0	13.3	0.30
ZG	1.4	1.7	0.81	VD	8.5	4.3	1.96
FR	3.9	2.3	1.66	VS	4.2	2.9	1.43
SO	3.3	2.8	1.18	NE	2.0	2.2	0.94
BS	2.0	1.5	1.34	GE	5.0	13.3	0.37
BL	3.4	3.1	1.10	JU	1.0	1.5	0.67

Während das kantonale Gewicht die regionale Schichtung der Stichprobenziehung kompensiert, wird mittels des Beteiligungs- und des Parteiengewichts eine Korrektur von Verzerrungen bei der Stichprobenausschöpfung angestrebt. Dieser Ausfallprozess ist systematisch an bestimmte Eigenschaften der Mitglieder der Stichprobenpopulation geknüpft, was bezüglich des Beteiligungsverhaltens besonders deutlich wird. So wird aus Tabelle A.5 ersichtlich, dass der Anteil derer, die bei der Befragung angaben, an den Wahlen teilgenommen zu haben, wesentlich höher ist als die offizielle Partizipationsrate. Während die offizielle Wahlbeteiligung bei den Nationalratswahlen 2023 bei 46.7 Prozent lag, betrug der entsprechende Anteil in der Stichprobe 66.8 Prozent. Dieses Phänomen, das aus anderen politischen Befragungen in der Schweiz hinlänglich bekannt ist, hat unterschiedliche Ursachen. Zum einen dürfte hier ein gewisser Teil der Befragten unter dem Druck der sozialen Erwünschtheit der Wahlteilnahme nicht wahrheitsgemäss geantwortet haben. Zum anderen ist es sehr viel schwieriger, politisch nicht Interessierte zu einer Teilnahme an den Befragungen zu bewegen.

Wenn man derartige Verzerrungen durch Gewichtungen korrigiert, geschieht dies auf Basis bestimmter Annahmen. Bei der im Rahmen der vorliegenden Studie angewendeten Beteiligungsgewichtung w_b wird angenommen, dass selbstbekundete Wählende und Nichtwählende in den Stichproben jeweils repräsentativ für die entsprechenden Segmente der Grundgesamtheit sind. Die Beteiligungsgewichtung wird analog zur Kantongewichtung als $w_i = GG_i / \text{Sample}_i$ berechnet. Für die drei Kantone Zürich, Genf und Tessin, welche dank der Aufstockung der Stichprobe auf kantonaler Ebene analysiert werden können, wurde auf analoge Weise verfahren.

Tabelle A.5 Beteiligungsgewichtung (w_t) der Befragungsdaten auf Basis der offiziellen Wahlbeteiligung (GG) gemäss Bundesamt für Statistik und der Verteilung der Befragten in der Stichprobe (Sample) 2023 (in %). Stichprobe ist mit w_k gewichtet

	Teilnahme	GG	Sample	wt
Schweiz	Ja	46.7	66.8	0.70
	Nein	53.3	33.2	1.60
Zürich	Ja	47.0	70.1	0.67
	Nein	53.0	29.9	1.77
Genf	Ja	39.9	59.8	0.67
	Nein	60.1	40.2	1.50
Tessin	Ja	48.0	63.9	0.75
	Nein	52.0	36.1	1.44

Wie Tabelle A.6 zeigt, ist die Verzerrung durch Stichprobenselektivität im Fall der Verteilung der Parteiwahl in den Selects-Daten etwas weniger ausgeprägt. Hier wird wiederum angenommen, dass die Parteiwählerschaften, welche an der Nachwahlbefragung teilgenommen haben, jeweils repräsentativ für die entsprechenden Segmente in der Grundgesamtheit der Wählerschaft sind. Die Parteiengewichtung w_p wird entsprechend den beiden vorangegangenen Gewichtungen als $w_p = GG_p / Sample_p$ berechnet. Nicht an der Wahl teilnehmende Personen erhalten dabei das Gewicht 1. In den drei Kantonen mit einer Aufstockung der Stichprobe wurden die Parteiengewichte mit demselben Vorgehen erstellt.

Die hier vorgestellten Gewichtungen wurden für die in dieser Studie präsentierten Analysen in unterschiedlicher Weise *gekettet*. Für die im Kapitel zur *Wahlteilnahme* vorgestellten Analysen wurde das Kettengewicht $w_k \times w_t$ verwendet. Für die Analysen des *Parteientscheids* wurde das Gewicht $w_k \times w_p$ benutzt.

Tabelle A.6 Parteiengewichtung (w_p) der Befragungsdaten auf Basis der offiziellen Wahlergebnisse gemäss Bundesamt für Statistik (GG) und der Verteilung der Befragten in der Stichprobe (Sample) 2023 (in %). Stichprobe ist mit w_k gewichtet

	Partei	GG	Sample	w_p
Schweiz	SVP	27.9	25.4	1.10
	FDP	14.3	14.8	0.96
	Die Mitte	14.1	15.0	0.94
	GLP	7.6	8.0	0.95
	SP	18.3	21.1	0.87
	GPS	9.8	7.7	1.27
	Übrige	8.0	8.0	0.99
Zürich	SVP	27.4	24.5	1.12
	FDP	12.5	16.0	0.78
	Die Mitte	8.2	8.8	0.93
	GLP	12.4	16.0	0.78
	SP	21.1	23.7	0.89
	GPS	9.9	5.3	1.86
	Übrige	8.5	5.6	1.52
Genf	MCG	12.3	10.3	1.19
	SVP	15.3	14.0	1.09
	FDP	15.7	13.8	1.14
	Die Mitte	8.2	7.4	1.11
	GLP	6.7	6.3	1.06
	SP	18.4	24.6	0.75
	GPS	15.4	14.0	1.10
	PST-POP / EàG	2.5	3.7	0.68
Übrige	5.5	5.8	0.94	
Tessin	Lega	13.5	5.4	2.50
	SVP	15.1	21.3	0.71
	FDP	21.2	25.2	0.84
	Die Mitte	17.7	14.4	1.23
	SP	12.5	15.4	0.81
	GPS	9.1	5.9	1.54
	Übrige	10.9	12.3	0.88

6.4.2 Panelbefragung

Da es sich bei der Panelbefragung um eine gesamtschweizerische Stichprobe handelte, sind keine Designgewichte notwendig.

Bei den Beteiligungs- und den Parteigewichten (Tabelle A.7 und A.8) wurde analog zur Nachwahlbefragung vorgegangen. Befragten aus der ersten Welle, für die wir in den Folgewellen keine Wahlteilnahme erfassen konnten, wurde der Wert 1 zugewiesen. Die in der Stichprobe angegebene Wahlbeteiligung ist noch höher als bei der Nachwahlbefragung, da einige Personen möglicherweise durch die Befragung selber zu einer Wahlteilnahme motiviert worden sind und zudem die Ausfallquote beim zweiten und dritten Interview wahrscheinlich bei jenen grösser ist, die sich nicht an den Wahlen beteiligt haben. Das Panel-Design ist deshalb eher ungeeignet, um kurzfristige Mobilisierungs- und Demobilisierungsprozesse zu untersuchen. Zudem ist die Verzerrung der Parteiwahl etwas grösser und musste deshalb durch die Gewichtung etwas stärker ausgeglichen werden als bei der Nachwahlbefragung.

Tabelle A.7 Beteiligungsgewichtung (w_t) der Panelbefragung auf Basis der offiziellen Wahlbeteiligung (GG) gemäss Bundesamt für Statistik und der Verteilung der Befragten in der Stichprobe (Sample) 2023 (Wellen 2 und 3 kombiniert, in %)

<i>Teilnahme</i>	<i>GG</i>	<i>Sample</i>	<i>w_t</i>
Ja	46.7	78.7	2.50
Nein	53.3	21.3	0.59

Tabelle A.8 Parteiengewichtung (w_p) der Panel-Befragung auf Basis der offiziellen Wahlergebnisse gemäss Bundesamt für Statistik (GG) und der Verteilung der Befragten in der Stichprobe (Sample) 2023 (Wellen 2 und 3 kombiniert, in %)

<i>Partei</i>	<i>GG</i>	<i>Sample</i>	<i>w_p</i>
SVP	27.9	20.8	1.34
FDP	14.3	13.3	1.08
Die Mitte	14.1	15.1	0.93
GLP	7.6	10.1	0.75
SP	18.3	23.6	0.78
GPS	9.8	10.4	0.94
Übrige	8	6.7	1.19

6.4.3 Kandidierendenbefragung

Analog zu den Verzerrungen in der Wählerbefragung haben wir auch die Verzerrungen in der Kandidierendenbefragung ausgeglichen, um eine nach Kanton, Wahlergebnis (gewählt/nicht gewählt) und Parteizugehörigkeit repräsentative Stichprobe zu erhalten. Auch hier treffen wir die Annahme, dass die Antwortenden jeweils repräsentativ für alle in der entsprechenden Gruppe sind.

Tabelle A.9 gibt die Kantonsgewichtung für die Kandidierenden bei den Nationalratswahlen wieder (w_{candc}).

Tabelle A.9 Kantonsgewichtung (w_{candc}) der Kandidierendenbefragung auf Basis der Verteilung der effektiv Kandidierenden (GG) und der Befragten in der Stichprobe (Sample) pro Kanton 2023 (in %), nur Nationalrat

<i>Kanton</i>	<i>GG</i>	<i>Sample</i>	<i>w_{kandc}</i>
ZH	22.6	20.1	1.12
BE	13.1	14.1	0.93
LU	6.5	7.2	0.91
UR	0	0	
SZ	1.7	2.0	0.85
OW	0	0	
NW	0.1	0.1	0.63
GL	0.1	0.1	0.56
ZG	1.7	1.8	0.93
FR	2.4	2.8	0.85
SO	2.9	3.2	0.91
BS	2.1	1.4	1.43
BL	3.0	3.0	0.99
SH	0.6	0.8	0.76
AR	0.1	0	
AI	0	0	
SG	5.2	5.6	0.94
GR	2.1	1.8	1.12
AG	12.0	11.9	1.01
TG	3.5	3.2	1.11
TI	4.3	3.8	1.14
VD	6.5	6.7	0.97
VS	3.6	4.3	0.83
NE	1.0	1.3	0.78
GE	4.2	3.8	1.12
JU	0.6	0.9	0.65

Tabelle A.10 zeigt die Gewichte pro Kanton für die Gewählten bei den Nationalratswahlen (w_{kande}). Die Beteiligung an der Befragung war unter den gewählten Kandidatinnen und Kandidaten etwas geringer als bei den nicht gewählten Kandidierenden. Für die gewählten und nicht gewählten Kandidierenden sowie für die einzelnen Parteien wurden die Daten wie folgt gewichtet:

Tabelle A.10 Gewichtung der erfolgreichen Wahl (w_{kande}) in der Kandidierendenbefragung auf Basis der Verteilung der tatsächlich kandidierenden Personen (GG) und der in der Stichprobe enthaltenen Befragten (Sample) pro Kanton im Jahr 2023 (in %), nur für den Nationalrat.

<i>Gewählt</i>	<i>GG</i>	<i>Sample</i>	<i>w_{kande}</i>
Ja	3.4	2.7	1.24
Nein	96.6	97.3	0.99

Verzerrungen gab es auch zwischen den Parteien. Kandidierende der SVP und der FDP beteiligten sich unterdurchschnittlich, Kandidierende der SP, der GPS, der GLP und der Mitte hingegen überdurchschnittlich an der Befragung. Nach Parteien wurden die Daten wie folgt gewichtet (Tabelle A.11):

Tabelle A.11 Gewichtung der Kandidierendenbefragung nach Partei (w_{kandp}) auf der Basis der effektiv Kandidierenden (GG) und der Verteilung der Befragten in der Stichprobe (Sample), 2023 (in %)

Partei	GG	Sample	w_{kandp}
SVP	10.7	7.9	0.95
FDP	11.1	10.9	1.02
Die Mitte	18.7	19.8	1.36
GLP	14.2	15.4	0.86
SP	11.9	13.9	0.80
GPS	10.9	13.6	0.92
Übrige	22.6	18.7	1.21

6.5 Tabellen und Grafiken zu den Analysen in den Kantonen ZH, GE und TI

6.5.1 Wahlentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen (ZH, GE, TI)

Tabelle A.12 Wahlentscheid nach ausgewählten sozialen und politischen Merkmalen im Kanton Zürich (in %)

	SVP	FDP	Die Mitte*	Übrige*	GLP	SP	GPS*	N
<i>Effektiver Wähleranteil</i>	27.4	12.5	8.2	8.5	12.4	21.1	9.9	
<i>Geschlecht</i>								
Männer	30	13	8	7	13	18	10	202
Frauen	24	11	9	10	11	25	10	173
<i>Altersklassen</i>								
18-24*	27	9	4	9	18	14	18	20
25-34*	8	18	10	8	23	15	18	41
35-44	19	17	6	11	19	24	4	57
45-54	23	14	6	12	12	25	6	63
55-64	29	9	8	3	12	20	18	82
65-74	35	9	9	14	4	21	8	72
75+*	46	13	16	0	5	19	0	38
<i>Bildungsniveau</i>								
Obligatorische Schule, Anlehre*	22	11	11	0	11	22	22	8
Sekundar II	38	9	11	6	7	21	7	124
Tertiär	19	15	7	9	16	22	11	230
<i>Haushaltseinkommen (äquivalisiert)**</i>								
Bis 3888 CHF	30	7	2	14	7	29	12	55
3889-5302 CHF	31	8	10	8	8	28	7	60
5303-7101 CHF	30	6	10	9	10	25	7	95
7102-9749 CHF	21	19	9	8	17	16	9	78
9750 CHF und mehr	25	19	8	4	19	10	14	78
<i>Mittelwert der Links-Rechts-Selbstpositionierung (N)</i>	7.8 (92)	6.8 (60)	5.4 (32)	4.7 (19)	4.5 (60)	2.5 (89)	2.8 (19)	

*Lesebeispiel: Im Kanton Zürich betrug der Wähleranteil der SVP bei den Männern 30% und bei den Frauen 24%. Gewichtete Resultate. *Aufgrund der geringen Fallzahl (N<50) ist bei der Interpretation der Ergebnisse für diese Merkmalsgruppe Vorsicht geboten. **Das Äquivalenzeinkommen wurde auf der Grundlage des monatlichen Bruttohaushaltseinkommens und der Haushaltsgrösse berechnet und danach in Quintile aufgeteilt. Die Quintile wurden für jeden Kanton einzeln berechnet.*

Tabelle A.13 Wichtigstes politisches Problem der Wählerinnen und Wähler im Kanton Zürich (in %)

	Total	SVP	FDP	Die Mitte*	Üb- rige*	GLP	SP	GPS*
Einwanderung & Asyl	26	56	24	26	21	11	10	0
Umwelt & Energie	24	7	11	16	29	32	37	53
Gesundheitswesen	12	9	13	19	29	4	9	16
Soziale Sicherheit & Wohlfahrts- staat	10	11	13	3	0	19	9	5
Politisches System, Parteien & Politiker/innen	7	3	4	6	7	8	13	10
Internationale Beziehungen & Ar- mee	6	6	2	10	7	8	5	10
Wirtschaft	5	3	11	3	7	6	7	0
EU, Europa	4	3	11	6	0	6	1	0
Andere Probleme	5	2	11	10	0	4	8	5
N	363	90	58	32	17	59	87	20

*Lesebeispiel: Insgesamt gaben 26% der Wählenden im Kanton Zürich ein Thema aus dem Bereich "Einwanderung & Asyl" als wichtigstes politisches Problem an. Unter den SVP-Wählenden betrug dieser Anteil 56%. Gewichtete Resultate. *Aufgrund der geringen Fallzahl (N<50) ist bei der Interpretation der Ergebnisse für diese Merkmalsgruppe Vorsicht geboten.*

Tabelle A.14 Wahlentscheid nach ausgewählten sozialen und politischen Merkmalen im Kanton Genf (in %)

	MCG*	SVP	FDP	Die Mitte*	Übrige*	GLP*	SP	GPS	PST-POP/EaG*	N
<i>Effektiver Wähleranteil</i>	12.3	15.3	15.7	8.2	5.5	6.7	18.4	15.4	2.5	
<i>Nach Geschlecht</i>										
Männer	10	19	19	5	6	8	17	14	2	170
Frauen	15	12	13	11	5	6	19	17	2	207
<i>Nach Alter</i>										
18-24*	17	4	21	12	0	17	12	12	4	23
25-34*	5	27	13	8	3	5	19	11	8	39
35-44*	19	12	5	5	5	5	24	22	2	43
45-54	16	16	16	5	5	8	15	16	2	60
55-64	12	12	18	10	6	7	14	20	1	93
65-74	11	17	16	9	9	3	20	13	3	71
75+*	8	19	19	6	8	4	25	8	0	48
<i>Nach Bildungsniveau</i>										
Obligatorische Schule, Anlehre*	6	39	6	17	6	6	17	0	6	19
Sekundar II	19	19	18	5	4	4	16	11	1	130
Tertiär	8	11	16	9	6	8	20	19	2	220
<i>Nach Haushaltseinkommen (äquivalisiert)**</i>										
Bis 2749 CHF*	17	20	11	9	6	2	24	4	6	48
2750-4595 CHF	16	13	7	13	6	1	24	16	1	67
4596-6061 CHF	16	19	10	5	4	6	20	19	1	85
6062-8499 CHF	7	11	22	7	5	9	16	17	4	79
8500 CHF und mehr	6	15	27	10	5	8	13	15	1	79
<i>Mittelwert der Links-Rechts-Selbstpositionierung (N)</i>	7.0 (37)	8.5 (52)	7.2 (52)	5.8 (26)	6.3 (18)	5.2 (24)	3.0 (89)	2.7 (52)	2.1 (14)	

*Lesebeispiel: Im Kanton Genf betrug der Wähleranteil der MCG bei den Männern 10% und bei den Frauen 15%. Gewichtete Resultate. *Aufgrund der geringen Fallzahl (N<50) ist bei der Interpretation der Ergebnisse für diese Merkmalsgruppe Vorsicht geboten. **Das Äquivalenzeinkommen wurde auf der Grundlage des monatlichen Bruttohaushaltseinkommens und der Haushaltsgrösse berechnet und danach in Quintile aufgeteilt. Die Quintile wurden für jeden Kanton einzeln berechnet.*

Tabelle A.15 Wichtigstes politisches Problem der Wählerinnen und Wähler im Kanton Genf (in %)

	Insgesamt	MCG*	SVP*	FDP	Die Mitte*	Übrige*	GLP*	SP	GPS	PST-POP/EàG*
Umwelt & Energie	21	2	2	10	15	9	41	30	52	27
Einwanderung & Asyl	17	24	58	16	8	38	0	3	0	9
Politisches System, Parteien & Politiker/innen	11	5	4	5	11	19	41	6	20	18
Gesundheitswesen	11	24	6	10	15	0	9	11	7	9
Wirtschaft	10	24	8	10	15	5	0	8	7	9
Soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat	9	5	8	5	8	5	4	18	7	9
Internationale Beziehungen & Armee	9	5	4	16	4	19	4	14	2	9
EU, Europa	6	0	4	16	15	5	0	4	2	0
Andere Probleme	6	10	6	10	8	0	0	6	4	9
N	357	34	48	50	26	21	22	90	52	14

*Lesebeispiel: Insgesamt gaben 21% der Wählenden im Kanton Genf ein Thema aus dem Bereich "Umwelt & Energie" als wichtigstes politisches Problem an. Unter den MCG-Wählenden betrug dieser Anteil 2%. Gewichtete Resultate. *Aufgrund der geringen Fallzahl (N<50) ist bei der Interpretation der Ergebnisse für diese Merkmalsgruppe Vorsicht geboten.*

Tabelle A.16 Wahlentscheid nach ausgewählten sozialen und politischen Merkmalen im Kanton Tessin (in %)

	Lega*	SVP	FDP	Die Mitte	Übrige*	SP	GPS*	N
<i>Effektiver Wähleranteil</i>	13.5	15.1	21.2	17.7	10.9	12.5	9.1	
<i>Nach Geschlecht</i>								
Männer	16	15	23	17	8	12	9	188
Frauen	12	16	20	18	14	13	9	201
<i>Nach Alter</i>								
18-24*	11	11	31	15	15	8	8	26
25-34*	23	9	20	4	7	16	20	40
35-44*	7	19	12	24	17	9	12	42
45-54	16	15	17	20	7	14	10	77
55-64	20	17	17	11	12	12	9	84
65-74	11	17	21	23	12	9	7	76
75+*	0	13	37	24	8	18	0	43
<i>Nach Bildungsniveau</i>								
Obligatorische Schule, Anlehre*	20	20	12	27	7	7	5	37
Sekundar II	20	17	22	13	11	12	6	177
Tertiär	6	13	21	20	12	14	14	163
<i>Nach Haushaltseinkommen (äquivalisiert)**</i>								
Bis 2499 CHF*	19	11	13	21	11	17	6	49
2500-3751 CHF	17	13	22	18	10	10	10	74
3752-4749 CHF	22	17	16	6	16	15	6	80
4750-6499 CHF	11	12	22	22	11	12	11	73
6500 CHF et plus	6	15	27	21	7	9	13	87
<i>Mittelwert der Links-Rechts-Selbstpositionierung (N)</i>	7.2 (18)	7.7 (73)	6.5 (90)	5.9 (53)	4.7 (38)	2.7 (58)	2.9 (22)	

*Lesebeispiel: Im Kanton Tessin betrug der Wähleranteil der Lega bei den Männern 16% und bei den Frauen 12%. Gewichtete Resultate. *Aufgrund der geringen Fallzahl (N<50) ist bei der Interpretation der Ergebnisse für diese Merkmalsgruppe Vorsicht geboten. **Das Äquivalenzeinkommen wurde auf der Grundlage des monatlichen Bruttohaushaltseinkommens und der Haushaltsgrösse berechnet und danach in Quintile aufgeteilt. Die Quintile wurden für jeden Kanton einzeln berechnet.*

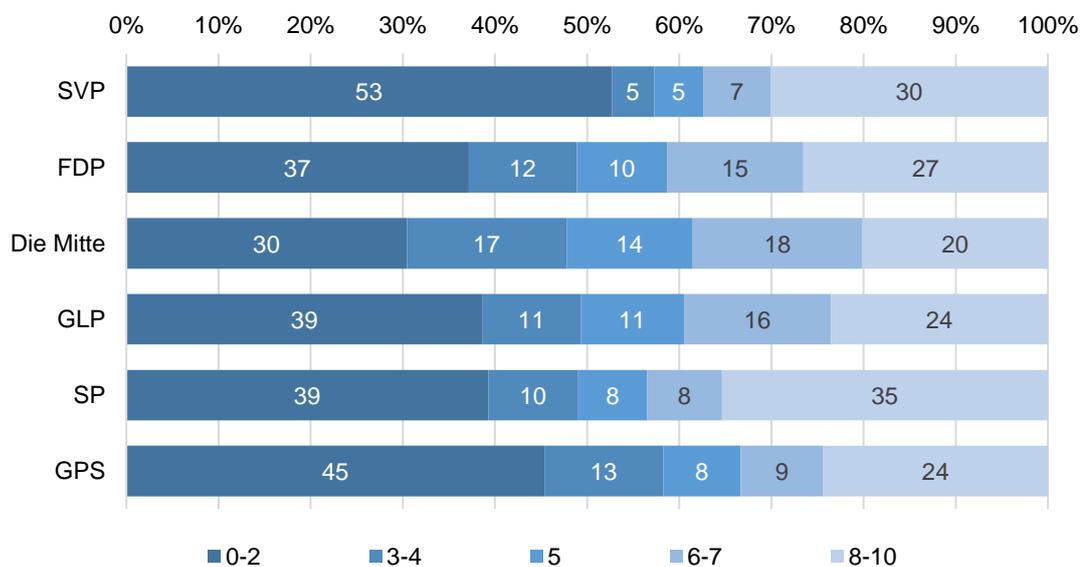
Tabelle A.17 Wichtigstes politisches Problem der Wählerinnen und Wähler im Kanton Tessin (in %)

	Insgesamt	Lega*	SVP	FDP	Die Mitte	Übrige*	SP	GPS*
Gesundheitswesen	23	26	22	22	29	24	13	26
Einwanderung & Asyl	16	46	30	16	3	12	4	0
Wirtschaft	11	10	6	13	18	2	17	6
Umwelt & Energie	10	0	0	10	7	24	15	26
Internationale Beziehungen & Armee	10	6	13	10	11	17	13	0
Soziale Sicherheit & Wohlfahrtsstaat	8	6	7	7	10	2	13	17
Politisches System, Parteien & Politiker/innen	8	6	6	8	7	10	6	17
Arbeitsmarkt	3	0	2	3	8	5	4	0
Andere Probleme	8	0	15	10	7	2	13	9
N	360	19	76	90	50	45	57	23

Lesebeispiel: Insgesamt gaben 23% der Wählenden im Kanton Tessin ein Thema aus dem Bereich "Gesundheitswesen" als wichtigstes politisches Problem an. Unter den Lega-Wählenden betrug dieser Anteil 26%. Gewichtete Resultate. *Aufgrund der geringen Fallzahl (N<50) ist bei der Interpretation der Ergebnisse für diese Merkmalsgruppe Vorsicht geboten.

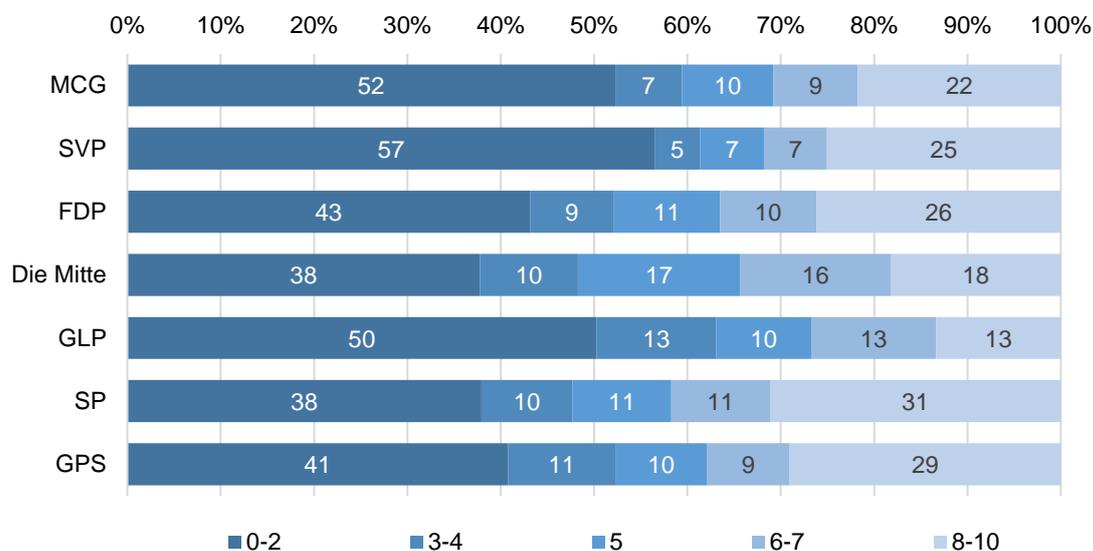
6.5.2 Wahlwahrscheinlichkeiten (ZH, GE, TI)

Grafik A.1 Wahlwahrscheinlichkeit der sechs grössten Parteien 2023 im Kanton Zürich (in %, nur Wählende)



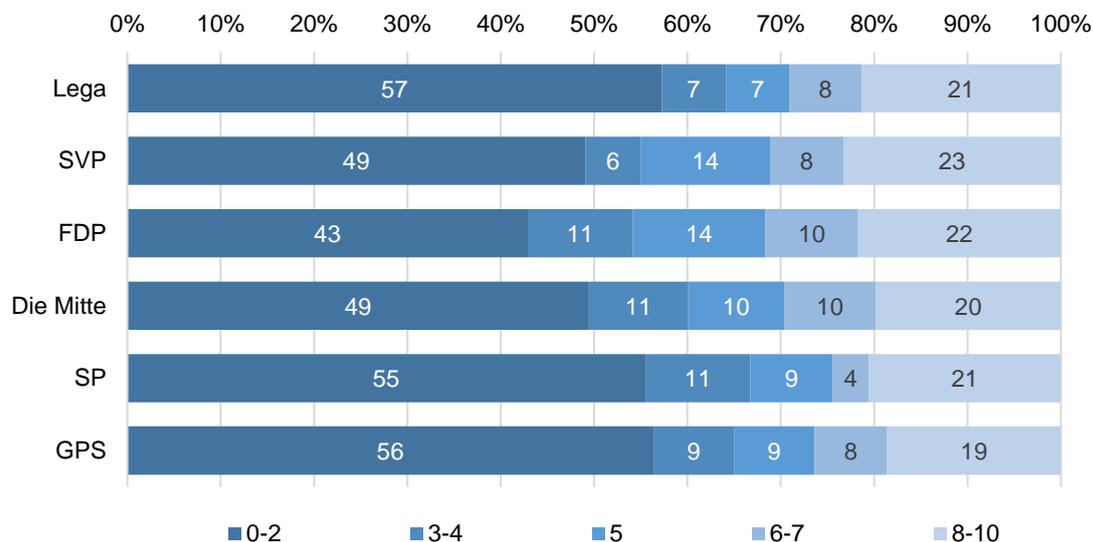
Lesebeispiel: Unter den Wählenden gaben 53% an, dass es sehr unwahrscheinlich für sie sei SVP zu wählen (0-2 auf einer Skala von 0-10), 5% gaben an, sich nicht vorstellen zu können SVP zu wählen (3-4) und 30% gaben an, dass die Wahrscheinlichkeit SVP zu wählen für sie sehr hoch sei (8-10). Gewichtete Resultate. N=358-371.

Grafik A.2 Wahlwahrscheinlichkeit der sieben grössten Parteien 2023 im Kanton Genf (in %, nur Wählende)



Lesebeispiel: Unter den Wählenden gaben 52% an, dass es sehr unwahrscheinlich für sie sei MCG zu wählen (0-2 auf einer Skala von 0-10), 7% gaben an, sich nicht vorstellen zu können MCG zu wählen (3-4) und 22% gaben an, dass die Wahrscheinlichkeit MCG zu wählen für sie sehr hoch sei (8-10). Gewichtete Resultate. N=371-378.

Grafik A.3 Wahlwahrscheinlichkeit der sechs grössten Parteien 2023 im Kanton Tessin (in %, nur Wählende)



Lesebeispiel: Unter den Wählenden gaben 57% an, dass es sehr unwahrscheinlich für sie sei Lega zu wählen (0-2 auf einer Skala von 0-10), 7% gaben an, sich nicht vorstellen zu können Lega zu wählen (3-4) und 21% gaben an, dass die Wahrscheinlichkeit Lega zu wählen für sie sehr hoch sei (8-10). Gewichtete Resultate. N=355-371.